

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 16/11643 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht

A. Problem

Die Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG (Zahlungsdiensterichtlinie – ABl. EU Nr. L 319 S. 1) ist bis zum 31. Oktober 2009 in deutsches Recht umzusetzen. Ferner ist die Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (Verbraucherkreditrichtlinie – ABl. EU Nr. L 133 S. 66) bis zum 11. Juni 2010 in deutsches Recht umzusetzen. Darüber hinaus ist die im Zusammenhang mit den Musterbelehrungen (Anlagen 2 und 3 zur BGB-Informationspflichten-Verordnung) nach wie vor bestehende Rechtsunsicherheit durch eine formell-gesetzliche Regelung zu beseitigen.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs mit den in der Beschlussempfehlung aufgeführten Änderungen. Diese betreffen neben der Übernahme der Vorschläge des Bundesrates, denen die Bundesregierung zugestimmt hat, insbesondere ein getrenntes Inkrafttreten der Vorschriften zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie und der Verbraucherkreditrichtlinie. Die Vorschriften zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie sollen, wie im Regierungsentwurf vorgesehen, zum 31. Oktober 2009 in Kraft treten, die Vorschriften zum Verbraucherkreditrecht und zum Allgemeinen Schuldrecht aber erst zum Ende der Umsetzungsfrist für die Verbraucherkreditrichtlinie zum 11. Juni 2010. Die vorgesehenen Neuregelungen zum Verbraucherkreditrecht erfordern im Bankenbereich erhebliche Anpassungen, für die bei dem im Regierungsentwurf geplanten vorzeitigen Inkrafttreten nur noch wenige Monate zur Verfügung stünden. Weitere Änderungen betreffen im Verbraucherkreditbereich insbesondere eine Ausweitung der Regelungen über Darlehensvermittler, eine Verbesserung der Transparenz bei Umschuldungskrediten durch eine Pflicht zur vorvertraglichen Information über Kosten

bei Umschuldungskrediten und Klarstellungen bei den Übergangsvorschriften sowie zur Berechnung des effektiven Jahreszinses bei Immobiliendarlehen. Im Bereich der Zahlungsdienste soll die durch die Zahlungsdiensterichtlinie eingeräumte Mitgliedstaaten-Option zur Erhebung von Preisauflagen durch Zahlungsempfänger („Surcharging“) ausgeübt werden, um insoweit an der geltenden Rechtslage festzuhalten. Schließlich soll im Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz eine Verpflichtung zur Bonitätsprüfung für solche Zahlungsdienstleister vorgesehen werden, für die § 18 des Kreditwesengesetzes nicht gilt, um eine insoweit bestehende Lücke zu schließen.

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/11643 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
2. folgende Entschließung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sowohl in der Stellungnahme des Bundesrats als auch im Rahmen der Sachverständigenanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht wurde der Wunsch nach einer gesetzlichen Musterbelehrung für den Verbraucherkreditvertrag geäußert. Ein solches Muster im Range eines formellen Gesetzes ist im Entwurf für andere Verbraucherverträge, bei denen ein Widerrufs- oder Rückgaberecht besteht, sowie für Versicherungsverträge vorgesehen. Der Entwurf sieht vor, dass bei Verwendung des Musters die gesetzlichen Anforderungen an die Widerrufsbelehrung als erfüllt gelten. Der Deutsche Bundestag hält – in Übereinstimmung mit dem Bundesrat und einer Vielzahl von Sachverständigen – die Schaffung eines entsprechenden Musters auch für den Verbraucherkreditvertrag für wünschenswert. Die Vorgabe einer Musterinformation in diesem Bereich wird zwar von der Richtlinie nicht gefordert. Ein entsprechendes Muster für den Verbraucherkredit dient aber der Rechtsklarheit und der Rechtssicherheit und sollte daher auch für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden und mit Gesetzesrang sowie der o. g. Fiktion der Ordnungsgemäßheit ausgestattet werden. Dies dürfte den Rechtsverkehr vereinfachen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Ein Muster für den Verbraucherkredit bedarf allerdings – auch aufgrund der Vielzahl der in der Praxis betroffenen Verträge – einer ausführlichen Prüfung und Ausarbeitung. Insbesondere ist auch die Beteiligung und Einbeziehung der Länder und Verbände dringend geboten. Eine derartig sorgfältige und umfassende Prüfung kann aus Zeitgründen vor Verabschiedung des o. g. Entwurfs nicht mehr erfolgen. Da die Vorschriften zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie aber erst zum 11. Juni 2010 in Kraft treten sollen, erscheint es ausreichend, wenn ein entsprechender ergänzender Gesetzentwurf mit einer solchen Musterinformation zu Beginn der nächsten Legislaturperiode vorgelegt wird.

§ 655a BGB-E des Entwurfs bestimmt für Darlehensvermittler die Pflicht zur Information des Verbrauchers vor Abschluss eines Vermittlungsvertrages über die in Artikel 247 § 13 EGBGB-E genannten Details des Vermittlungsvertrages (z. B. Höhe der Vergütung, Umfang der Befugnisse des Vermittlers). Ferner wird eine Pflicht zur vorvertraglichen Information bezüglich des Darlehensvertrages begründet. Letzteres gilt gemäß § 655a Abs. 2 Satz 3 BGB-E nicht, wenn es sich bei den Darlehensvermittlern um Warenlieferanten oder Dienstleistungserbringer handelt, die in lediglich untergeordneter Funktion als Darlehensvermittler tätig werden, etwa indem sie als Nebenleistung den Abschluss eines verbundenen Verbraucherdarlehensvertrags vermitteln. Im Rahmen der Sachverständigenanhörung sprach sich der Deutsche Richterbund für eine Erweiterung der Informationspflicht über die Darlehensvermittler hinaus auf alle Vermittler aus, die nicht der Ausnahme des o. g. § 655a Abs. 2 Satz 3 BGB-E unterfallen. Erwähnt wurden insbesondere Vermittler von Finanzgeschäften oder Versicherungen. Der Bundestag sieht insoweit Bedarf nach einer vertieften Prüfung, ob eine Erweiterung der vorvertraglichen Informationspflicht auf sonstige Vermittler

sachgerecht und notwendig ist. Eine solche Prüfung kann zeitlich vor Verabschiedung des Umsetzungsgesetzes nicht mehr erfolgen. Eine Regelung im Rahmen dieses Gesetzes erscheint aber auch nicht zwingend, da eine derartige Erweiterung nicht im inhaltlichen Zusammenhang mit der Richtlinienumsetzung stünde.

In jüngster Zeit bieten Unternehmen verstärkt einen Online-Bezahlservice für den Einkauf von Verbrauchern in Internetshops an. Dieser baut sein Geschäftsmodell darauf auf, das er von Verbrauchern geheim zu haltende Sicherheitsmerkmale wie PIN und TAN abfragt, um mit diesen Daten für den Verbraucher Zahlungsdienste im Netz zu ermöglichen. Kommt es zu einem Missbrauch dieser Sicherheitsmerkmale, besteht die Gefahr, dass der Verbraucher den entstandenen Schaden wegen vertragswidrigen Umgangs mit seinen persönlichen Sicherheitsmerkmalen selbst tragen muss. Ein solcher Bezahlservice ist kein Zahlungsdienst im Sinne der Zahlungsdiensterichtlinie 2007/64/EG. Der Anbieter einer solchen Serviceleistung ist auch kein Zahlungsdienstleister im Sinne dieser Richtlinie, weil er nur Daten(sätze) übermittelt. Soweit gefordert wird, den Pflichtenkatalog des § 675m BGB-E mit dem Ziel zu ergänzen, solche Geschäftsmodelle zu verhindern, läuft eine solche Forderung daher ins Leere. Der Deutsche Bundestag betrachtet diese Entwicklung dennoch mit Sorge. Die Weitergabe von persönlichen Sicherheitsmerkmalen in eine bankfremde Sphäre ist immer mit Risiken verbunden. Mit den Sicherheitsmerkmalen könnten Mitarbeiter eines solchen Bezahlservices beispielsweise Kontoumsätze des Nutzers ausforschen oder Transaktionen manipulieren. Je nachdem, wie sicher der Bezahlservice nach außen hin ausgestaltet ist, könnten auch Externe die Sicherheitsmerkmale missbrauchen. Der Deutsche Bundestag ist daher der Auffassung, dass diese Entwicklung weiter beobachtet werden sollte.

Mit der Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie wird es erstmals sowohl für inländische als auch für grenzüberschreitende Zahlungsverfahren einheitliche Regelungen geben. Ein wesentliches Anliegen des Deutschen Bundestages bei den Verhandlungen über die Richtlinie war es, Verfahren für rein nationale Zahlungsvorgänge, die sich grundsätzlich bewährt haben und kostengünstig angeboten werden, erhalten zu können (Bundestagsentschließung 16/1646 vom 1. Juni 2006). Der Deutsche Bundestag begrüßt daher, dass diese Richtlinie es den deutschen Zahlungsdienstleistern auch in Zukunft ermöglicht, das Einzugsermächtigungslastschriftverfahren weiter anzubieten. Der Deutsche Bundestag begrüßt darüber hinaus den für den 1. November 2009 geplanten Start der SEPA-Lastschrift, die – anders als das deutsche Einzugsermächtigungslastschriftverfahren – auch grenzüberschreitend eingesetzt werden kann. Ob und inwieweit die SEPA-Lastschrift auch für nationale Zahlungsvorgänge eine echte Konkurrenz für das Einzugsermächtigungslastschriftverfahren sein wird, wird davon abhängen, wie die Nutzer dieses Produkt annehmen. Die Zahlungsdienstleister sind gefordert, ihre Nutzer von den Vorteilen dieses Produkts zu überzeugen, soll die SEPA-Lastschrift langfristig als einziges Lastschriftprodukt auf dem Markt bestehen bleiben. Seitens der Kreditwirtschaft ist der Wunsch an den Deutschen Bundestag herangetragen worden, die Migration vom Einzugsermächtigungslastschriftverfahren auf das SEPA-Lastschriftverfahren durch eine gesetzliche Umstellungserleichterung zu unterstützen. Eine solche Unterstützung sei notwendig, um den Umstellungsaufwand von Zahlungsempfängern wie z. B. großen Versicherungen im Bestandskundengeschäft zu minimieren, die sonst in jedem Einzelfall ein neues SEPA-Mandat einholen müssten. Der Deutsche Bundestag ist jedoch nicht von der Notwendigkeit überzeugt, die Einführung der SEPA-Lastschrift durch eine gesetzliche Übergangsregelung bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu unterstützen. Die Einführung der SEPA-Lastschrift auf dem Markt sollte primär dem bereits beschriebenen marktgetriebenen Prozess folgen. Derzeit ist aber die Akzeptanz wichtiger Endnutzergruppen fraglich. Außerdem sind diverse technische Migrationslösungen am Markt, die

eine Migration ohne Umstellungsaufwand und ohne gesetzgeberische Maßnahmen befördern. Der Deutsche Bundestag hält es daher für ausreichend, den Fortschritt der Einführung der SEPA-Lastschrift nach deren Einführung auf dem Markt im Hinblick darauf zu evaluieren, ob noch gesetzlicher Migrationsbedarf besteht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- zu Beginn der 17. Legislaturperiode einen Gesetzentwurf mit einem Muster für eine Information über das Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen mit Gesetzlichkeitsfiktion in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen;
- zu prüfen, ob eine Erstreckung der Vorschrift des § 655a E-BGB auf alle Vermittler von Finanzdienstleistungen sachgerecht erscheint;
- die weitere Entwicklung bei Bezahldiensten zu beobachten und zu prüfen, ob Bezahldienste, deren Inanspruchnahme einen Verstoß gegen vertragliche Verpflichtungen des Nutzers mit seinem eigenen Zahlungsdienstleister begründen können, angesichts der geschilderten Risiken gesetzlich unterbunden werden sollen;
- bis spätestens Ende 2011 eine rechtstatsächliche Untersuchung zum Fortschritt der Einführung der SEPA-Lastschrift auf dem deutschen Markt im Hinblick auf verbleibenden Bedarf nach einer gesetzlichen Umstellungshilfe vorzulegen.“

Berlin, den 1. Juli 2009

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim)
Vorsitzender

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Dirk Manzewski
Berichterstatter

Mechthild Dyckmans
Berichterstatterin

Wolfgang Neskovic
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht
– Bundestagsdrucksache 16/11643 –
mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

**Entwurf eines Gesetzes
zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie,
des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdienste-
richtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften
über das Widerrufs- und Rückgaberecht***

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 358 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 358a Ähnliche Geschäfte“.
 - b) Die Angabe „§§ 360, 361 (weggefallen)“ wird durch die folgenden Angaben ersetzt:
„§ 360 Widerrufs- und Rückgabebelehrung
§ 361 (weggefallen)“.
 - c) Vor der Angabe zu § 488 wird folgende Angabe eingefügt:
„Kapitel 1 Allgemeine Vorschriften“.
 - d) Vor der Angabe zu § 491 wird folgende Angabe eingefügt:
„Kapitel 2 Besondere Vorschriften für Verbraucherdarlehensverträge“.
 - e) Nach der Angabe zu § 491 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 491a Vorvertragliche Informationspflichten bei Verbraucherdarlehensverträgen“.

**Entwurf eines Gesetzes
zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie,
des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdienste-
richtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften
über das Widerrufs- und Rückgaberecht***

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 359 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 359a Anwendungsbereich“.
 - b) unverändert
 - c) unverändert
 - d) unverändert
 - e) unverändert

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG (Zahlungsdiensterichtlinie – ABl. EU Nr. L 319 S. 1),
2. Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (Verbraucherkreditrichtlinie – ABl. EU Nr. L 133 S. 66).

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
f) Die Angabe zu § 493 wird wie folgt gefasst: „§ 493 Informationen während des Vertragsverhältnisses“.	f) unverändert
g) Die Angaben zu den §§ 497 bis 515 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 497 Verzug des Darlehensnehmers § 498 Gesamtfälligestellung bei Teilzahlungsdarlehen § 499 Kündigungsrecht des Darlehensgebers; Leistungsverweigerung § 500 Kündigungsrecht des Darlehensnehmers; vorzeitige Rückzahlung § 501 Kostenermäßigung § 502 Vorfälligkeitsentschädigung § 503 Immobiliardarlehenverträge § 504 Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit § 505 Geduldete Überziehung Untertitel 2 Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher § 506 Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe § 507 Teilzahlungsgeschäfte § 508 Rückgaberecht, Rücktritt bei Teilzahlungsgeschäften § 509 Prüfung der Kreditwürdigkeit Untertitel 3 Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher § 510 Ratenlieferungsverträge Untertitel 4 Unabdingbarkeit, Anwendung auf Existenzgründer § 511 Abweichende Vereinbarungen § 512 Anwendung auf Existenzgründer §§ 513 bis 515 (weggefallen)“.	g) unverändert
h) Die Angabe zu Titel 12 wird wie folgt gefasst: „Titel 12 Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag und Zahlungsdienste“.	h) unverändert
i) Vor der Angabe zu § 675 wird die Angabe „Kapitel 1 Allgemeines“ gestrichen.	i) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
j) Die Angaben zu den §§ 675a bis 676h werden durch die folgenden Angaben ersetzt:	j) unverändert
„§ 675a Informationspflichten	
§ 675b Aufträge zur Übertragung von Wertpapieren in Systemen	
Untertitel 3 Zahlungsdienste	
Kapitel 1 Allgemeine Vorschriften	
§ 675c Zahlungsdienste und elektronisches Geld	
§ 675d Unterrichtung bei Zahlungsdiensten	
§ 675e Abweichende Vereinbarungen	
Kapitel 2 Zahlungsdienstevertrag	
§ 675f Zahlungsdienstevertrag	
§ 675g Änderung des Zahlungsdiensterrahmenvertrags	
§ 675h Ordentliche Kündigung eines Zahlungsdiensterrahmenvertrags	
§ 675i Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente und elektronisches Geld	
Kapitel 3 Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten	
Unterkapitel 1 Autorisierung von Zahlungsvorgängen; Zahlungsauthentifizierungsinstrumente	
§ 675j Zustimmung und Widerruf der Zustimmung	
§ 675k Nutzungsbegrenzung	
§ 675l Pflichten des Zahlers in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente	
§ 675m Pflichten des Zahlungsdienstleisters in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente; Risiko der Versendung	
Unterkapitel 2 Ausführung von Zahlungsvorgängen	
§ 675n Zugang von Zahlungsaufträgen	
§ 675o Ablehnung von Zahlungsaufträgen	
§ 675p Unwiderruflichkeit eines Zahlungsauftrags	
§ 675q Entgelte bei Zahlungsvorgängen	
§ 675r Ausführung eines Zahlungsvorgangs anhand von Kundenkennungen	
§ 675s Ausführungsfrist für Zahlungsvorgänge	
§ 675t Wertstellungsdatum und Verfügbarkeit von Geldbeträgen	

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Unterkapitel 3

Haftung

- | | | |
|---|--|---|
| <p>§ 675u Haftung des Zahlungsdienstleisters für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge</p> <p>§ 675v Haftung des Zahlers bei missbräuchlicher Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes</p> <p>§ 675w Nachweis der Authentifizierung</p> <p>§ 675x Erstattungsanspruch bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang</p> <p>§ 675y Haftung der Zahlungsdienstleister bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags; Nachforschungspflicht</p> <p>§ 675z Sonstige Ansprüche bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags oder bei einem nicht autorisierten Zahlungsvorgang</p> <p>§ 676 Nachweis der Ausführung von Zahlungsvorgängen</p> <p>§ 676a Ausgleichsanspruch</p> <p>§ 676b Anzeige nicht autorisierter oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungsvorgänge</p> <p>§ 676c Haftungsausschluss“.</p> | <p>2. In § 308 Nr. 1 wird die Angabe „§ 355 Abs. 1 und 2“ durch die Angabe „§ 355 Abs. 1 bis 3“ ersetzt.</p> <p>3. § 312 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 „(2) Der Unternehmer ist verpflichtet, den Verbraucher gemäß § 360 über sein Widerrufs- oder Rückgaberecht zu belehren. Die Belehrung muss auf die Rechtsfolgen des § 357 Abs. 1 und 3 hinweisen. Der Hinweis ist nicht erforderlich, soweit diese Rechtsfolgen tatsächlich nicht eintreten können.“</p> <p>4. § 312c Abs. 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
 „(1) Der Unternehmer hat den Verbraucher bei Fernabsatzverträgen nach Maßgabe des Artikels 246 §§ 1 und 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche zu unterrichten.
 (2) Der Unternehmer hat bei von ihm veranlassten Telefongesprächen seine Identität und den geschäftlichen Zweck des Kontakts bereits zu Beginn eines jeden Gesprächs ausdrücklich offenzulegen.“</p> <p>5. § 312d wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 „(2) Die Widerrufsfrist beginnt abweichend von § 355 Abs. 3 Satz 1 nicht vor Erfüllung der Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, bei der Lieferung von Waren nicht vor deren Eingang beim Empfänger, bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung und bei Dienstleistungen nicht vor Vertragsschluss.“</p> | <p>2. unverändert</p> <p>3. unverändert</p> <p>4. unverändert</p> <p>5. unverändert</p> |
|---|--|---|

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 495, 499 bis 507“ durch die Angabe „§§ 495, 506 bis 512“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „solchen Verträgen“ durch das Wort „Ratenlieferungsverträgen“ ersetzt.
6. § 312e wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter „der Rechtsverordnung nach Artikel 241“ durch die Angabe „Artikel 246 § 3“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 355 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 355 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
7. § 355 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „von zwei Wochen“ durch die Wörter „der Widerrufsfrist“ ersetzt.
 - b) Die Absätze 2 und 3 werden durch die folgenden Absätze 2 bis 4 ersetzt:
 - „(2) Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage, wenn dem Verbraucher spätestens bei Vertragsschluss eine den Anforderungen des § 360 Abs. 1 entsprechende Widerrufsbelehrung in Textform mitgeteilt wird. Bei Fernabsatzverträgen steht eine unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilte Widerrufsbelehrung einer solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher gemäß Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 10 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche unterrichtet hat. Wird die Widerrufsbelehrung dem Verbraucher nach dem gemäß Satz 1 oder Satz 2 maßgeblichen Zeitpunkt mitgeteilt, beträgt die Widerrufsfrist einen Monat. Dies gilt auch dann, wenn der Unternehmer den Verbraucher über das Widerrufsrecht gemäß Artikel 246 § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche zu einem späteren als dem in Satz 1 oder Satz 2 genannten Zeitpunkt unterrichten darf.“
 - (3) Die Widerrufsfrist beginnt, wenn dem Verbraucher eine den Anforderungen des § 360 Abs. 1 entsprechende Belehrung über sein Widerrufsrecht in Textform mitgeteilt worden ist. Ist der Vertrag schriftlich abzuschließen, so beginnt die Frist nicht, bevor dem Verbraucher auch eine Vertragsurkunde, der schriftliche Antrag des Verbrauchers oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Antrags zur Verfügung gestellt wird. Ist der Fristbeginn streitig, so trifft die Beweislast den Unternehmer.
 - (4) Das Widerrufsrecht erlischt spätestens sechs Monate nach Vertragsschluss. Diese Frist beginnt bei der Lieferung von Waren nicht vor deren Eingang beim Empfänger. Abweichend von Satz 1 erlischt das Widerrufsrecht nicht, wenn der Verbraucher nicht entsprechend den Anforderungen des § 360 Abs. 1 über sein Widerrufsrecht in Textform belehrt worden ist, bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen ferner nicht, wenn der Unternehmer seine Mitteilungspflichten gemäß Artikel 246 § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 Nr. 1 bis 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche nicht ordnungsgemäß erfüllt hat.“
6. unverändert
7. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

8. § 356 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Voraussetzung ist, dass
1. im Verkaufsprospekt eine den Anforderungen des § 360 Abs. 2 entsprechende Belehrung über das Rückgaberecht enthalten ist und
 2. der Verbraucher den Verkaufsprospekt in Abwesenheit des Unternehmers eingehend zur Kenntnis nehmen konnte.“
- b) Absatz 2 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
- „Im Übrigen sind die Vorschriften über das Widerrufsrecht entsprechend anzuwenden. An die Stelle von § 360 Abs. 1 tritt § 360 Abs. 2.“
9. § 357 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Bei Fernabsatzverträgen steht ein unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilter Hinweis einem solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise über die Wertersatzpflicht und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung unterrichtet hat.“
- b) In dem bisherigen Satz 2 wird das Wort „Dies“ durch die Angabe „Satz 1“ ersetzt.
10. Dem § 358 wird folgender Absatz 6 angefügt:
- „(6) Die Absätze 2, 4 und 5 sind nicht anzuwenden auf Verbraucherdarlehensverträge, die der Finanzierung des Erwerbs von Finanzinstrumenten dienen.“
11. Nach § 358 wird folgender § 358a eingefügt:
- „§ 358a
Ähnliche Geschäfte
- Auch wenn die Voraussetzungen für ein verbundenes Geschäft nicht vorliegen, ist
1. § 358 Abs. 1 und 4 entsprechend anzuwenden, wenn die Ware oder Leistung des Unternehmers in einem Verbraucherdarlehensvertrag genau angegeben ist;
 2. § 358 Abs. 2 und 4 entsprechend auf Verträge über Zusatzleistungen anzuwenden, die der Verbraucher in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verbraucherdarlehensvertrag abgeschlossen hat.“
12. In § 359 Satz 2 werden die Wörter „200 Euro nicht überschreitet,“ durch die Wörter „weniger als 200 Euro beträgt, das Darlehen der Finanzierung des Erwerbs von Finanzinstrumenten dient“ ersetzt.
8. unverändert
9. unverändert
10. entfällt
11. entfällt
12. In § 359 Satz 2 werden die Wörter „, wenn das finanzierte Entgelt 200 Euro nicht überschreitet, sowie“ gestrichen.
- 12a. Nach § 359 wird folgender § 359a eingefügt:
- „§ 359a
Anwendungsbereich
- (1) Liegen die Voraussetzungen für ein verbundenes Geschäft nicht vor, ist § 358 Abs. 1 und 4 entsprechend anzuwenden, wenn die Ware oder die

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Leistung des Unternehmers aus dem widerrufenen Vertrag in einem Verbraucherdarlehensvertrag genau angegeben ist.

(2) § 358 Abs. 2 und 4 ist entsprechend auf Verträge über Zusatzleistungen anzuwenden, die der Verbraucher in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verbraucherdarlehensvertrag abgeschlossen hat.

(3) § 358 Abs. 2, 4 und 5 sowie § 359 sind nicht anzuwenden auf Verbraucherdarlehensverträge, die der Finanzierung des Erwerbs von Finanzinstrumenten dienen.

(4) § 359 ist nicht anzuwenden, wenn das finanzierte Entgelt weniger als 200 Euro beträgt.“

13. § 360 wird wie folgt gefasst:

„§ 360

Widerrufs- und Rückgabebelehrung

(1) Die Widerrufsbelehrung muss deutlich gestaltet sein und dem Verbraucher entsprechend den Erfordernissen des eingesetzten Kommunikationsmittels seine wesentlichen Rechte deutlich machen. Sie muss Folgendes enthalten:

1. einen Hinweis auf das Recht zum Widerruf,
2. einen Hinweis darauf, dass der Widerruf keiner Begründung bedarf und in Textform oder durch Rücksendung der Sache innerhalb der Widerrufsfrist erklärt werden kann,
3. den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und
4. einen Hinweis auf Dauer und Beginn der Widerrufsfrist sowie darauf, dass zur Fristwahrung die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung oder der Sache genügt.

(2) Auf die Rückgabebelehrung ist Absatz 1 Satz 1 entsprechend anzuwenden. Sie muss Folgendes enthalten:

1. einen Hinweis auf das Recht zur Rückgabe,
2. einen Hinweis darauf, dass die Ausübung des Rückgaberechts keiner Begründung bedarf,
3. einen Hinweis darauf, dass das Rückgaberecht nur durch Rücksendung der Sache oder, wenn die Sache nicht als Paket versandt werden kann, durch Rücknahmeverlangen in Textform innerhalb der Rückgabefrist ausgeübt werden kann,
4. den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen, an den die Rückgabe zu erfolgen hat oder gegenüber dem das Rücknahmeverlangen zu erklären ist, und
5. einen Hinweis auf Dauer und Beginn der Rückgabefrist sowie darauf, dass zur Fristwahrung die rechtzeitige Absendung der Sache oder des Rücknahmeverlangens genügt.

(3) Die dem Verbraucher gemäß § 355 Abs. 3 Satz 1 mitzuteilende Widerrufsbelehrung genügt den Anfor-

13. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

derungen des Absatzes 1 und den diesen ergänzenden Vorschriften dieses Gesetzes, wenn das Muster der Anlage 1 zum Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Textform verwendet wird. Die dem Verbraucher gemäß § 356 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 355 Abs. 3 Satz 1 mitzuteilende Rückgabebelehrung genügt den Anforderungen des Absatzes 2 und den diesen ergänzenden Vorschriften dieses Gesetzes, wenn das Muster der Anlage 2 zum Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Textform verwendet wird. Der Unternehmer darf unter Beachtung von Absatz 1 Satz 1 in Format und Schriftgröße von den Mustern abweichen und Zusätze wie die Firma oder ein Kennzeichen des Unternehmers anbringen.“

14. In § 485 Abs. 3 wird die Angabe „§ 355 Abs. 1 Satz 2“ durch die Angabe „§ 355 Abs. 2 Satz 1“ ersetzt. 14. unverändert
15. Vor § 488 wird folgende Überschrift eingefügt: 15. unverändert
- „Kapitel 1
Allgemeine Vorschriften“.
16. § 488 wird wie folgt geändert: 16. unverändert
- a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „zurückzuerstat-
ten“ durch das Wort „zurückzuzahlen“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „zurückzuerstatten“
durch das Wort „zurückzuzahlen“ und das Wort
„Rückerstattung“ durch das Wort „Rückzahlung“
ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 und 3 wird jeweils das Wort
„Rückerstattung“ durch das Wort „Rückzahlung“
ersetzt.
17. § 489 wird wie folgt geändert: 17. unverändert
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Der Darlehensnehmer kann einen Darlehens-
vertrag mit gebundenem Sollzinssatz ganz oder teil-
weise kündigen,
1. wenn die Sollzinsbindung vor der für die Rück-
zahlung bestimmten Zeit endet und keine neue
Vereinbarung über den Sollzinssatz getroffen ist,
unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von ein-
em Monat frühestens für den Ablauf des Tages,
an dem die Sollzinsbindung endet; ist eine An-
passung des Sollzinssatzes in bestimmten Zeit-
räumen bis zu einem Jahr vereinbart, so kann der
Darlehensnehmer jeweils nur für den Ablauf des
Tages, an dem die Sollzinsbindung endet, kündi-
gen;
2. in jedem Fall nach Ablauf von zehn Jahren nach
dem vollständigen Empfang unter Einhaltung ei-
ner Kündigungsfrist von sechs Monaten; wird
nach dem Empfang des Darlehens eine neue Ver-
einbarung über die Zeit der Rückzahlung oder
den Sollzinssatz getroffen, so tritt der Zeitpunkt
dieser Vereinbarung an die Stelle des Zeitpunkts
des Empfangs.“
- b) In Absatz 3 werden die Wörter „nach Absatz 1 oder
Absatz 2“ gestrichen.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Sollzinssatz ist der gebundene oder veränderliche periodische Prozentsatz, der pro Jahr auf das in Anspruch genommene Darlehen angewendet wird. Der Sollzinssatz ist gebunden, wenn für die gesamte Vertragslaufzeit ein Sollzinssatz oder mehrere Sollzinssätze vereinbart sind, die als feststehende Prozentzahl ausgedrückt werden. Ist für die gesamte Vertragslaufzeit keine Sollzinsbindung vereinbart, gilt der Sollzinssatz nur für diejenigen Zeiträume als gebunden, für die er durch eine feste Prozentzahl bestimmt ist.“
18. § 490 wird wie folgt geändert: 18. unverändert
- a) In Absatz 1 wird das Wort „Rückerstattung“ durch das Wort „Rückzahlung“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „für einen bestimmten Zeitraum ein fester Zinssatz vereinbart“ durch die Wörter „der Sollzinssatz gebunden“ und die Angabe „§ 489 Abs. 1 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 488 Abs. 3 Satz 2“ ersetzt sowie nach dem Wort „gebieten“ die Wörter „und seit dem vollständigen Empfang des Darlehens sechs Monate abgelaufen sind“ eingefügt.
19. Vor § 491 wird folgende Überschrift eingefügt: 19. unverändert
- „Kapitel 2
Besondere Vorschriften
für Verbraucherdarlehensverträge“.
20. § 491 wird wie folgt gefasst: 20. unverändert
- „§ 491
Verbraucherdarlehensvertrag
- (1) Die Vorschriften dieses Kapitels gelten für entgeltliche Darlehensverträge zwischen einem Unternehmer als Darlehensgeber und einem Verbraucher als Darlehensnehmer (Verbraucherdarlehensvertrag), soweit in den Absätzen 2 oder 3 oder in den §§ 503 bis 505 nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Keine Verbraucherdarlehensverträge sind Verträge,
1. bei denen der Nettodarlehensbetrag (Artikel 247 § 3 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) weniger als 200 Euro beträgt,
 2. bei denen sich die Haftung des Darlehensnehmers auf eine dem Darlehensgeber zum Pfand übergebene Sache beschränkt,
 3. bei denen der Darlehensnehmer das Darlehen binnen drei Monaten zurückzahlen hat und nur geringe Kosten vereinbart sind,
 4. die von Arbeitgebern mit ihren Arbeitnehmern als Nebenleistung zum Arbeitsvertrag zu einem niedrigeren als dem marktüblichen effektiven Jahreszins (§ 6 der Preisangabenverordnung) abgeschlossen werden und anderen Personen nicht angeboten werden,
 5. die nur mit einem begrenzten Personenkreis auf Grund von Rechtsvorschriften in öffentlichem Inte-

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

resse abgeschlossen werden, wenn im Vertrag für den Darlehensnehmer günstigere als marktübliche Bedingungen und höchstens der marktübliche Sollzinssatz vereinbart sind.

(3) § 358 Abs. 2, 4 und 5 sowie die §§ 491a bis 495 sind nicht auf Darlehensverträge anzuwenden, die in ein nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung errichtetes gerichtliches Protokoll aufgenommen oder durch einen gerichtlichen Beschluss über das Zustandekommen und den Inhalt eines zwischen den Parteien geschlossenen Vergleichs festgestellt sind, wenn in das Protokoll oder den Beschluss der Sollzinssatz, die bei Abschluss des Vertrags in Rechnung gestellten Kosten des Darlehens sowie die Voraussetzungen aufgenommen worden sind, unter denen der Sollzinssatz oder die Kosten angepasst werden können.“

21. Nach § 491 wird folgender § 491a eingefügt:

„§ 491a
Vorvertragliche Informationspflichten
bei Verbraucherdarlehensverträgen

(1) Der Darlehensgeber hat den Darlehensnehmer bei einem Verbraucherdarlehensvertrag über die sich aus Artikel 247 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ergebenden Einzelheiten in der dort vorgesehenen Form zu unterrichten.

(2) Der Darlehensnehmer kann vom Darlehensgeber einen Entwurf des Verbraucherdarlehensvertrags verlangen. Dies gilt nicht, solange der Darlehensgeber zum Vertragsabschluss nicht bereit ist.

(3) Der Darlehensgeber ist verpflichtet, dem Darlehensnehmer vor Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags angemessene Erläuterungen zu geben, damit der Darlehensnehmer in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob der Vertrag dem von ihm verfolgten Zweck und seinen Vermögensverhältnissen gerecht wird. Hierzu sind gegebenenfalls die vorvertraglichen Informationen gemäß Absatz 1, die Hauptmerkmale der vom Darlehensgeber angebotenen Verträge sowie ihre vertragstypischen Auswirkungen auf den Darlehensnehmer, einschließlich der Folgen bei Zahlungsverzug, zu erläutern.“

22. § 492 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 und 5 wird aufgehoben.
b) Die Absätze 1a bis 3 werden durch die folgenden Absätze 2 und 3 ersetzt:

„(2) Der Vertrag muss die Angaben nach Artikel 247 §§ 6 bis 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche enthalten.

(3) Nach Vertragsschluss stellt der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer eine Abschrift des Vertrags zur Verfügung. Ist ein Zeitpunkt für die Rückzahlung des Darlehens bestimmt, kann der Darlehensnehmer vom Darlehensgeber jederzeit einen Tilgungsplan nach Artikel 247 § 14 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche verlangen.“

21. unverändert

22. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Erklärungen des Darlehensgebers, die dem Darlehensnehmer gegenüber nach Vertragsabschluss abzugeben sind, bedürfen der Textform.“

23. Die §§ 492a und 493 werden durch folgenden § 493 ersetzt:

„§ 493

Informationen während des Vertragsverhältnisses

(1) Ist in einem Verbraucherdarlehensvertrag der Sollzinssatz gebunden und endet die Sollzinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit, unterrichtet der Darlehensgeber den Darlehensnehmer spätestens drei Monate vor Ende der Sollzinsbindung darüber, ob er zu einer neuen Sollzinsbindungsabrede bereit ist. Erklärt sich der Darlehensgeber hierzu bereit, muss die Unterrichtung den zum Zeitpunkt der Unterrichtung vom Darlehensgeber angebotenen Sollzinssatz enthalten.

(2) Der Darlehensgeber unterrichtet den Darlehensnehmer spätestens drei Monate vor Beendigung eines Verbraucherdarlehensvertrags darüber, ob er zur Fortführung des Darlehensverhältnisses bereit ist. Erklärt sich der Darlehensgeber zur Fortführung bereit, muss die Unterrichtung die zum Zeitpunkt der Unterrichtung gültigen Pflichtangaben gemäß § 491a Abs. 1 enthalten.

(3) Die Anpassung des Sollzinssatzes eines Verbraucherdarlehensvertrags mit veränderlichem Sollzinssatz wird erst wirksam, nachdem der Darlehensgeber den Darlehensnehmer über die Einzelheiten unterrichtet hat, die sich aus Artikel 247 § 15 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ergeben. Abweichende Vereinbarungen über die Wirksamkeit sind im Rahmen des Artikels 247 § 15 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche zulässig.

(4) Wurden Forderungen aus dem Darlehensvertrag abgetreten, treffen die Pflichten aus den Absätzen 1 bis 3 auch den neuen Gläubiger, wenn nicht der bisherige Darlehensgeber mit dem neuen Gläubiger vereinbart hat, dass im Verhältnis zum Darlehensnehmer weiterhin allein der bisherige Darlehensgeber auftritt.“

24. § 494 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „§ 492 Abs. 1 Satz 5 Nr. 1 bis 6“ durch die Wörter „Artikel 247 §§ 6 und 9 bis 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ungeachtet eines Mangels nach Absatz 1 wird der Verbraucherdarlehensvertrag gültig, soweit der Darlehensnehmer das Darlehen empfängt oder in Anspruch nimmt. Jedoch ermäßigt sich der dem Verbraucherdarlehensvertrag zugrunde gelegte Sollzinssatz auf den gesetzlichen Zinssatz, wenn die Angabe des Sollzinssatzes, des effektiven Jahreszinses oder des Gesamtbetrags fehlt.“

c) In Absatz 3 werden die Wörter „oder der anfängliche effektive“ und die Wörter „oder anfängliche

23. unverändert

24. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

effektive“ gestrichen und wird das Wort „Zinssatz“ durch das Wort „Sollzinssatz“ ersetzt.

d) Folgende Absätze 4 bis 7 werden angefügt:

„(4) Nicht angegebene Kosten werden vom Darlehensnehmer nicht geschuldet. Ist im Vertrag nicht angegeben, unter welchen Voraussetzungen Kosten oder Zinsen angepasst werden können, so entfällt die Möglichkeit, diese zum Nachteil des Darlehensnehmers anzupassen.

(5) Wurden Teilzahlungen vereinbart, ist deren Höhe vom Darlehensgeber unter Berücksichtigung der verminderten Zinsen oder Kosten neu zu berechnen.

(6) Fehlen im Vertrag Angaben zur Laufzeit oder zum Kündigungsrecht, ist der Darlehensnehmer jederzeit zur Kündigung berechtigt. Fehlen Angaben zu Sicherheiten, können sie nicht gefordert werden. Satz 2 gilt nicht, wenn der Nettodarlehensbetrag 75 000 Euro übersteigt.

(7) Der Darlehensgeber stellt dem Darlehensnehmer eine Abschrift des Vertrags zur Verfügung, in der die Vertragsänderungen berücksichtigt sind, die sich aus den Absätzen 2 bis 6 ergeben.“

25. § 495 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die §§ 355 bis 359 gelten mit der Maßgabe, dass

1. an die Stelle der Widerrufsbelehrung die Pflichtangabe nach Artikel 247 § 6 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche tritt,
2. die Widerrufsfrist auch nicht vor Vertragsschluss beginnt und
3. der Darlehensnehmer abweichend von § 346 Abs. 1 dem Darlehensgeber auch die Aufwendungen zu ersetzen hat, die der Darlehensgeber an öffentliche Stellen erbracht hat und nicht zurückverlangen kann. § 346 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz ist nur anzuwenden, wenn das Darlehen durch ein Grundpfandrecht gesichert ist.

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Ein Widerrufsrecht besteht nicht bei Darlehensverträgen,

1. die einen Darlehensvertrag, zu dessen Kündigung der Darlehensgeber wegen Zahlungsverzugs des Darlehensnehmers berechtigt ist, durch Rückzahlungsvereinbarungen ergänzen oder ersetzen, wenn dadurch ein gerichtliches Verfahren vermieden wird und wenn der Gesamtbetrag (Artikel 247 § 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) geringer ist als die Restschuld des ursprünglichen Vertrags,
2. die notariell zu beurkunden sind, wenn der Notar bestätigt, dass die Rechte des Darlehensnehmers aus den §§ 491a und 492 gewahrt sind, oder
3. die § 504 Abs. 2 oder § 505 entsprechen.“

25. § 495 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die §§ 355 bis **359a** gelten mit der Maßgabe, dass

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert

b) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

26. In § 496 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der BGB-Informationspflichten-Verordnung“ durch die Wörter „nach Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“ ersetzt.
27. § 497 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „§ 497
Verzug des Darlehensnehmers“.
- b) Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz und Satz 2 wird aufgehoben.
- c) Absatz 4 wird aufgehoben.
28. § 498 wird wie folgt gefasst:
- „§ 498
Gesamtfälligkeit bei Teilzahlungsdarlehen
Wegen Zahlungsverzugs des Darlehensnehmers kann der Darlehensgeber den Verbraucherdarlehensvertrag bei einem Darlehen, das in Teilzahlungen zu tilgen ist, nur kündigen, wenn
1. der Darlehensnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mit mindestens 10 Prozent, bei einer Laufzeit des Verbraucherdarlehensvertrags von mehr als drei Jahren mit mindestens 5 Prozent des Nennbetrags des Darlehens in Verzug ist und
 2. der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass er bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.
- Der Darlehensgeber soll dem Darlehensnehmer spätestens mit der Fristsetzung ein Gespräch über die Möglichkeiten einer einverständlichen Regelung anbieten.“
29. Vor dem Untertitel 2 werden die folgenden §§ 499 bis 505 eingefügt:
- „§ 499
Kündigungsrecht des Darlehensgebers;
Leistungsverweigerung
- (1) In einem Verbraucherdarlehensvertrag ist eine Vereinbarung über ein Kündigungsrecht des Darlehensgebers unwirksam, wenn eine bestimmte Vertragslaufzeit vereinbart wurde oder die Kündigungsfrist zwei Monate unterschreitet.
- (2) Der Darlehensgeber ist bei entsprechender Vereinbarung berechtigt, die Auszahlung eines Darlehens, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, aus einem sachlichen Grund zu verweigern. Beabsichtigt der Darlehensgeber dieses Recht auszuüben, hat er dies dem Darlehensnehmer unverzüglich mitzuteilen und ihn über die Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Rechtsausübung zu
26. unverändert
27. § 497 wird wie folgt geändert:
- a) unverändert
- b) unverändert
- c) In Absatz 3 Satz 3 wird das Wort „Darlehensrückerstattung“ durch das Wort „Darlehensrückzahlung“ ersetzt.**
- d) unverändert
28. unverändert
29. Vor dem Untertitel 2 werden die folgenden §§ 499 bis 505 eingefügt:
- „§ 499
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

unterrichten. Die Unterrichtung über die Gründe unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet würde.

§ 500

Kündigungsrecht des Darlehensnehmers;
vorzeitige Rückzahlung

(1) Der Darlehensnehmer kann einen Verbraucherdarlehensvertrag, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, ganz oder teilweise kündigen, ohne eine Frist einzuhalten. Eine Vereinbarung über eine Kündigungsfrist von mehr als einem Monat ist unwirksam.

(2) Der Darlehensnehmer kann seine Verbindlichkeiten aus einem Verbraucherdarlehensvertrag jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig erfüllen.

§ 501

Kostenermäßigung

Soweit der Darlehensnehmer seine Verbindlichkeiten vorzeitig erfüllt oder die Restschuld vor der vereinbarten Zeit durch Kündigung fällig wird, vermindern sich die Gesamtkosten (§ 6 Abs. 3 der Preisangabenverordnung) um die Zinsen und sonstigen laufzeitabhängigen Kosten, die bei gestaffelter Berechnung auf die Zeit nach der Fälligkeit oder Erfüllung entfallen.

§ 502

Vorfälligkeitsentschädigung

(1) Der Darlehensgeber kann im Falle der vorzeitigen Rückzahlung eine angemessene Vorfälligkeitsentschädigung für den unmittelbar mit der vorzeitigen Rückzahlung zusammenhängenden Schaden verlangen, wenn der Darlehensnehmer zum Zeitpunkt der Rückzahlung Zinsen zu einem bei Vertragsabschluss vereinbarten, gebundenen Sollzinssatz schuldet. Die Vorfälligkeitsentschädigung darf folgende Beträge jeweils nicht überschreiten:

1. 1 Prozent beziehungsweise, wenn der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung weniger als ein Jahr beträgt, 0,5 Prozent des vorzeitig zurückgezahlten Betrags,
2. den Betrag der Sollzinsen, den der Darlehensnehmer in dem Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung entrichtet hätte.

(2) Der Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ist ausgeschlossen, wenn

1. die Rückzahlung aus den Mitteln einer Versicherung bewirkt wird, die auf Grund einer entsprechenden Verpflichtung im Darlehensvertrag abgeschlossen wurde, um die Rückzahlung zu sichern, oder
2. im Vertrag die Angaben über die Laufzeit des Vertrags, das Kündigungsrecht des Darlehensnehmers oder die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unzureichend sind.

§ 503

Immobilienkreditverträge

(1) § 497 Abs. 2 und 3 Satz 1, 2, 4 und 5 sowie die §§ 499, 500 und 502 sind nicht anzuwenden auf Verträ-

§ 500

unverändert

§ 501

unverändert

§ 502

unverändert

§ 503

unverändert

Entwurf

ge, bei denen die Zurverfügungstellung des Darlehens von der Sicherung durch ein Grundpfandrecht abhängig gemacht wird und zu Bedingungen erfolgt, die für grundpfandrechtl. abgesicherte Verträge und deren Zwischenfinanzierung üblich sind; der Sicherung durch ein Grundpfandrecht steht es gleich, wenn von einer solchen Sicherung nach § 7 Abs. 3 bis 5 des Gesetzes über Bausparkassen abgesehen wird.

(2) Der Verzugszinssatz beträgt abweichend von § 497 Abs. 1 für das Jahr 2,5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

(3) § 498 Satz 1 Nr. 1 gilt mit der Maßgabe, dass der Darlehensnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mit mindestens 2,5 Prozent des Nennbetrags des Darlehens in Verzug sein muss.

§ 504

Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit

(1) Ist ein Verbraucherdarlehen in der Weise gewährt, dass der Darlehensgeber in einem Vertragsverhältnis über ein laufendes Konto dem Darlehensnehmer das Recht einräumt, sein Konto in bestimmter Höhe zu überziehen (Überziehungsmöglichkeit), hat der Darlehensgeber den Darlehensnehmer in regelmäßigen Zeitabständen über die Angaben zu unterrichten, die sich aus Artikel 247 § 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ergeben. Ein Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung aus § 502 ist ausgeschlossen. § 493 Abs. 3 ist nur bei einer Erhöhung des Sollzinssatzes anzuwenden und gilt entsprechend bei einer Erhöhung der vereinbarten sonstigen Kosten. § 499 Abs. 1 ist nicht anzuwenden.

(2) *Haben die Parteien eine Überziehungsmöglichkeit vereinbart*, dass nach der Auszahlung die Laufzeit höchstens drei Monate beträgt oder der Darlehensgeber kündigen kann, ohne eine Frist einzuhalten, sind § 491a Abs. 3, §§ 495, 499 Abs. 2 und § 500 Abs. 1 Satz 2 nicht anzuwenden. § 492 Abs. 1 ist nicht anzuwenden, wenn außer den Sollzinsen keine weiteren laufenden Kosten vereinbart sind, die Sollzinsen nicht in kürzeren Zeiträumen als drei Monaten fällig werden und der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer den Vertragsinhalt spätestens unverzüglich nach Vertragsabschluss in Textform mitteilt.

§ 505

Geduldete Überziehung

(1) Vereinbart ein Unternehmer in einem Vertrag mit einem Verbraucher über ein laufendes Konto ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit ein Entgelt für den Fall, dass er eine Überziehung des Kontos duldet, müssen in diesem Vertrag die Angaben nach Artikel 247 § 17 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Textform enthalten sein und dem Verbraucher in regelmäßigen Zeitabständen in Textform mitgeteilt werden. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Darlehensgeber mit einem Darlehensnehmer in einem Vertrag über ein laufendes Konto mit eingeräumter Überziehungsmöglichkeit ein Entgelt für den Fall ver-

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 504

Eingeräumte Überziehungsmöglichkeit

(1) unverändert

(2) **Ist in einer Überziehungsmöglichkeit vereinbart**, dass nach der Auszahlung die Laufzeit höchstens drei Monate beträgt oder der Darlehensgeber kündigen kann, ohne eine Frist einzuhalten, sind § 491a Abs. 3, §§ 495, 499 Abs. 2 und § 500 Abs. 1 Satz 2 nicht anzuwenden. § 492 Abs. 1 ist nicht anzuwenden, wenn außer den Sollzinsen keine weiteren laufenden Kosten vereinbart sind, die Sollzinsen nicht in kürzeren Zeiträumen als drei Monaten fällig werden und der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer den Vertragsinhalt spätestens unverzüglich nach Vertragsabschluss in Textform mitteilt.

§ 505

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

einbart, dass er eine Überziehung des Kontos über die vertraglich bestimmte Höhe hinaus duldet.

(2) Kommt es im Falle des Absatzes 1 zu einer erheblichen Überziehung von mehr als einem Monat, unterrichtet der Darlehensgeber den Darlehensnehmer unverzüglich in Textform über die sich aus Artikel 247 § 17 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ergebenden Einzelheiten.

(3) Verstößt der Unternehmer gegen Absatz 1 oder Absatz 2, kann der Darlehensgeber über die Rückzahlung des Darlehens hinaus Kosten und Zinsen nicht verlangen.

(4) Die §§ 491a bis 496 und 499 bis 502 sind auf Verbraucherdarlehensverträge, die unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen zustande kommen, nicht anzuwenden.“

30. Der bisherige § 499 wird § 506 und wie folgt gefasst:

„§ 506

Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe

(1) Die Vorschriften der §§ 358 bis 359 und 491a bis 502 sind mit Ausnahme des § 492 Abs. 4 und vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 auf Verträge entsprechend anzuwenden, durch die ein Unternehmer einem Verbraucher einen entgeltlichen Zahlungsaufschub oder eine sonstige entgeltliche Finanzierungshilfe gewährt.

(2) Verträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher über die entgeltliche Nutzung eines Gegenstandes gelten als entgeltliche Finanzierungshilfe, wenn vereinbart ist, dass

1. der Verbraucher zum Erwerb des Gegenstandes verpflichtet ist,
2. der Unternehmer vom Verbraucher den Erwerb des Gegenstandes verlangen kann, oder
3. der Verbraucher bei Beendigung des Vertrags für einen bestimmten Wert des Gegenstandes einzustehen hat.

Auf Verträge gemäß Satz 1 Nr. 3 sind § 500 Abs. 2 und § 502 nicht anzuwenden.

(3) Für Verträge, die die Lieferung einer bestimmten Sache oder die Erbringung einer bestimmten anderen Leistung gegen Teilzahlungen zum Gegenstand haben (Teilzahlungsgeschäfte), gelten vorbehaltlich des Absatzes 4 zusätzlich die in den §§ 507 und 508 geregelten Besonderheiten.

(4) Die Vorschriften dieses Untertitels sind in dem in § 491 Abs. 2 und 3 bestimmten Umfang nicht anzuwenden. Soweit nach der Vertragsart ein Nettodarlehensbetrag (§ 491 Abs. 2 Nr. 1) nicht vorhanden ist, tritt an seine Stelle der Barzahlungspreis oder, wenn der Unternehmer den Gegenstand für den Verbraucher erworben hat, der Anschaffungspreis.“

31. Die bisherigen §§ 500 und 501 werden aufgehoben.

30. Der bisherige § 499 wird § 506 und wie folgt gefasst:

„§ 506

Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe

(1) Die Vorschriften der §§ 358 bis **359a** und 491a bis 502 sind mit Ausnahme des § 492 Abs. 4 und vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 auf Verträge entsprechend anzuwenden, durch die ein Unternehmer einem Verbraucher einen entgeltlichen Zahlungsaufschub oder eine sonstige entgeltliche Finanzierungshilfe gewährt.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

31. unverändert

Entwurf

32. Der bisherige § 502 wird § 507 und wie folgt gefasst:

„§ 507
Teilzahlungsgeschäfte

(1) § 494 Abs. 1 bis 3 und 6 Satz 3 ist auf Teilzahlungsgeschäfte nicht anzuwenden. Gibt der Verbraucher sein Angebot zum Vertragsabschluss im Fernabsatz auf Grund eines Verkaufsprospekts oder eines vergleichbaren elektronischen Mediums ab, aus dem der Barzahlungspreis, der Sollzinssatz, der effektive Jahreszins, ein Tilgungsplan anhand beispielhafter Gesamtbeträge sowie die zu stellenden Sicherheiten und Versicherungen ersichtlich sind, ist auch § 492 Abs. 1 nicht anzuwenden, wenn der Unternehmer dem Verbraucher den Vertragsinhalt spätestens unverzüglich nach Vertragsabschluss in Textform mitteilt.

(2) Das Teilzahlungsgeschäft ist nichtig, wenn die vorgeschriebene Schriftform des § 492 Abs. 1 nicht eingehalten ist oder im Vertrag eine der in Artikel 247 §§ 6 bis 8, 12 und 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen Angaben fehlt. Ungeachtet eines Mangels nach Satz 1 wird das Teilzahlungsgeschäft gültig, wenn dem Verbraucher die Sache übergeben oder die Leistung erbracht wird. Jedoch ist der Barzahlungspreis höchstens mit dem gesetzlichen Zinssatz zu verzinsen, wenn die Angabe des Gesamtbetrags oder des effektiven Jahreszinses fehlt. Ist ein Barzahlungspreis nicht genannt, so gilt im Zweifel der Marktpreis als Barzahlungspreis. Ist der effektive Jahreszins zu niedrig angegeben, so vermindert sich der Gesamtbetrag um den Prozentsatz, um den der effektive Jahreszins zu niedrig angegeben ist.

(3) Abweichend von den §§ 491a und 492 Abs. 2 dieses Gesetzes und von Artikel 247 §§ 3, 6 und 12 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche müssen in der vorvertraglichen Information und im Vertrag der Barzahlungspreis und der effektive Jahreszins nicht *angeben* werden, wenn der Unternehmer nur gegen Teilzahlungen Sachen liefert oder Leistungen erbringt. Im Falle des § 501 ist der Berechnung der Kostenermäßigung der gesetzliche Zinssatz (§ 246) zugrunde zu legen. Ein Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ist ausgeschlossen.“

33. Der bisherige § 503 wird § 508 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach den Wörtern „kann dem Verbraucher“ werden die Wörter „bei Verträgen über die Lieferung einer bestimmten Sache“ eingefügt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„§ 495 Abs. 2 gilt für das Rückgaberecht entsprechend.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Dem Nennbetrag entspricht der Gesamtbetrag.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses

32. Der bisherige § 502 wird § 507 und wie folgt gefasst:

„§ 507
Teilzahlungsgeschäfte

(1) unverändert

(2) Das Teilzahlungsgeschäft ist nichtig, wenn die vorgeschriebene Schriftform des § 492 Abs. 1 nicht eingehalten ist oder im Vertrag eine der in Artikel 247 §§ 6, 12 und 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen Angaben fehlt. Ungeachtet eines Mangels nach Satz 1 wird das Teilzahlungsgeschäft gültig, wenn dem Verbraucher die Sache übergeben oder die Leistung erbracht wird. Jedoch ist der Barzahlungspreis höchstens mit dem gesetzlichen Zinssatz zu verzinsen, wenn die Angabe des Gesamtbetrags oder des effektiven Jahreszinses fehlt. Ist ein Barzahlungspreis nicht genannt, so gilt im Zweifel der Marktpreis als Barzahlungspreis. Ist der effektive Jahreszins zu niedrig angegeben, so vermindert sich der Gesamtbetrag um den Prozentsatz, um den der effektive Jahreszins zu niedrig angegeben ist.

(3) Abweichend von den §§ 491a und 492 Abs. 2 dieses Gesetzes und von Artikel 247 §§ 3, 6 und 12 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche müssen in der vorvertraglichen Information und im Vertrag der Barzahlungspreis und der effektive Jahreszins nicht **angegeben** werden, wenn der Unternehmer nur gegen Teilzahlungen Sachen liefert oder Leistungen erbringt. Im Falle des § 501 ist der Berechnung der Kostenermäßigung der gesetzliche Zinssatz (§ 246) zugrunde zu legen. Ein Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ist ausgeschlossen.“

33. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- bb) Im neuen Satz 6 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 5“ und werden die Wörter „Sätzen 2 und 3“ durch die Wörter „Sätzen 3 und 4“ ersetzt.
34. Der bisherige § 504 wird aufgehoben. 34. unverändert
35. Vor dem Untertitel 3 wird folgender § 509 eingefügt: 35. unverändert
- „§ 509
Prüfung der Kreditwürdigkeit
- Vor dem Abschluss eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe hat der Unternehmer die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers zu bewerten. Grundlage für die Bewertung können Auskünfte des Verbrauchers und erforderlichenfalls Auskünfte von Stellen sein, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erheben, speichern oder verändern. Die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.“
36. Der bisherige § 505 wird § 510. 36. unverändert
37. Der bisherige § 506 wird § 511 und darin die Angabe „505“ durch die Angabe „510“ ersetzt sowie nach dem Wort „darf“ die Wörter „, soweit nicht ein anderes bestimmt ist,“ eingefügt. 37. unverändert
38. Der bisherige § 507 wird § 512 und darin die Angabe „506“ durch die Angabe „511“ sowie die Angabe „50 000“ durch die Angabe „75 000“ ersetzt. 38. unverändert
39. § 655a wird wie folgt geändert: 39. § 655a wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 1 werden nach dem Wort „Verbraucherdarlehensvertrag“ die Wörter „oder eine entgeltliche Finanzierungshilfe“ eingefügt sowie das Wort „Verbraucherdarlehensvertrags“ durch die Wörter „solchen Vertrags“ ersetzt. a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 1 werden nach dem Wort „gegen“ die Wörter „**ein vom Verbraucher oder einem Dritten zu leistendes**“ eingefügt, nach dem Wort „Verbraucherdarlehensvertrag“ die Wörter „oder eine entgeltliche Finanzierungshilfe“ eingefügt sowie das Wort „Verbraucherdarlehensvertrags“ durch die Wörter „solchen Vertrags“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt: b) unverändert
- „(2) Der Darlehensvermittler hat den Verbraucher über die sich aus Artikel 247 § 13 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ergebenden Einzelheiten in der dort vorgesehenen Form zu unterrichten. Der Darlehensvermittler ist gegenüber dem Verbraucher zusätzlich wie ein Darlehensgeber gemäß § 491a verpflichtet. Satz 2 gilt nicht für Warenlieferanten oder Dienstleistungserbringer, die in lediglich untergeordneter Funktion als Darlehensvermittler tätig werden, etwa indem sie als Nebenleistung den Abschluss eines verbundenen Verbraucherdarlehensvertrags vermitteln.“
40. § 655b wird wie folgt geändert: 40. § 655b wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben. a) unverändert
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 bis 3“ durch die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 und 2“ ersetzt und nach dem Wort „genügt“ die Wörter „oder vor dessen Abschluss die Pflichten b) In Absatz 2 werden die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 bis 3“ durch die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 und 2“ ersetzt und nach dem Wort „genügt“ die Wörter „oder vor dessen Abschluss die Pflichten

Entwurf

(3) Die Begriffsbestimmungen des Kreditwesengesetzes und des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes sind anzuwenden.

§ 675d

Unterrichtung bei Zahlungsdiensten

(1) Zahlungsdienstleister haben Zahlungsdienstnutzer bei der Erbringung von Zahlungsdiensten über die in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Umstände in der dort vorgesehenen Form zu unterrichten. Dies gilt nicht für die Erbringung von Zahlungsdiensten in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder die Erbringung von Zahlungsdiensten, bei denen der Zahlungsdienstleister des Zahlers oder des Zahlungsempfängers außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums belegen ist.

(2) Ist die ordnungsgemäße Unterrichtung streitig, so trifft die Beweislast den Zahlungsdienstleister.

(3) Für die Unterrichtung darf der Zahlungsdienstleister mit dem Zahlungsdienstnutzer nur dann ein Entgelt vereinbaren, wenn die Information auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers erbracht wird und der Zahlungsdienstleister

1. diese Information häufiger erbringt, als in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehen,
2. eine Information erbringt, die über die in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen hinausgeht, oder
3. diese Information mithilfe anderer als der im Zahlungsdiensterrahmenvertrag vereinbarten Kommunikationsmittel erbringt.

Das Entgelt muss angemessen und an den tatsächlichen Kosten des Zahlungsdienstleisters ausgerichtet sein.

(4) Zahlungsempfänger und Dritte unterrichten über die in Artikel 248 §§ 17 und 18 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Umstände.

§ 675e

Abweichende Vereinbarungen

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, darf von den Vorschriften dieses Untertitels nicht zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers abgewichen werden.

(2) Für Zahlungsdienste im Sinne des § 675d Abs. 1 Satz 2 sind § 675q Abs. 1 und 3, § 675s Abs. 1, § 675t Abs. 2, § 675x Abs. 1 und § 675y Abs. 1 sowie § 675z Satz 3 nicht anzuwenden; soweit solche Zahlungsdienste in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums erbracht werden, ist auch § 675t Abs. 1 nicht anzuwenden. Im Übrigen darf für Zahlungsdienste im Sinne des § 675d Abs. 1 Satz 2 zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers von den Vorschriften dieses Untertitels abgewichen werden; soweit solche Zahlungsdienste jedoch in Euro oder in der Währung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 675d

unverändert

§ 675e

Abweichende Vereinbarungen

(1) unverändert

(2) Für Zahlungsdienste im Sinne des § 675d Abs. 1 Satz 2 sind § 675q Abs. 1 und 3, § 675s Abs. 1, § 675t Abs. 2, § 675x Abs. 1 und § 675y Abs. 1 **und 2** sowie § 675z Satz 3 nicht anzuwenden; soweit solche Zahlungsdienste in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums erbracht werden, ist auch § 675t Abs. 1 nicht anzuwenden. Im Übrigen darf für Zahlungsdienste im Sinne des § 675d Abs. 1 Satz 2 zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers von den Vorschriften dieses Untertitels abgewichen werden; soweit solche Zahlungsdienste jedoch in Euro oder in der Währung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über

Entwurf

den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht werden, gilt dies nicht für § 675t Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 3.

(3) Für Zahlungsvorgänge, die nicht in Euro erfolgen, können der Zahlungsdienstnutzer und sein Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass § 675t Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 ganz oder teilweise nicht anzuwenden ist.

(4) Handelt es sich bei dem Zahlungsdienstnutzer nicht um einen Verbraucher, so können die Parteien vereinbaren, dass § 675d Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 bis 4, § 675f Abs. 4 Satz 2, die §§ 675g, 675h, 675j Abs. 2 und § 675p sowie die §§ 675v bis 676 ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind; sie können auch eine andere als die in § 676b vorgesehene Frist vereinbaren.

Kapitel 2

Zahlungsdienstevertrag

§ 675f

Zahlungsdienstevertrag

(1) Durch einen Einzelzahlungsvertrag wird der Zahlungsdienstleister verpflichtet, für die Person, die einen Zahlungsdienst als Zahler, Zahlungsempfänger oder in beiden Eigenschaften in Anspruch nimmt (Zahlungsdienstnutzer), einen Zahlungsvorgang auszuführen.

(2) Durch einen Zahlungsdienstrahmenvertrag wird der Zahlungsdienstleister verpflichtet, für den Zahlungsdienstnutzer einzelne und aufeinander folgende Zahlungsvorgänge auszuführen sowie gegebenenfalls für den Zahlungsdienstnutzer ein auf dessen Namen oder die Namen mehrerer Zahlungsdienstnutzer lautendes Zahlungskonto zu führen. Ein Zahlungsdienstrahmenvertrag kann auch Bestandteil eines sonstigen Vertrags sein oder mit einem anderen Vertrag zusammenhängen.

(3) Zahlungsvorgang ist jede Bereitstellung, Übermittlung oder Abhebung eines Geldbetrags, unabhängig von der zugrunde liegenden Rechtsbeziehung zwischen Zahler und Zahlungsempfänger. Zahlungsauftrag ist jeder Auftrag, den ein Zahler seinem Zahlungsdienstleister zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs entweder unmittelbar oder mittelbar über den Zahlungsempfänger erteilt.

(4) Der Zahlungsdienstnutzer ist verpflichtet, dem Zahlungsdienstleister das für die Erbringung eines Zahlungsdienstes vereinbarte Entgelt zu entrichten. Für die Erfüllung von Nebenpflichten nach diesem Untertitel hat der Zahlungsdienstleister nur dann einen Anspruch auf ein Entgelt, sofern dies zugelassen und zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und dem Zahlungsdienstleister vereinbart worden ist; dieses Entgelt muss angemessen und an den tatsächlichen Kosten des Zahlungsdienstleisters ausgerichtet sein.

(5) In einem Zahlungsdienstrahmenvertrag zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister darf das Recht des Zahlungsempfängers, mit dem Zahler für die Nutzung eines bestimmten

Beschlüsse des 6. Ausschusses

den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht werden, gilt dies nicht für § 675t Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 3.

(3) unverändert

(4) unverändert

Kapitel 2

Zahlungsdienstevertrag

§ 675f

Zahlungsdienstevertrag

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

(5) In einem Zahlungsdienstrahmenvertrag zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister darf das Recht des Zahlungsempfängers, dem Zahler für die Nutzung eines bestimmten

Entwurf

Zahlungsauthentifizierungsinstruments *ein Entgelt zu vereinbaren oder diesem* eine Ermäßigung anzubieten, nicht ausgeschlossen werden.

§ 675g

Änderung des Zahlungsdiensterahmenvertrags

(1) Eine Änderung des Zahlungsdiensterahmenvertrags auf Veranlassung des Zahlungsdienstleisters setzt voraus, dass dieser die beabsichtigte Änderung spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens dem Zahlungsdienstnutzer in der in Artikel 248 §§ 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Form anbietet.

(2) Der Zahlungsdienstleister und der Zahlungsdienstnutzer können vereinbaren, dass die Zustimmung des Zahlungsdienstnutzers zu einer Änderung nach Absatz 1 als erteilt gilt, wenn dieser dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung angezeigt hat. Im Fall einer solchen Vereinbarung ist der Zahlungsdienstnutzer auch berechtigt, den Zahlungsdiensterahmenvertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung fristlos zu kündigen. Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer mit dem Angebot zur Vertragsänderung auf die Folgen seines Schweigens sowie auf das Recht zur kostenfreien und fristlosen Kündigung hinzuweisen.

(3) Änderungen von Zinssätzen oder Wechselkursen werden unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung wirksam, soweit dies im Zahlungsdiensterahmenvertrag vereinbart wurde und die Änderungen auf den dort vereinbarten Referenzzinssätzen oder Referenzwechselkursen beruhen. Referenzzinssatz ist der Zinssatz, der bei der Zinsberechnung zugrunde gelegt wird und aus einer öffentlich zugänglichen und für beide Parteien eines Zahlungsdienstvertrags überprüfbar Quelle stammt. Referenzwechselkurs ist der Wechselkurs, der bei jedem Währungsumtausch zugrunde gelegt und vom Zahlungsdienstleister zugänglich gemacht wird oder aus einer öffentlich zugänglichen Quelle stammt.

(4) Der Zahlungsdienstnutzer darf durch Vereinbarungen zur Berechnung nach Absatz 3 nicht benachteiligt werden.

§ 675h

Ordentliche Kündigung
eines Zahlungsdiensterahmenvertrags

(1) Der Zahlungsdienstnutzer kann den Zahlungsdiensterahmenvertrag, auch wenn dieser für einen bestimmten Zeitraum geschlossen ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, sofern nicht eine Kündigungsfrist vereinbart wurde. Die Vereinbarung einer Kündigungsfrist von mehr als einem Monat ist unwirksam.

(2) Der Zahlungsdienstleister kann den Zahlungsdiensterahmenvertrag nur kündigen, wenn der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und das Kün-

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Zahlungsauthentifizierungsinstruments eine Ermäßigung anzubieten, nicht ausgeschlossen werden.

§ 675g

unverändert

§ 675h

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

digungsrecht vereinbart wurde. Die Kündigungsfrist darf zwei Monate nicht unterschreiten. Die Kündigung ist in der in Artikel 248 §§ 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Form zu erklären.

(3) Im Fall der Kündigung sind regelmäßig erhobene Entgelte nur anteilig bis zum Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags zu entrichten. Im Voraus gezahlte Entgelte, die auf die Zeit nach Beendigung des Vertrags fallen, sind anteilig zu erstatten.

§ 675i

Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente
und elektronisches Geld

(1) Ein Zahlungsdienstevertrag kann die Überlassung eines Kleinbetragsinstruments an den Zahlungsdienstinutzer vorsehen. Ein Kleinbetragsinstrument ist ein Mittel,

1. mit dem nur einzelne Zahlungsvorgänge bis höchstens 30 Euro ausgelöst werden können,
2. das eine Ausgabenobergrenze von 150 Euro hat oder
3. das Geldbeträge speichert, die zu keiner Zeit 150 Euro übersteigen.

In den Fällen der Nummern 2 und 3 erhöht sich die Betragsgrenze auf 200 Euro, wenn das Kleinbetragsinstrument nur für inländische Zahlungsvorgänge genutzt werden kann.

(2) Im Fall des Absatzes 1 können die Parteien vereinbaren, dass

1. der Zahlungsdienstleister Änderungen der Vertragsbedingungen nicht in der in § 675g Abs. 1 vorgesehenen Form anbieten muss,
2. § 675l Satz 2, § 675m Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 4, Satz 2 und § 675v Abs. 3 nicht anzuwenden sind, wenn das Kleinbetragsinstrument nicht gesperrt oder eine weitere Nutzung nicht verhindert werden kann,
3. die §§ 675u, 675v Abs. 1 und 2, §§ 675w und 676 nicht anzuwenden sind, wenn die Nutzung des Kleinbetragsinstruments keinem Zahlungsdienstinutzer zugeordnet werden kann oder der Zahlungsdienstleister aus anderen Gründen, die in dem Kleinbetragsinstrument selbst angelegt sind, nicht nachweisen kann, dass ein Zahlungsvorgang autorisiert war,
4. der Zahlungsdienstleister abweichend von § 675o Abs. 1 nicht verpflichtet ist, den Zahlungsdienstinutzer von einer Ablehnung des Zahlungsauftrags zu unterrichten, wenn die Nichtausführung aus dem Zusammenhang hervorgeht,
5. der Zahler abweichend von § 675p den Zahlungsauftrag nach dessen Übermittlung oder nachdem er dem Zahlungsempfänger seine Zustimmung zum Zahlungsauftrag erteilt hat, nicht widerrufen kann, oder

§ 675i

unverändert

Entwurf

6. andere als die in § 675s bestimmten Ausführungsfristen gelten.

(3) Die §§ 675u und 675v sind für elektronisches Geld nicht anzuwenden, wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht die Möglichkeit hat, das Zahlungskonto oder das Kleinbetragsinstrument zu sperren. Satz 1 gilt nur für Zahlungskonten oder Kleinbetragsinstrumente mit einem Wert von höchstens 200 Euro.

Kapitel 3

Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten

Unterkapitel 1

Autorisierung von Zahlungsvorgängen;
Zahlungsauthentifizierungsinstrumente

§ 675j

Zustimmung und Widerruf der Zustimmung

(1) Ein Zahlungsvorgang ist gegenüber dem Zahler nur wirksam, wenn er diesem zugestimmt hat (Autorisierung). Die Zustimmung kann entweder als Einwilligung oder, sofern zwischen dem Zahler und seinem Zahlungsdienstleister zuvor vereinbart, als Genehmigung erteilt werden. Art und Weise der Zustimmung sind zwischen dem Zahler und seinem Zahlungsdienstleister zu vereinbaren. Insbesondere kann vereinbart werden, dass die Zustimmung mittels eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments erteilt werden kann.

(2) Die Zustimmung kann vom Zahler durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsdienstleister so lange widerrufen werden, wie der Zahlungsauftrag widerruflich ist (§ 675p). Auch die Zustimmung zur Ausführung mehrerer Zahlungsvorgänge kann mit der Folge widerrufen werden, dass jeder nachfolgende Zahlungsvorgang nicht mehr autorisiert ist.

§ 675k

Nutzungsbegrenzung

(1) In Fällen, in denen die Zustimmung mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments erteilt wird, können der Zahler und der Zahlungsdienstleister Betragsgrenzen für die Nutzung dieses Zahlungsauthentifizierungsinstruments vereinbaren.

(2) Zahler und Zahlungsdienstleister können vereinbaren, dass der Zahlungsdienstleister das Recht hat, ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu sperren, wenn

1. sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit des Zahlungsauthentifizierungsinstruments dies rechtfertigen,
2. der Verdacht einer nicht autorisierten oder einer betrügerischen Verwendung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments besteht oder
3. bei einem Zahlungsauthentifizierungsinstrument mit Kreditgewährung ein wesentlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Zahler seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen kann.

In diesem Fall ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, den Zahler über die Sperrung des Zahlungsauthentifi-

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Kapitel 3

Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten

Unterkapitel 1

Autorisierung von Zahlungsvorgängen;
Zahlungsauthentifizierungsinstrumente

§ 675j

unverändert

§ 675k

Nutzungsbegrenzung

(1) unverändert

(2) Zahler und Zahlungsdienstleister können vereinbaren, dass der Zahlungsdienstleister das Recht hat, ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu sperren, wenn

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert

In diesem Fall ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, den Zahler über die Sperrung des Zahlungsauthentifi-

Entwurf

zierungsinstruments *unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe* möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperrung zu unterrichten. In der Unterrichtung sind die Gründe für die Sperrung anzugeben. Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit der Zahlungsdienstleister hierdurch gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen würde. Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, das Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu entsperren oder dieses durch ein neues Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu ersetzen, wenn die Gründe für die Sperrung nicht mehr gegeben sind. Der Zahlungsdienstnutzer ist über eine Entsperrung unverzüglich zu unterrichten.

§ 675l

Pflichten des Zahlers in Bezug
auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente

Der Zahler ist verpflichtet, unmittelbar nach Erhalt eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Er hat dem Zahlungsdienstleister oder einer von diesem benannten Stelle den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments unverzüglich anzuzeigen, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat.

§ 675m

Pflichten des Zahlungsdienstleisters
in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente;
Risiko der Versendung

(1) Der Zahlungsdienstleister, der ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument ausgibt, ist verpflichtet,

1. unbeschadet der Pflichten des Zahlungsdienstnutzers gemäß § 675l sicherzustellen, dass die personalisierten Sicherheitsmerkmale des Zahlungsauthentifizierungsinstruments nur der zur Nutzung berechtigten Person zugänglich sind,
2. die unaufgeforderte Zusendung von Zahlungsauthentifizierungsinstrumenten an den Zahlungsdienstnutzer zu unterlassen, es sei denn, ein bereits an den Zahlungsdienstnutzer ausgegebenes Zahlungsauthentifizierungsinstrument muss ersetzt werden,
3. sicherzustellen, dass der Zahlungsdienstnutzer durch geeignete Mittel jederzeit die Möglichkeit hat, eine Anzeige gemäß § 675l Satz 2 vorzunehmen oder die Aufhebung der Sperrung gemäß § 675k Abs. 2 Satz 5 zu verlangen, und
4. jede Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments zu verhindern, sobald eine Anzeige gemäß § 675l Satz 2 erfolgt ist.

Hat der Zahlungsdienstnutzer den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments angezeigt, stellt sein Zahlungsdienstleister ihm auf Anfrage bis mindestens 18 Monate nach dieser Anzeige die Mittel zur Verfügung, mit

Beschlüsse des 6. Ausschusses

zierungsinstruments möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperrung zu unterrichten. In der Unterrichtung sind die Gründe für die Sperrung anzugeben. Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit der Zahlungsdienstleister hierdurch gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen würde. Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, das Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu entsperren oder dieses durch ein neues Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu ersetzen, wenn die Gründe für die Sperrung nicht mehr gegeben sind. Der Zahlungsdienstnutzer ist über eine Entsperrung unverzüglich zu unterrichten.

§ 675l

unverändert

§ 675m

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

denen der Zahlungsdienstnutzer beweisen kann, dass eine Anzeige erfolgt ist.

(2) Die Gefahr der Versendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments und der Versendung personalisierter Sicherheitsmerkmale des Zahlungsauthentifizierungsinstruments an den Zahler trägt der Zahlungsdienstleister.

Unterkapitel 2
Ausführung von Zahlungsvorgängen

§ 675n
Zugang von Zahlungsaufträgen

(1) Ein Zahlungsauftrag wird wirksam, wenn er dem Zahlungsdienstleister des Zahlers zugeht. Fällt der Zeitpunkt des Zugangs nicht auf einen Geschäftstag des Zahlungsdienstleisters des Zahlers, gilt der Zahlungsauftrag als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen. Der Zahlungsdienstleister kann festlegen, dass Zahlungsaufträge, die nach einem bestimmten Zeitpunkt nahe am Ende eines Geschäftstags zugehen, für die Zwecke des § 675s Abs. 1 als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen gelten. Geschäftstag ist jeder Tag, an dem der an der Ausführung eines Zahlungsvorgangs beteiligte Zahlungsdienstleister den für die Ausführung von Zahlungsvorgängen erforderlichen Geschäftsbetrieb unterhält.

(2) Vereinbaren der Zahlungsdienstnutzer, der einen Zahlungsvorgang auslöst oder über den ein Zahlungsvorgang ausgelöst wird, und sein Zahlungsdienstleister, dass die Ausführung des Zahlungsauftrags an einem bestimmten Tag oder am Ende eines bestimmten Zeitraums oder an dem Tag, an dem der Zahler dem Zahlungsdienstleister den zur Ausführung erforderlichen Geldbetrag zur Verfügung gestellt hat, beginnen soll, so gilt der vereinbarte Termin für die Zwecke des § 675s Abs. 1 als Zeitpunkt des Zugangs. Fällt der vereinbarte Termin nicht auf einen Geschäftstag des Zahlungsdienstleisters des Zahlers, so gilt für die Zwecke des § 675s Abs. 1 der darauf folgende Geschäftstag als Zeitpunkt des Zugangs.

§ 675o
Ablehnung von Zahlungsaufträgen

(1) Lehnt der Zahlungsdienstleister die Ausführung eines Zahlungsauftrags ab, ist er verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer hierüber unverzüglich, auf jeden Fall aber innerhalb der Fristen gemäß § 675s Abs. 1 zu unterrichten. In der Unterrichtung sind, soweit möglich, die Gründe für die Ablehnung sowie die Möglichkeiten anzugeben, wie Fehler, die zur Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können. Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit sie gegen sonstige Rechtsvorschriften verstoßen würde. Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdienstterahmenvertrag für die Unterrichtung über eine berechnete Ablehnung ein Entgelt vereinbaren.

(2) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers ist nicht berechtigt, die Ausführung eines autorisierten Zahlungsauftrags abzulehnen, wenn die im Zahlungsdienstterahmenvertrag festgelegten Ausführungsbedingun-

Unterkapitel 2
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

gen erfüllt sind und die Ausführung nicht gegen sonstige Rechtsvorschriften verstößt.

(3) Für die Zwecke der §§ 675s, 675y und 675z gilt ein Zahlungsauftrag, dessen Ausführung berechtigterweise abgelehnt wurde, als nicht zugegangen.

§ 675p

Unwiderruflichkeit eines Zahlungsauftrags

(1) Der Zahlungsdienstnutzer kann einen Zahlungsauftrag vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 nach dessen Zugang beim Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht mehr widerrufen.

(2) Wurde der Zahlungsvorgang vom Zahlungsempfänger oder über diesen ausgelöst, so kann der Zahler den Zahlungsauftrag nicht mehr widerrufen, nachdem er den Zahlungsauftrag oder seine Zustimmung zur Ausführung des Zahlungsvorgangs an den Zahlungsempfänger übermittelt hat. Im Fall einer Lastschrift kann der Zahler den Zahlungsauftrag jedoch unbeschadet seiner Rechte gemäß § 675x bis zum Ende des Geschäftstags vor dem vereinbarten Fälligkeitstag widerrufen.

(3) Ist zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und seinem Zahlungsdienstleister ein bestimmter Termin für die Ausführung eines Zahlungsauftrags (§ 675n Abs. 2) vereinbart worden, kann der Zahlungsdienstnutzer den Zahlungsauftrag bis zum Ende des Geschäftstags vor dem vereinbarten Tag widerrufen.

(4) Nach den in den Absätzen 1 bis 3 genannten Zeitpunkten kann der Zahlungsauftrag nur widerrufen werden, wenn der Zahlungsdienstnutzer und sein Zahlungsdienstleister dies vereinbart haben. In den Fällen des Absatzes 2 ist zudem die Zustimmung des Zahlungsempfängers zum Widerruf erforderlich. Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdiensterahmenvertrag für die Bearbeitung eines solchen Widerrufs ein Entgelt vereinbaren.

(5) Der Teilnehmer an Zahlungsverkehrssystemen kann einen Auftrag zugunsten eines anderen Teilnehmers von dem in den Regeln des Systems bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr widerrufen.

§ 675q

Entgelte bei Zahlungsvorgängen

(1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers sowie sämtliche an dem Zahlungsvorgang beteiligte zwischengeschaltete Stellen sind verpflichtet, den Betrag, der Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist (Zahlungsbeitrag), ungekürzt an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers zu übermitteln.

(2) Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers darf ihm zustehende Entgelte vor Erteilung der Gutschrift nur dann von dem übermittelten Betrag abziehen, wenn dies mit dem Zahlungsempfänger vereinbart wurde. In diesem Fall sind der vollständige Betrag des Zahlungsvorgangs und die Entgelte in den Informationen gemäß Artikel 248 §§ 8 und 15 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche für den Zahlungsempfänger getrennt auszuweisen.

(3) Bei einem Zahlungsvorgang, der mit keiner Währungsumrechnung verbunden ist, tragen Zahlungsemp-

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

fänger und Zahler jeweils die von ihrem Zahlungsdienstleister erhobenen Entgelte.

§ 675r

Ausführung eines Zahlungsvorgangs
anhand von Kundenkennungen

(1) Die beteiligten Zahlungsdienstleister sind berechtigt, einen Zahlungsvorgang ausschließlich anhand der von dem Zahlungsdienstnutzer angegebenen Kundenkennung auszuführen. Wird ein Zahlungsauftrag in Übereinstimmung mit dieser Kundenkennung ausgeführt, so gilt er im Hinblick auf den durch die Kundenkennung bezeichneten Zahlungsempfänger als ordnungsgemäß ausgeführt.

(2) Eine Kundenkennung ist eine Abfolge aus Buchstaben, Zahlen oder Symbolen, die dem Zahlungsdienstnutzer vom Zahlungsdienstleister mitgeteilt wird und die der Zahlungsdienstnutzer angeben muss, damit der andere am Zahlungsvorgang beteiligte Zahlungsdienstnutzer oder dessen Zahlungskonto zweifelsfrei ermittelt werden kann.

(3) Ist eine vom Zahler angegebene Kundenkennung für den Zahlungsdienstleister des Zahlers erkennbar keinem Zahlungsempfänger oder keinem Zahlungskonto zuzuordnen, ist dieser verpflichtet, den Zahler unverzüglich hierüber zu unterrichten und ihm gegebenenfalls den Zahlungsbetrag wieder herauszugeben.

§ 675s

Ausführungsfrist für Zahlungsvorgänge

(1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers ist verpflichtet sicherzustellen, dass der Zahlungsbetrag spätestens am Ende des auf den Zugangszeitpunkt des Zahlungsauftrags folgenden Geschäftstags beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht; bis zum 1. Januar 2012 können ein Zahler und sein Zahlungsdienstleister eine Frist von bis zu drei Geschäftstagen vereinbaren. Für Zahlungsvorgänge innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, die nicht in Euro erfolgen, können ein Zahler und sein Zahlungsdienstleister eine Frist von maximal vier Geschäftstagen vereinbaren. Für in Papierform ausgelöste Zahlungsvorgänge können die Fristen nach Satz 1 um einen weiteren Geschäftstag verlängert werden.

(2) Bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgang ist der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers verpflichtet, den Zahlungsauftrag dem Zahlungsdienstleister des Zahlers innerhalb der zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister vereinbarten Fristen zu übermitteln. Im Fall einer Lastschrift ist der Zahlungsauftrag so rechtzeitig zu übermitteln, dass die Verrechnung an dem vom Zahlungsempfänger mitgeteilten Fälligkeitstag ermöglicht wird.

§ 675t

Wertstellungsdatum und Verfügbarkeit
von Geldbeträgen

(1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers ist verpflichtet, dem Zahlungsempfänger den Zahlungsbetrag unverzüglich verfügbar zu machen, nach-

Entwurf

dem er auf dem Konto des Zahlungsdienstleisters eingegangen ist. Sofern der Zahlungsbetrag auf einem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben werden soll, ist die Gutschrift, auch wenn sie nachträglich erfolgt, so vorzunehmen, dass der Zeitpunkt, den der Zahlungsdienstleister für die Berechnung der Zinsen bei Gutschrift oder Belastung eines Betrags auf einem Zahlungskonto zugrunde legt (Wertstellungsdatum), spätestens der Geschäftstag ist, an dem der Zahlungsbetrag auf dem Konto des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers eingegangen ist. Satz 1 gilt auch dann, wenn der Zahlungsempfänger kein Zahlungskonto unterhält.

(2) Zahlt ein Verbraucher Bargeld auf ein Zahlungskonto bei einem Zahlungsdienstleister in der Währung des betreffenden Zahlungskontos ein, so stellt dieser Zahlungsdienstleister sicher, dass der Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich nach dem Zeitpunkt der Entgegennahme verfügbar gemacht und wertgestellt wird. Ist der Zahlungsdienstnutzer kein Verbraucher, so muss dem Zahlungsempfänger der Geldbetrag spätestens an dem auf die Entgegennahme folgenden Geschäftstag verfügbar gemacht und wertgestellt werden.

(3) Eine Belastung auf dem Zahlungskonto des Zahlers ist so vorzunehmen, dass das Wertstellungsdatum frühestens der Zeitpunkt ist, an dem dieses Zahlungskonto mit dem Zahlungsbetrag belastet wird.

Unterkapitel 3
Haftung

§ 675u

Haftung des Zahlungsdienstleisters
für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge

Im Fall eines nicht autorisierten Zahlungsvorgangs hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers gegen diesen keinen Anspruch auf Erstattung seiner Aufwendungen. Er ist verpflichtet, dem Zahler den Zahlungsbetrag unverzüglich zu erstatten und, sofern der Betrag einem Zahlungskonto belastet worden ist, dieses Zahlungskonto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne die Belastung durch den nicht autorisierten Zahlungsvorgang befunden hätte.

§ 675v

Haftung des Zahlers bei missbräuchlicher Nutzung
eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments

(1) Beruhen nicht autorisierte Zahlungsvorgänge auf der Nutzung eines verlorengegangenen oder gestohlenen Zahlungsauthentifizierungsinstruments, so kann der Zahlungsdienstleister des Zahlers von diesem den Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens bis zu einem Betrag von 150 Euro verlangen. Dies gilt auch, wenn der Schaden infolge einer sonstigen missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments entstanden ist und der Zahler die personalisierten Sicherheitsmerkmale nicht sicher aufbewahrt hat.

(2) Der Zahler ist seinem Zahlungsdienstleister zum Ersatz des gesamten Schadens verpflichtet, der infolge eines nicht autorisierten Zahlungsvorgangs entstanden

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Unterkapitel 3
Haftung

§ 675u

unverändert

§ 675v

Haftung des Zahlers bei missbräuchlicher Nutzung
eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments

(1) Beruhen nicht autorisierte Zahlungsvorgänge auf der Nutzung eines verlorengegangenen, gestohlenen **oder sonst abhanden gekommenen** Zahlungsauthentifizierungsinstruments, so kann der Zahlungsdienstleister des Zahlers von diesem den Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens bis zu einem Betrag von 150 Euro verlangen. Dies gilt auch, wenn der Schaden infolge einer sonstigen missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments entstanden ist und der Zahler die personalisierten Sicherheitsmerkmale nicht sicher aufbewahrt hat.

(2) unverändert

Entwurf

ist, wenn er ihn in betrügerischer Absicht ermöglicht hat oder durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung

1. einer oder mehrerer Pflichten gemäß § 675l oder
2. einer oder mehrerer vereinbarter Bedingungen für die Ausgabe und Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments

herbeigeführt hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist der Zahler nicht zum Ersatz von Schäden verpflichtet, die aus der Nutzung eines nach der Anzeige gemäß § 675l Satz 2 verwendeten Zahlungsauthentifizierungsinstruments entstanden sind. Der Zahler ist auch nicht zum Ersatz von Schäden im Sinne des Absatzes 1 verpflichtet, wenn der Zahlungsdienstleister seiner Pflicht gemäß § 675m Abs. 1 Nr. 3 nicht nachgekommen ist. Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Zahler in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

§ 675w
Nachweis der Authentifizierung

Ist die Autorisierung eines ausgeführten Zahlungsvorgangs streitig, hat der Zahlungsdienstleister nachzuweisen, dass eine Authentifizierung erfolgt ist und der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß aufgezeichnet, verbucht sowie nicht durch eine Störung beeinträchtigt wurde. Eine Authentifizierung ist erfolgt, wenn der Zahlungsdienstleister die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments, einschließlich seiner personalisierten Sicherheitsmerkmale, mit Hilfe eines Verfahrens überprüft hat. Wurde der Zahlungsvorgang mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments ausgelöst, reicht die Aufzeichnung der Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments einschließlich der Authentifizierung durch den Zahlungsdienstleister allein nicht notwendigerweise aus, um nachzuweisen, dass der Zahler

1. den Zahlungsvorgang autorisiert,
2. in betrügerischer Absicht gehandelt,
3. eine oder mehrere Pflichten gemäß § 675l verletzt oder
4. vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen eine oder mehrere Bedingungen für die Ausgabe und Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments verstoßen

hat.

§ 675x
Erstattungsanspruch bei einem vom
oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten
autorisierten Zahlungsvorgang

(1) Der Zahler hat gegen seinen Zahlungsdienstleister einen Anspruch auf Erstattung eines belasteten Zahlungsbetrags, der auf einem autorisierten, vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgang beruht, wenn

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(3) unverändert

§ 675w
unverändert

§ 675x
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

1. bei der Autorisierung der genaue Betrag nicht angegeben wurde und
2. der Zahlungsbetrag den Betrag übersteigt, den der Zahler entsprechend seinem bisherigen Ausgabeverhalten, den Bedingungen des Zahlungsdienstleistervertrags und den jeweiligen Umständen des Einzelfalls hätte erwarten können; mit einem etwaigen Währungsumtausch zusammenhängende Gründe bleiben außer Betracht, wenn der zwischen den Parteien vereinbarte Referenzwechsellkurs zugrunde gelegt wurde.

Der Zahler ist auf Verlangen seines Zahlungsdienstleisters verpflichtet, die Sachumstände darzulegen, aus denen er sein Erstattungsverlangen herleitet.

(2) Im Fall von Lastschriften können der Zahler und sein Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass der Zahler auch dann einen Anspruch auf Erstattung gegen seinen Zahlungsdienstleister hat, wenn die Voraussetzungen für eine Erstattung nach Absatz 1 nicht erfüllt sind.

(3) Der Zahler kann mit seinem Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass er keinen Anspruch auf Erstattung hat, wenn er seine Zustimmung zur Durchführung des Zahlungsvorgangs unmittelbar seinem Zahlungsdienstleister erteilt hat und er, sofern vereinbart, über den anstehenden Zahlungsvorgang mindestens vier Wochen vor dem Fälligkeitstermin vom Zahlungsdienstleister oder vom Zahlungsempfänger unterrichtet wurde.

(4) Ein Anspruch des Zahlers auf Erstattung ist ausgeschlossen, wenn er ihn nicht innerhalb von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung des betreffenden Zahlungsbetrags gegenüber seinem Zahlungsdienstleister geltend macht.

(5) Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Zugang eines Erstattungsverlangens entweder den vollständigen Betrag des Zahlungsvorgangs zu erstatten oder dem Zahler die Gründe für die Ablehnung der Erstattung mitzuteilen. Im Fall der Ablehnung hat der Zahlungsdienstleister auf die Beschwerdemöglichkeit gemäß § 28 des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes und auf die Möglichkeit, eine Schlichtungsstelle gemäß § 14 des Unterlassungsklagengesetzes anzurufen, hinzuweisen. Das Recht des Zahlungsdienstleisters, eine innerhalb der Frist nach Absatz 4 geltend gemachte Erstattung abzulehnen, erstreckt sich nicht auf den Fall nach Absatz 2.

(6) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Lastschriften, sobald diese durch eine Genehmigung des Zahlers unmittelbar gegenüber seinem Zahlungsdienstleister autorisiert worden sind.

§ 675y

Haftung der Zahlungsdienstleister
bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung
eines Zahlungsauftrags; Nachforschungspflicht

(1) Wird ein Zahlungsvorgang vom Zahler ausgelöst, kann dieser von seinem Zahlungsdienstleister im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsauftrags die unverzügliche und ungekürzte

§ 675y

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Erstattung des Zahlungsbetrags verlangen. Wurde der Betrag einem Zahlungskonto des Zahlers belastet, ist dieses Zahlungskonto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne den fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang befunden hätte. Soweit vom Zahlungsbetrag entgegen § 675q Abs. 1 Entgelte abgezogen wurden, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers den abgezogenen Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich zu übermitteln. Weist der Zahlungsdienstleister des Zahlers nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist, entfällt die Haftung nach diesem Absatz.

(2) Wird ein Zahlungsvorgang vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelöst, kann dieser im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsauftrags verlangen, dass sein Zahlungsdienstleister diesen Zahlungsauftrag unverzüglich, gegebenenfalls erneut, an den Zahlungsdienstleister des Zahlers übermittelt. Weist der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers nach, dass er die ihm bei der Ausführung des Zahlungsvorgangs obliegenden Pflichten erfüllt hat, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahler gegebenenfalls unverzüglich den ungekürzten Zahlungsbetrag entsprechend Absatz 1 Satz 1 und 2 zu erstatten. Soweit vom Zahlungsbetrag entgegen § 675q Abs. 1 und 2 Entgelte abgezogen wurden, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers den abgezogenen Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich verfügbar zu machen.

(3) Ansprüche des Zahlungsdienstnutzers gegen seinen Zahlungsdienstleister nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 Satz 2 bestehen nicht, soweit der Zahlungsauftrag in Übereinstimmung mit der vom Zahlungsdienstnutzer angegebenen fehlerhaften Kundenkennung ausgeführt wurde. In diesem Fall kann der Zahler von seinem Zahlungsdienstleister jedoch verlangen, dass dieser sich im Rahmen seiner Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdienstrahmenvertrag für diese Wiederbeschaffung ein Entgelt vereinbaren.

(4) Ein Zahlungsdienstnutzer kann von seinem Zahlungsdienstleister über die Ansprüche nach den Absätzen 1 und 2 hinaus die Erstattung der Entgelte und Zinsen verlangen, die der Zahlungsdienstleister ihm im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsvorgangs in Rechnung gestellt oder mit denen er dessen Zahlungskonto belastet hat.

(5) Wurde ein Zahlungsauftrag nicht oder fehlerhaft ausgeführt, hat der Zahlungsdienstleister desjenigen Zahlungsdienstnutzers, der einen Zahlungsvorgang ausgelöst hat oder über den ein Zahlungsvorgang ausgelöst wurde, auf Verlangen seines Zahlungsdienstnutzers den Zahlungsvorgang nachzuvollziehen und seinen Zahlungsdienstnutzer über das Ergebnis zu unterrichten.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 675z

Sonstige Ansprüche bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags oder bei einem nicht autorisierten Zahlungsvorgang

Die §§ 675u und 675y sind hinsichtlich der dort geregelten Ansprüche eines Zahlungsdienstnutzers abschließend. Die Haftung eines Zahlungsdienstleisters gegenüber seinem Zahlungsdienstnutzer für einen wegen nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags entstandenen Schaden, der nicht bereits von § 675y erfasst ist, kann auf 12 500 Euro begrenzt werden; dies gilt nicht für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, den Zinsschaden und für Gefahren, die der Zahlungsdienstleister besonders übernommen hat. Zahlungsdienstleister haben hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Zahlungsdienstnutzer vorgegeben hat. In den Fällen von Satz 3 zweiter Halbsatz haftet die von dem Zahlungsdienstnutzer vorgegebene zwischengeschaltete Stelle anstelle des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsdienstnutzers. § 675y Abs. 3 Satz 1 ist auf die Haftung eines Zahlungsdienstleisters nach den Sätzen 2 bis 4 entsprechend anzuwenden.

§ 675z

unverändert

§ 676

Nachweis der Ausführung von Zahlungsvorgängen

Ist zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und seinem Zahlungsdienstleister streitig, ob der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß ausgeführt wurde, muss der Zahlungsdienstleister nachweisen, dass der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß aufgezeichnet und verbucht sowie nicht durch eine Störung beeinträchtigt wurde.

§ 676

unverändert

§ 676a

Ausgleichsanspruch

Liegt die Ursache für die Haftung eines Zahlungsdienstleisters gemäß den §§ 675y und 675z im Verantwortungsbereich eines anderen Zahlungsdienstleisters oder einer zwischengeschalteten Stelle, so kann er vom anderen Zahlungsdienstleister oder der zwischengeschalteten Stelle den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm aus der Erfüllung der Ansprüche eines Zahlungsdienstnutzers gemäß den §§ 675y und 675z entsteht.

§ 676a

unverändert

§ 676b

Anzeige nicht autorisierter oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungsvorgänge

(1) Der Zahlungsdienstnutzer hat seinen Zahlungsdienstleister unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs zu unterrichten.

(2) Ansprüche und Einwendungen des Zahlungsdienstnutzers gegen den Zahlungsdienstleister nach diesem Unterkapitel sind ausgeschlossen, wenn dieser seinen Zahlungsdienstleister nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einem nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn der Zahlungsdienstleister den Zahlungsdienstnut-

§ 676b

unverändert

Entwurf

zer über die den Zahlungsvorgang betreffenden Angaben gemäß Artikel 248 §§ 7, 10 oder 14 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich.

(3) Für andere als die in § 675z Satz 1 genannten Ansprüche des Zahlungsdienstnutzers gegen seinen Zahlungsdienstleister wegen eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, dass der Zahlungsdienstnutzer diese Ansprüche auch nach Ablauf der Frist geltend machen kann, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung der Frist verhindert war.

§ 676c

Haftungsausschluss

Ansprüche nach diesem Kapitel sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

1. auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis beruft, keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
2. vom Zahlungsdienstleister auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.“

Artikel 2

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche

Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, 1997 I S. 1061), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ..., wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 29a Abs. 4 wird in Nummer 5 der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 6 angefügt:

„6. die Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG (ABl. EU Nr. L 133 S. 66).“

2. Dem Artikel 229 wird folgender [§ 20] angefügt:

„§ 20

Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung dieses Gesetzes]

(1) Auf Schuldverhältnisse, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] entstanden sind, sind das Bürgerliche Gesetzbuch und die BGB-Informationspflichten-Verordnung jeweils in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 676c

unverändert

Artikel 2

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche

Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, 1997 I S. 1061), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ..., wird wie folgt geändert:

1. entfällt

2. Dem Artikel 229 wird folgender § [22] angefügt:

„§ [22]

Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung dieses Gesetzes]

Auf Schuldverhältnisse, die **die Ausführung von Zahlungsvorgängen zum Gegenstand haben und die vor dem 31. Oktober 2009 entstanden sind, ist Artikel 248 §§ 4 und 13 nicht anzuwenden. Ist mit der Abwicklung eines Zahlungsvorgangs vor dem 31. Oktober 2009 begonnen worden, sind das Bürgerliche Gesetzbuch und die BGB-Informationspflichten-Verordnung jeweils in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.**“

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) § 492 Abs. 5, § 493 Abs. 3, § 499, § 500 Abs. 1 sowie die §§ 504 und 505 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind mit Ablauf des ... [einsetzen: Datum des ersten Tages des vierten auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats] auch auf Schuldverhältnisse anzuwenden, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] entstanden sind. Informationspflichten für abgeschlossene Sachverhalte werden nicht begründet.

(3) Die §§ 675a bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie Artikel 248 mit Ausnahme der §§ 4 und 13 sind auch auf vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] entstandene Schuldverhältnisse anzuwenden, die die Ausführung von Zahlungsvorgängen zum Gegenstand haben. Ist mit der Abwicklung eines Zahlungsvorgangs vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] begonnen worden, sind das Bürgerliche Gesetzbuch und die BGB-Informationspflichten-Verordnung jeweils in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.“

3. Der Überschrift des Siebten Teils wird das Wort „, Informationspflichten“ angefügt.
4. Artikel 239 wird aufgehoben.
5. In Artikel 245 Nr. 1 werden die Wörter „§ 355 Abs. 2 Satz 1, § 356 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 355 Abs. 3 Satz 1, § 356 Abs. 2 Satz 2“ ersetzt.

6. Die folgenden Artikel 246 bis 248 werden angefügt:

„Artikel 246
Informationspflichten
bei besonderen Vertriebsformen

§ 1

Informationspflichten bei Fernabsatzverträgen

(1) Bei Fernabsatzverträgen muss der Unternehmer dem Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung folgende Informationen in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise klar und verständlich und unter Angabe des geschäftlichen Zwecks zur Verfügung stellen:

1. seine Identität, anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung,
2. die Identität eines Vertreters des Unternehmers in dem Mitgliedstaat, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat, wenn es einen solchen Vertreter gibt, oder die Identität einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Anbieter, wenn der Verbraucher

2a. Artikel 229 § [22] wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Die folgenden Absätze 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Soweit andere als die in Absatz 1 geregelten Schuldverhältnisse vor dem 11. Juni 2010 entstanden sind, sind auf sie das Bürgerliche Gesetzbuch und die BGB-Informationspflichten-Verordnung jeweils in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden.

(3) Abweichend von Absatz 2 sind § 492 Abs. 5, § 493 Abs. 3, die §§ 499, 500 Abs. 1 sowie § 504 Abs. 1 und § 505 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf unbefristete Schuldverhältnisse anzuwenden, die vor dem 11. Juni 2010 entstanden sind; § 505 Abs. 1 ist auf solche Schuldverhältnisse in Ansehung der Mitteilungen nach Vertragsschluss anzuwenden.“

(3) entfällt

3. unverändert

4. unverändert

5. unverändert

6. Die folgenden Artikel 246 und 247 werden angefügt:

„Artikel 246
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

mit dieser geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem Verbraucher tätig wird,

3. die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen diesem, seinem Vertreter oder einer anderen gewerblich tätigen Person gemäß Nummer 2 und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen eines Vertretungsberechtigten,
4. die wesentlichen Merkmale der Ware oder Dienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt,
5. die Mindestlaufzeit des Vertrags, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat,
6. einen Vorbehalt, eine in Qualität und Preis gleichwertige Leistung (Ware oder Dienstleistung) zu erbringen, und einen Vorbehalt, die versprochene Leistung im Fall ihrer Nichtverfügbarkeit nicht zu erbringen,
7. den Gesamtpreis der Ware oder Dienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht,
8. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Liefer- und Versandkosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden,
9. die Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Lieferung oder Erfüllung,
10. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufs- oder Rückgaberechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere den Namen und die Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs oder der Rückgabe einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs oder der Rückgabe gemäß § 357 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die erbrachte Dienstleistung zu zahlen hat,
11. alle spezifischen zusätzlichen Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Unternehmer in Rechnung gestellt werden, und
12. eine Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) Bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen muss der Unternehmer dem Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung ferner folgende Informationen in der in Absatz 1 genannten Art und Weise zur Verfügung stellen:

1. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde,
2. gegebenenfalls den Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind,
3. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen,
4. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Fernabsatzvertrags zugrunde legt,
5. eine Vertragsklausel über das auf den Fernabsatzvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht,
6. die Sprachen, in welchen die Vertragsbedingungen und die in dieser Vorschrift genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in welchen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen,
7. einen möglichen Zugang des Verbrauchers zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang und
8. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die nicht unter die Richtlinie 94/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über Einlagensicherungssysteme (ABl. EG Nr. L 135 S. 5) und die Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. EG Nr. L 84 S. 22) fallen.

(3) Bei Telefongesprächen hat der Unternehmer dem Verbraucher nur Informationen nach Absatz 1 zur Verfügung zu stellen, wobei eine Angabe gemäß Absatz 1 Nr. 3 nur erforderlich ist, wenn der Verbraucher eine Vorauszahlung zu leisten hat. Satz 1 gilt nur, wenn der Unternehmer den Verbraucher darüber informiert hat, dass auf Wunsch weitere Informationen übermittelt werden können und welcher Art diese Informationen sind, und der Verbraucher ausdrücklich auf die Übermittlung der weiteren Informationen vor Abgabe seiner Vertragserklärung verzichtet hat.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 2

Weitere Informationspflichten
bei Fernabsatzverträgen

(1) Der Unternehmer hat dem Verbraucher ferner die in Satz 2 bestimmten Informationen in Textform mitzuteilen, und zwar bei

1. Finanzdienstleistungen rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung oder, wenn auf Verlangen des Verbrauchers der Vertrag telefonisch oder unter Verwendung eines anderen Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, das die Mitteilung in Textform vor Vertragsschluss nicht gestattet, unverzüglich nach Abschluss des Fernabsatzvertrags,
2. sonstigen Dienstleistungen und bei der Lieferung von Waren alsbald, spätestens bis zur vollständigen Erfüllung des Vertrags, bei Waren spätestens bis zur Lieferung an den Verbraucher.

Der Unternehmer hat dem Verbraucher gemäß Satz 1 mitzuteilen:

1. die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen,
2. die in § 1 Abs. 1 genannten Informationen,
3. bei Finanzdienstleistungen auch die in § 1 Abs. 2 genannten Informationen und
4. bei der Lieferung von Waren und sonstigen Dienstleistungen ferner
 - a) die in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Informationen bei Verträgen, die ein Dauerschuldverhältnis betreffen und für eine längere Zeit als ein Jahr oder für unbestimmte Zeit geschlossen sind, sowie
 - b) Informationen über Kundendienst und geltende Gewährleistungs- und Garantiebedingungen.

(2) Eine Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 ist entbehrlich bei Dienstleistungen, die unmittelbar durch Einsatz von Fernkommunikationsmitteln erbracht werden, sofern diese Leistungen in einem Mal erfolgen und über den Betreiber der Fernkommunikationsmittel abgerechnet werden. Der Verbraucher muss sich in diesem Fall aber über die Anschrift der Niederlassung des Unternehmers informieren können, bei der er Beanstandungen vorbringen kann.

(3) Zur Erfüllung seiner Informationspflicht gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 10 über das Bestehen eines Widerrufs- oder Rückgaberechts kann der Unternehmer die in den Anlagen 1 und 2 für die Belehrung über das Widerrufs- oder Rückgaberecht vorgesehenen Muster in Textform verwenden. Soweit die nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 3 und 10, nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 1 Abs. 2 Nr. 3 und nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchstabe b mitzuteilenden Informationen in den Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten sind, bedürfen sie einer hervorgehobenen und deutlich gestalteten Form.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 3

Informationspflichten bei Verträgen
im elektronischen Geschäftsverkehr

Bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr muss der Unternehmer den Kunden unterrichten

1. über die einzelnen technischen Schritte, die zu einem Vertragsschluss führen,
2. darüber, ob der Vertragstext nach dem Vertragsschluss von dem Unternehmer gespeichert wird und ob er dem Kunden zugänglich ist,
3. darüber, wie er mit den gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Verfügung gestellten technischen Mitteln Eingabebefehle vor Abgabe der Vertragserklärung erkennen und berichtigen kann,
4. über die für den Vertragsschluss zur Verfügung stehenden Sprachen und
5. über sämtliche einschlägigen Verhaltenskodizes, denen sich der Unternehmer unterwirft, sowie über die Möglichkeit eines elektronischen Zugangs zu diesen Regelwerken.

Artikel 247

Informationspflichten bei Verbraucherdarlehens-
verträgen, entgeltlichen Finanzierungshilfen
und Darlehensvermittlungsverträgen

§ 1

Form und Zeitpunkt
der vorvertraglichen Information

Die Unterrichtung nach § 491a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss rechtzeitig vor dem Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags in Textform erfolgen und die sich aus den §§ 3 bis 5 und 8 bis 13 ergebenden Einzelheiten enthalten.

§ 2

Muster

(1) Die Unterrichtung hat unter Verwendung der Europäischen Standardinformation für Verbraucherkredite gemäß dem Muster in Anlage 3 zu erfolgen, wenn nicht ein Vertrag gemäß § 495 Abs. 3 Nr. 1, § 503 oder § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeschlossen werden soll.

(2) Soll ein Vertrag der in § 495 Abs. 3 Nr. 1 oder § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art abgeschlossen werden, kann der Darlehensgeber zur Unterrichtung die Europäische Verbraucherkreditinformation gemäß dem Muster in Anlage 4 verwenden. Bei Verträgen gemäß § 503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann der Darlehensgeber das Europäische Standardisierte Merkblatt gemäß dem Muster in Anlage 5 verwenden. Verwendet der Darlehensgeber die Muster nicht, hat er bei der Unterrichtung alle nach den §§ 3 bis 5 und 8 bis 13 erforderlichen Angaben gleichartig zu gestalten und hervorzuheben.

(3) Die Verpflichtung zur Unterrichtung nach § 491a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gilt als erfüllt, wenn der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer das

Artikel 247

Informationspflichten bei Verbraucherdarlehens-
verträgen, entgeltlichen Finanzierungshilfen
und Darlehensvermittlungsverträgen

§ 1

unverändert

§ 2

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

ordnungsgemäß ausgefüllte Muster in Textform übermittelt hat. Ist der Darlehensvertrag zugleich ein Fernabsatzvertrag, gelten mit der Übermittlung des entsprechenden Musters auch die Anforderungen des § 312c Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als erfüllt.

§ 3

Inhalt der vorvertraglichen Information

(1) Die Unterrichtung vor Vertragsschluss muss folgende Informationen enthalten:

1. den Namen und die Anschrift des Darlehensgebers,
2. die Art des Darlehens,
3. den effektiven Jahreszins,
4. den Nettodarlehensbetrag,
5. den Sollzinssatz,
6. die Vertragslaufzeit,
7. Betrag, Zahl und Fälligkeit der einzelnen Teilzahlungen,
8. den Gesamtbetrag,
9. die Auszahlungsbedingungen,
10. alle sonstigen Kosten, insbesondere in Zusammenhang mit der Auszahlung oder der Verwendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments, mit dem sowohl Zahlungsvorgänge als auch Abhebungen getätigt werden können, sowie die Bedingungen, unter denen die Kosten angepasst werden können,
11. den Verzugszinssatz und die Art und Weise seiner etwaigen Anpassung sowie gegebenenfalls anfallende Verzugskosten,
12. einen Warnhinweis zu den Folgen ausbleibender Zahlungen,
13. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts,
14. das Recht des Darlehensnehmers, das Darlehen vorzeitig zurückzuzahlen,
15. die sich aus § 491a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ergebenden Rechte,
16. die sich aus § 29 Abs. 7 des Bundesdatenschutzgesetzes ergebenden Rechte.

(2) Gesamtbetrag ist die Summe aus Nettodarlehensbetrag und Gesamtkosten. Nettodarlehensbetrag ist der Höchstbetrag, auf den der Darlehensnehmer aufgrund des Darlehensvertrags Anspruch hat. Die Gesamtkosten und der effektive Jahreszins sind nach § 6 der Preisangabenverordnung zu berechnen.

(3) Der Gesamtbetrag und der effektive Jahreszins sind anhand eines repräsentativen Beispiels zu erläutern. Dabei sind sämtliche in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließenden Annahmen anzugeben und die vom Darlehensnehmer genannten Wünsche zu einzelnen Vertragsbedingungen zu berücksichtigen. Der Darlehensgeber hat darauf hinzuweisen, dass sich der effektive Jahreszins unter Umständen erhöht, wenn

§ 3

unverändert

Entwurf

der Verbraucherdarlehensvertrag mehrere Auszahlungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Kosten oder Sollzinssätzen vorsieht und die Berechnung des effektiven Jahreszinses auf der Vermutung beruht, dass die für die Art des Darlehens übliche Auszahlungsmöglichkeit vereinbart werde.

(4) Die Angabe zum Sollzinssatz muss die Bedingungen und den Zeitraum für seine Anwendung sowie die Art und Weise seiner Anpassung enthalten. Ist der Sollzinssatz von einem Index oder Referenzzinssatz abhängig, sind diese anzugeben. Sieht der Verbraucherdarlehensvertrag mehrere Sollzinssätze vor, sind die Angaben für alle Sollzinssätze zu erteilen. Sind im Falle des Satzes 3 Teilzahlungen vorgesehen, ist anzugeben, in welcher Reihenfolge die ausstehenden Forderungen des Darlehensgebers, für die unterschiedliche Sollzinssätze gelten, durch die Teilzahlungen getilgt werden.

§ 4

Weitere Angaben bei der vorvertraglichen Information

(1) Die Unterrichtung muss folgende Angaben enthalten, soweit sie für den in Betracht kommenden Vertragsabschluss erheblich sind:

1. einen Hinweis, dass der Darlehensnehmer infolge des Vertragsabschlusses Notarkosten zu tragen hat,
2. Sicherheiten, die der Darlehensgeber verlangt,
3. den Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung und dessen Berechnungsmethode, soweit der Darlehensgeber diesen Anspruch geltend macht, falls der Darlehensnehmer das Darlehen vorzeitig zurückzahlt,
4. gegebenenfalls den Zeitraum, für den sich der Darlehensgeber an die übermittelten Informationen bindet.

(2) Weitere Hinweise des Darlehensgebers müssen räumlich getrennt von den Angaben nach Absatz 1 und nach den §§ 3 und 8 bis 13 erteilt werden.

§ 5

Information bei besonderen Kommunikationsmitteln

Wählt der Darlehensnehmer für die Vertragsanbahnung Kommunikationsmittel, die die Übermittlung der vorstehenden Informationen in der in §§ 1 und 2 vorgesehenen Form nicht gestatten, ist die vollständige Unterrichtung nach § 1 unverzüglich nachzuholen. Bei Telefongesprächen muss die Beschreibung der wesentlichen Merkmale nach Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 4 zumindest die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 bis 9, Abs. 3 und 4 enthalten.

§ 6

Vertragsinhalt

(1) Der Verbraucherdarlehensvertrag muss klar und verständlich folgende Angaben enthalten:

1. die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 14 und Abs. 4 genannten Angaben,
2. den Namen und die Anschrift des Darlehensnehmers,

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 4

unverändert

§ 5

unverändert

§ 6

Vertragsinhalt

(1) unverändert

Entwurf

3. die für den Darlehensgeber zuständige Aufsichtsbehörde,
4. einen Hinweis auf den Anspruch des Darlehensnehmers auf einen Tilgungsplan nach § 492 Abs. 3 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
5. das einzuhaltende Verfahren bei der Kündigung des Vertrags,
6. sämtliche weitere Vertragsbedingungen.

(2) Besteht ein Widerrufsrecht, müssen im Vertrag Angaben zur Frist und anderen Umständen für die Erklärung des Widerrufs sowie ein Hinweis auf die Verpflichtung des Darlehensnehmers enthalten sein, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten. Der pro Tag zu zahlende Zinsbetrag ist anzugeben.

(3) Die Angabe des Gesamtbetrags und des effektiven Jahreszinses hat unter Angabe der Annahmen zu erfolgen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags bekannt sind und die in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließen.

§ 7

Weitere Angaben im Vertrag

Der Verbraucherdarlehensvertrag muss klar und verständlich folgende Angaben enthalten, soweit sie für den Vertrag bedeutsam sind:

1. einen Hinweis, dass der Darlehensnehmer Notarkosten zu tragen hat,
2. die vom Darlehensgeber verlangten Sicherheiten und Versicherungen, im Falle von entgeltlichen Finanzierungshilfen insbesondere einen Eigentumsvorbehalt,
3. die Berechnungsmethode des Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung, soweit der Darlehensgeber beabsichtigt, diesen Anspruch geltend zu machen, falls der Darlehensnehmer das Darlehen vorzeitig zurückzahlt,
4. den Zugang des Darlehensnehmers zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang.

§ 8

Verträge mit Zusatzleistungen

(1) Verlangt der Darlehensgeber zum Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags, dass der Darlehensnehmer zusätzliche Leistungen des Darlehensgebers annimmt oder einen weiteren Vertrag abschließt, insbesondere einen Versicherungsvertrag oder Kontoführungsvertrag, hat der Darlehensgeber dies zusammen mit der vorvertraglichen Information anzugeben. In der vorvertraglichen Information und im Vertrag sind Kontoführungsgebühren sowie die Bedingungen, unter denen sie angepasst werden können, anzugeben.

(2) Dienen die vom Darlehensnehmer geleisteten Zahlungen nicht der unmittelbaren Darlehenstilgung, sind die Zeiträume und Bedingungen für die Zahlung der Sollzinsen und der damit verbundenen wiederkeh-

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) Besteht ein Widerrufsrecht **nach § 495 des Bürgerlichen Gesetzbuchs**, müssen im Vertrag Angaben zur Frist und anderen Umständen für die Erklärung des Widerrufs sowie ein Hinweis auf die Verpflichtung des Darlehensnehmers enthalten sein, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten. Der pro Tag zu zahlende Zinsbetrag ist anzugeben.

(3) unverändert

§ 7

unverändert

§ 8

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

renden und nicht wiederkehrenden Kosten im Verbraucherdarlehensvertrag aufzustellen. Verpflichtet sich der Darlehensnehmer mit dem Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags auch zur Vermögensbildung, muss aus der vorvertraglichen Information und aus dem Verbraucherdarlehensvertrag klar und verständlich hervorgehen, dass weder die während der Vertragslaufzeit fälligen Zahlungsverpflichtungen noch die Ansprüche, die der Darlehensnehmer aus der Vermögensbildung erwirbt, die Tilgung des Darlehens gewährleisten, es sei denn, dies wird vertraglich vereinbart.

§ 9

Abweichende Mitteilungspflichten
bei Immobiliardarlehensverträgen gemäß
§ 503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

(1) Bei Verträgen gemäß § 503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind in der vorvertraglichen Information und im Verbraucherdarlehensvertrag abweichend von den §§ 3 bis 8, 12 und 13 die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 7, 10 und 13 sowie nach § 3 Abs. 4 und nach § 8 zwingend. Die vorvertragliche Information muss auch einen deutlich gestalteten Hinweis darauf enthalten, dass der Darlehensgeber Forderungen aus dem Darlehensvertrag ohne Zustimmung des Darlehensnehmers abtreten und das Vertragsverhältnis auf einen Dritten übertragen darf, soweit nicht die Abtretung im Vertrag ausgeschlossen wird oder der Darlehensnehmer der Übertragung zustimmen muss. Der Vertrag muss ferner die Angaben zum Widerrufsrecht nach § 6 Abs. 2 enthalten.

(2) Die Anzahl der Teilzahlungen ist nicht anzugeben, wenn die Laufzeit des Darlehensvertrags von dem Zeitpunkt der Zuteilung eines Bausparvertrags abhängt.

§ 10

Abweichende Mitteilungspflichten
bei Überziehungsmöglichkeiten gemäß
§ 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

(1) Bei Überziehungsmöglichkeiten im Sinne des § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind abweichend von den §§ 3 und 6 nur anzugeben:

1. in der vorvertraglichen Information
 - a) die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, 10, 11 und 16, Abs. 4 sowie gegebenenfalls nach § 4 Abs. 1 Nr. 4,
 - b) die Bedingungen zur Beendigung des Darlehensverhältnisses und
 - c) der Hinweis, dass der Darlehensnehmer jederzeit zur Rückzahlung des gesamten Darlehensbetrags aufgefordert werden kann, falls ein entsprechendes Kündigungsrecht für den Darlehensgeber vereinbart werden soll;
2. im Vertrag
 - a) die Angaben nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, 9 und 10, Abs. 4,
 - b) die Angaben nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 und 5,
 - c) die Gesamtkosten sowie

§ 9

unverändert

§ 10

unverändert

Entwurf

d) gegebenenfalls der Hinweis nach Nummer 1 Buchstabe c.

(2) In den Fällen des § 5 muss die Beschreibung der wesentlichen Merkmale nach Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 4 zumindest die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 bis 5, Abs. 4 sowie nach Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe c enthalten.

(3) Die Angabe des effektiven Jahreszinses ist entbehrlich, wenn der Darlehensgeber außer den Sollzinsen keine weiteren Kosten verlangt und die Sollzinsen nicht in kürzeren Zeiträumen als drei Monaten fällig werden.

§ 11

Abweichende Mitteilungspflichten
bei Umschuldungen gemäß

§ 495 Abs. 3 Nr. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

(1) Bei Umschuldungen gemäß § 495 Abs. 3 Nr. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind abweichend von den §§ 3 und 6 nur anzugeben:

1. in der vorvertraglichen Information

- a) die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 7, 11, 14 und 16, Abs. 3 und 4,
- b) die Angaben nach § 4 Abs. 1 Nr. 3,
- c) die Angaben nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b sowie
- d) gegebenenfalls die Angaben nach § 4 Abs. 1 Nr. 4;

2. im Vertrag

- a) die Angaben nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 9, 11 und 14, Abs. 3 und 4 sowie
- b) die Angaben nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 und 6.

(2) In den Fällen des § 5 muss die Beschreibung der wesentlichen Merkmale nach Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 4 zumindest die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 bis 6, Abs. 3 und 4 enthalten.

(3) Wird ein Verbraucherdarlehensvertrag gemäß § 495 Abs. 3 Nr. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Überziehungsmöglichkeit im Sinne des § 504 Abs. 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeschlossen, gilt § 10. Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden.

§ 12

Verbundene Verträge und entgeltliche
Finanzierungshilfen

(1) Die §§ 1 bis 11 gelten entsprechend für die in § 506 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Verträge über entgeltliche Finanzierungshilfen. Bei diesen Verträgen oder Verbraucherdarlehensverträgen, die mit einem Kauf- oder Werkvertrag oder einem Vertrag über eine Dienstleistung verbunden sind, muss

- 1. die vorvertragliche Information, auch in den Fällen des § 5, den Gegenstand und den Barzahlungspreis,

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 11

Abweichende Mitteilungspflichten
bei Umschuldungen gemäß

§ 495 Abs. 3 Nr. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

(1) unverändert

1. in der vorvertraglichen Information

- a) die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 7, **10**, 11, 14 und 16, Abs. 3 und 4,
- b) unverändert
- c) unverändert
- d) unverändert

2. unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 12

Verbundene Verträge und entgeltliche
Finanzierungshilfen

(1) Die §§ 1 bis 11 gelten entsprechend für die in § 506 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Verträge über entgeltliche Finanzierungshilfen. Bei diesen Verträgen oder Verbraucherdarlehensverträgen, die mit einem anderen Vertrag gemäß § 358 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verbunden sind oder in denen eine Ware oder Leistung gemäß § 359a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angegeben ist, muss

- 1. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. der Vertrag	2. unverändert
a) den Gegenstand und den Barzahlungspreis sowie	
b) Informationen über die sich aus den §§ 358 und 359 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ergebenden Rechte und über die Bedingungen für die Ausübung dieser Rechte	
enthalten.	
(2) Bei Verträgen gemäß § 506 Abs. 2 Nr. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind die Angaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 14, § 4 Abs. 1 Nr. 3 und § 7 Abs. 1 Nr. 3 entbehrlich. § 14 Abs. 1 Satz 2 ist nicht anzuwenden. Hat der Unternehmer den Gegenstand für den Verbraucher erworben, tritt an die Stelle des Barzahlungspreises der Anschaffungspreis.	(2) unverändert
§ 13 Darlehensvermittler	§ 13 Darlehensvermittler
(1) Ist bei der Anbahnung oder beim Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags oder eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe ein Darlehensvermittler beteiligt, so ist die Angabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und der Vertragsinhalt nach § 6 Abs. 1 um den Namen und die Anschrift des beteiligten Darlehensvermittlers zu ergänzen.	(1) unverändert
(2) Der Darlehensvermittler hat den Verbraucher rechtzeitig vor Abschluss eines Darlehensvermittlungsvertrags im Sinne des § 655a des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Textform zu unterrichten über	(2) unverändert
1. die Höhe der von ihm verlangten Vergütung,	1. unverändert
2. die Tatsache, ob er für die Vermittlung <i>auch</i> vom Darlehensgeber ein Entgelt erhält,	2. die Tatsache, ob er für die Vermittlung vom Darlehensgeber ein Entgelt erhält, sowie gegebenenfalls dessen Höhe,
3. den Umfang seiner Befugnisse, insbesondere, ob er ausschließlich für einen oder mehrere bestimmte Darlehensgeber oder unabhängig tätig wird, und	3. unverändert
4. die einzelnen von ihm verlangten Nebenentgelte sowie deren Höhe, soweit diese zum Zeitpunkt der Unterrichtung bekannt ist, andernfalls einen Höchstbetrag.	4. unverändert
(3) Der Darlehensvermittler hat dem Darlehensgeber die Höhe der von ihm verlangten Vergütung vor der Annahme des Auftrags mitzuteilen. Darlehensvermittler und Darlehensgeber haben sicherzustellen, dass die andere Partei eine Abschrift des Verbraucherdarlehensvertrags erhält.	(3) unverändert
§ 14 Tilgungsplan	§ 14 unverändert
(1) Verlangt der Darlehensnehmer nach § 492 Abs. 3 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einen Tilgungsplan, muss aus diesem hervorgehen, welche Zahlungen in welchen Zeitabständen zu leisten sind und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Dabei ist aufzuschlüsseln, in welcher Höhe die Teilzahlungen auf das Darlehen, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten angerechnet werden.	
(2) Ist der Sollzinssatz nicht gebunden oder können die sonstigen Kosten angepasst werden, ist in dem Til-	

Entwurf

gungsplan in klarer und verständlicher Form anzugeben, dass die Daten des Tilgungsplans nur bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes oder der sonstigen Kosten gelten.

(3) Der Tilgungsplan ist dem Darlehensnehmer in Textform zur Verfügung zu stellen. Der Anspruch erlischt nicht, solange das Vertragsverhältnis besteht.

§ 15

Unterrichtungen bei Zinsanpassungen

(1) Eine Zinsanpassung in einem Verbraucherdarlehensvertrag oder einem Vertrag über eine entgeltliche Finanzierungshilfe wird erst wirksam, nachdem der Darlehensgeber den Darlehensnehmer über

1. den angepassten Sollzinssatz,
2. die angepasste Höhe der Teilzahlungen und
3. die Zahl und die Fälligkeit der Teilzahlungen, sofern sich diese ändern,

unterrichtet hat.

(2) Geht die Anpassung des Sollzinssatzes auf die Änderung eines Referenzzinssatzes zurück, können die Vertragsparteien einen von Absatz 1 abweichenden Zeitpunkt für die Wirksamkeit der Zinsanpassung vereinbaren. In diesen Fällen muss der Vertrag eine Pflicht des Darlehensgebers vorsehen, den Darlehensnehmer nach Absatz 1 in regelmäßigen Zeitabständen zu unterrichten. Außerdem muss der Darlehensnehmer die Höhe des Referenzzinssatzes in den Geschäftsräumen des Darlehensgebers einsehen können.

§ 16

Unterrichtung bei Überziehungsmöglichkeiten

Die Unterrichtung nach § 504 Abs. 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss folgende Angaben enthalten:

1. den genauen Zeitraum, auf den sie sich bezieht,
2. Datum und Höhe der an den Darlehensnehmer ausbezahlten Beträge,
3. Saldo und Datum der vorangegangenen Unterrichtung,
4. den neuen Saldo,
5. Datum und Höhe der Rückzahlungen des Darlehensnehmers,
6. den angewendeten Sollzinssatz,
7. die erhobenen Kosten und
8. den gegebenenfalls zurückzuzahlenden Mindestbetrag.

§ 17

Angaben bei geduldeten Überziehungen

(1) Die Unterrichtung nach § 505 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss folgende Angaben enthalten:

1. den Sollzinssatz, die Bedingungen für seine Anwendung und, soweit vorhanden, Indizes oder Referenzzinssätze, auf die sich der Sollzinssatz bezieht,

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 15

unverändert

§ 16

unverändert

§ 17

Angaben bei geduldeten Überziehungen

(1) unverändert

Entwurf

2. sämtliche Kosten, die ab dem Zeitpunkt der Überziehung anfallen, sowie die Bedingungen, unter denen die Kosten angepasst werden können.

(2) Die Unterrichtung nach § 505 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss folgende Angaben enthalten:

1. das Vorliegen einer Überziehung,
2. den Betrag der Überziehung,
3. den Sollzinssatz und
4. etwaige Vertragsstrafen, Kosten und Verzugszinsen.

Artikel 248
Informationspflichten bei der Erbringung
von Zahlungsdienstleistungen

Abschnitt 1
Allgemeine Vorschriften

§ 1
Konkurrierende Informationspflichten
im Fernabsatz

Ist der Zahlungsdienstvertrag zugleich ein Fernabsatzvertrag, so werden die Informationspflichten gemäß § 312c Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und gemäß Artikel 246 §§ 1 und 2 durch die Informationspflichten gemäß den §§ 2 bis 16 ersetzt; dies gilt nicht für die in Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 8 bis 12 und Abs. 2 Nr. 2, 4 und 8 genannten Informationspflichten.

§ 2
Allgemeine Form

Die Informationen und Vertragsbedingungen sind in einer Amtssprache des Mitgliedstaats der Europäischen Union oder des Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird, oder in einer anderen zwischen den Parteien vereinbarten Sprache klar und verständlich abzufassen.

Abschnitt 2
Zahlungsdienstrahmenverträge

§ 3
Besondere Form

Bei Zahlungsdienstrahmenverträgen (§ 675f Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer die in den §§ 4 bis 9 genannten Informationen und Vertragsbedingungen in Textform mitzuteilen.

§ 4
Vorvertragliche Informationen

(1) Die folgenden vorvertraglichen Informationen und Vertragsbedingungen müssen rechtzeitig vor Abgabe der Vertragserklärung des Zahlungsdienstnutzers mitgeteilt werden:

1. zum Zahlungsdienstleister
 - a) den Namen, die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung und gegebenenfalls seines

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(2) Die Unterrichtung nach § 505 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss folgende Angaben enthalten:

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. etwaige Vertragsstrafen, Kosten und Verzugszinsen.“

6a. Folgender Artikel 248 wird angefügt:

„Artikel 248
Informationspflichten bei der Erbringung
von Zahlungsdienstleistungen

Abschnitt 1
Allgemeine Vorschriften

§ 1
Konkurrierende Informationspflichten
im Fernabsatz

Ist der Zahlungsdienstvertrag zugleich ein Fernabsatzvertrag, so werden die Informationspflichten gemäß **§ 1 Abs. 1 und 2 der BGB-Informationspflichten-Verordnung** durch die Informationspflichten gemäß den §§ 2 bis 16 ersetzt; dies gilt nicht für die in § 1 Abs. 1 Nr. 8 bis 12 und Abs. 2 Nr. 2, 4 und 8 **der BGB-Informationspflichten-Verordnung** genannten Informationspflichten.

§ 2
unverändert

Abschnitt 2
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Agenten oder seiner Zweigniederlassung in dem Mitgliedstaat, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird, sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind, und

- b) die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,
2. zur Nutzung des Zahlungsdienstes
- a) eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes,
 - b) Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind,
 - c) die Art und Weise der Zustimmung zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags gemäß den §§ 675j und 675p des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
 - d) den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag gemäß § 675n Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als zugegangen gilt, und gegebenenfalls den vom Zahlungsdienstleister gemäß § 675n Abs. 1 Satz 3 festgelegten Zeitpunkt,
 - e) die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste und
 - f) die Angabe, ob die Möglichkeit besteht, Betragsobergrenzen für die Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments gemäß § 675k Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu vereinbaren,
3. zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen
- a) alle Entgelte, die der Zahlungsdienstnutzer an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
 - b) gegebenenfalls die zugrunde gelegten Zinssätze und Wechselkurse oder, bei Anwendung von Referenzzinssätzen und -wechselkursen, die Methode für die Berechnung der tatsächlichen Zinsen sowie der maßgebliche Stichtag und der Index oder die Grundlage für die Bestimmung des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses, und
 - c) soweit vereinbart, das unmittelbare Wirksamwerden von Änderungen des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses gemäß § 675g Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
4. zur Kommunikation
- a) die Kommunikationsmittel, sofern sie zwischen den Parteien für die Informationsübermittlung und Anzeigepflichten vereinbart werden, ein-

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- schließlich ihrer Anforderungen an die technische Ausstattung des Zahlungsdienstnutzers,
- b) Angaben dazu, wie und wie oft die nach diesem Artikel geforderten Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind,
 - c) die Sprache oder Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll, und
 - d) einen Hinweis auf das Recht des Zahlungsdienstnutzers gemäß § 5, Informationen und Vertragsbedingungen in einer Urkunde zu erhalten,
5. zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen
- a) gegebenenfalls eine Beschreibung, wie der Zahlungsdienstnutzer ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument sicher verwahrt und wie er seine Anzeigepflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister gemäß § 675l Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfüllt,
 - b) soweit vereinbart, die Bedingungen, unter denen sich der Zahlungsdienstleister das Recht vorbehält, ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument gemäß § 675k Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu sperren,
 - c) Informationen zur Haftung des Zahlers gemäß § 675v des Bürgerlichen Gesetzbuchs einschließlich Angaben zum Höchstbetrag,
 - d) Angaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Zahlungsdienstnutzer dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgeführte Zahlungsvorgänge gemäß § 676b des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzeigen muss, sowie Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen gemäß § 675u des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
 - e) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei der Ausführung von Zahlungsvorgängen gemäß § 675y des Bürgerlichen Gesetzbuchs und
 - f) die Bedingungen für Erstattungen gemäß § 675x des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
6. zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdiensterahmenvertrags
- a) soweit vereinbart, die Angabe, dass die Zustimmung des Zahlungsdienstnutzers zu einer Änderung der Bedingungen gemäß § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs als erteilt gilt, wenn er dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem Zeitpunkt angezeigt hat, zu dem die geänderten Bedingungen in Kraft treten sollen,
 - b) die Vertragslaufzeit und
 - c) einen Hinweis auf das Recht des Zahlungsdienstnutzers, den Vertrag zu kündigen, sowie auf

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

sonstige kündigungsrelevante Vereinbarungen gemäß § 675g Abs. 2 und § 675h des Bürgerlichen Gesetzbuchs,

7. die Vertragsklauseln über das auf den Zahlungsdiensterahmenvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht und
8. einen Hinweis auf das Beschwerdeverfahren gemäß § 28 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes sowie auf das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes.

(2) Wenn auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers der Zahlungsdiensterahmenvertrag unter Verwendung eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, das dem Zahlungsdienstleister die Mitteilung der in Absatz 1 bestimmten Informationen und Vertragsbedingungen in Textform nicht gestattet, hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer diese unverzüglich nach Abschluss des Vertrags in der in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Form mitzuteilen.

(3) Die Pflichten gemäß Absatz 1 können auch erfüllt werden, indem eine Abschrift des Vertragsentwurfs übermittelt wird, die die nach Absatz 1 erforderlichen Informationen und Vertragsbedingungen enthält.

§ 5

Zugang zu Vertragsbedingungen
und vorvertraglicher Informationen
während der Vertragslaufzeit

Während der Vertragslaufzeit kann der Zahlungsdienstnutzer jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in § 4 genannten Informationen in Textform verlangen.

§ 6

Informationen vor Ausführung einzelner
Zahlungsvorgänge

Vor Ausführung eines einzelnen vom Zahler ausgelösten Zahlungsvorgangs teilt der Zahlungsdienstleister auf Verlangen des Zahlers die maximale Ausführungsfrist für diesen Zahlungsvorgang sowie die in Rechnung zu stellenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung mit.

§ 7

Informationen an den Zahler bei einzelnen
Zahlungsvorgängen

Nach Belastung des Kontos des Zahlers mit dem Zahlungsbetrag eines einzelnen Zahlungsvorgangs oder, falls der Zahler kein Zahlungskonto verwendet, nach Zugang des Zahlungsauftrags teilt der Zahlungsdienstleister des Zahlers diesem unverzüglich die folgenden Informationen mit:

1. eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahler die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs ermöglicht, sowie gegebenenfalls Angaben zum Zahlungsempfänger,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der das Zahlungskonto des Zahlers belastet wird, oder in der Währung, die im Zahlungsauftrag verwendet wird,

Entwurf

3. gegebenenfalls den Betrag der für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und deren Aufschlüsselung oder der vom Zahler zu entrichtenden Zinsen,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der nach dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist, und
5. das Wertstellungsdatum der Belastung oder das Datum des Zugangs des Zahlungsauftrags.

§ 8

Informationen an den Zahlungsempfänger
bei einzelnen Zahlungsvorgängen

Nach Ausführung eines einzelnen Zahlungsvorgangs teilt der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers diesem unverzüglich die folgenden Informationen mit:

1. eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahlungsempfänger die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs und gegebenenfalls des Zahlers ermöglicht, sowie weitere mit dem Zahlungsvorgang übermittelte Angaben,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der dieser Betrag auf dem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben wird,
3. gegebenenfalls den Betrag der für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und deren Aufschlüsselung oder der vom Zahlungsempfänger zu entrichtenden Zinsen,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der vor dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs war, und
5. das Wertstellungsdatum der Gutschrift.

§ 9

Sonstige Informationen
während des Vertragsverhältnisses

Während des Vertragsverhältnisses ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer unverzüglich zu unterrichten, wenn

1. sich Umstände, über die gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 unterrichtet wurde, ändern oder
2. zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers Änderungen von Zinssätzen wirksam geworden sind.

§ 10

Abweichende Vereinbarungen

Für die in den §§ 7, 8 und 9 Nr. 2 genannten Informationen können Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer eine andere Häufigkeit und eine von § 3 abweichende Form oder ein abweichendes Verfahren vereinbaren. Über die in den §§ 7 und 8 genannten Informationen hat der Zahlungsdienstleister jedoch mindestens einmal monatlich so zu unterrichten, dass der

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Zahlungsdienstnutzer die Informationen unverändert aufbewahren und wiedergeben kann.

§ 11

Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente
und elektronisches Geld

(1) Bei Zahlungsdienstverträgen über die Überlassung eines Kleinbetragsinstruments (§ 675i Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) teilt der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer abweichend von den §§ 4 und 6 nur Folgendes mit:

1. die wesentlichen Merkmale des Zahlungsdienstes, einschließlich der Nutzungsmöglichkeiten des Kleinbetragsinstruments,
2. Haftungshinweise,
3. die anfallenden Entgelte und
4. die anderen für den Zahlungsdienstnutzer wesentlichen Vertragsinformationen.

Ferner gibt der Zahlungsdienstleister an, wo die weiteren gemäß § 4 vorgeschriebenen Informationen und Vertragsbedingungen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung gestellt sind.

(2) Bei Verträgen nach Absatz 1 können die Vertragsparteien abweichend von den §§ 7 und 8 vereinbaren, dass der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer nach Ausführung eines Zahlungsvorgangs

1. nur eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung mitteilen oder zur Verfügung stellen muss, die es ermöglicht, den betreffenden Zahlungsvorgang, seinen Betrag sowie die erhobenen Entgelte zu identifizieren, und im Fall mehrerer gleichartiger Zahlungsvorgänge an den selben Zahlungsempfänger eine Information, die den Gesamtbetrag und die erhobenen Entgelte für diese Zahlungsvorgänge enthält,
2. die unter Buchstabe a genannten Informationen nicht mitteilen oder zur Verfügung stellen muss, wenn die Nutzung des Kleinbetragsinstruments keinem Zahlungsdienstnutzer zugeordnet werden kann oder wenn der Zahlungsdienstleister auf andere Weise technisch nicht in der Lage ist, diese Informationen mitzuteilen; in diesem Fall hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer eine Möglichkeit anzubieten, die gespeicherten Beträge zu überprüfen.

Abschnitt 3
Einzelzahlungsverträge§ 12
Besondere Form

Bei einem Einzelzahlungsvertrag, der nicht Gegenstand eines Zahlungsdienstrahmenvertrags ist, hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer die in § 13 genannten Informationen und Vertragsbedingungen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung zu stellen. Auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers stellt ihm der Zahlungsdienstleister die Informationen und Vertragsbedingungen in Textform zur Verfügung.

Abschnitt 3
unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 13

Vorvertragliche Informationen

(1) Die folgenden vorvertraglichen Informationen und Vertragsbedingungen sind rechtzeitig vor Abgabe der Vertragserklärung des Zahlungsdienstnutzers zur Verfügung zu stellen:

1. die vom Zahlungsdienstnutzer mitzuteilenden Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind,
2. die maximale Ausführungsfrist für den zu erbringenden Zahlungsdienst,
3. alle Entgelte, die der Zahlungsdienstnutzer an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, und gegebenenfalls ihre Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls der dem Zahlungsvorgang zugrunde zu legende tatsächliche Wechselkurs oder Referenzwechselkurs.

Die anderen in § 4 Abs. 1 genannten Informationen sind, soweit sie für den Einzelzahlungsvertrag erheblich sind, dem Zahlungsdienstnutzer ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

(2) Wenn auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers der Einzelzahlungsvertrag unter Verwendung eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, das dem Zahlungsdienstleister die Informationsunterrichtung nach Absatz 1 nicht gestattet, hat der Zahlungsdienstleister den Zahlungsdienstnutzer unverzüglich nach Ausführung des Zahlungsvorgangs in der Form zu unterrichten, die in den §§ 2 und 12 vorgesehen ist.

(3) Die Pflichten gemäß Absatz 1 können auch erfüllt werden, indem eine Abschrift des Vertragsentwurfs übermittelt wird, die die nach Absatz 1 erforderlichen Informationen und Vertragsbedingungen enthält.

§ 14

Informationen an den Zahler nach Zugang des Zahlungsauftrags

Nach Zugang des Zahlungsauftrags unterrichtet der Zahlungsdienstleister des Zahlers diesen unverzüglich über

1. die dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahler die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs ermöglicht, sowie gegebenenfalls Angaben zum Zahlungsempfänger,
2. den Zahlungsbetrag in der im Zahlungsauftrag verwendeten Währung,
3. die Höhe der vom Zahler für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, oder einen Verweis darauf, sofern dieser Kurs von dem in § 13 Abs. 1 Nr. 4 genannten Kurs abweicht, und den Betrag, der nach dieser

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist, und

5. das Datum des Zugangs des Zahlungsauftrags.

§ 15

Informationen an den Zahlungsempfänger
nach Ausführung des Zahlungsvorgangs

Nach Ausführung des Zahlungsvorgangs unterrichtet der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers diesen unverzüglich über

1. die dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahlungsempfänger die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs und gegebenenfalls des Zahlers ermöglicht, sowie weitere mit dem Zahlungsvorgang übermittelte Angaben,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der er dem Zahlungsempfänger zur Verfügung steht,
3. die Höhe der vom Zahlungsempfänger für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der vor dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs war, und
5. das Wertstellungsdatum der Gutschrift.

§ 16

Informationen bei Einzelzahlung mittels
rahmenvertraglich geregelten
Zahlungsauthentifizierungsinstruments

Wird ein Zahlungsauftrag für eine Einzelzahlung über ein rahmenvertraglich geregeltes Zahlungsauthentifizierungsinstrument übermittelt, so ist nur der Zahlungsdienstleister, der Partei des Zahlungsdienstlerahmenvertrags ist, verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer nach Maßgabe des Abschnitts 2 zu unterrichten.

Abschnitt 4

Informationspflichten von Zahlungsempfängern
und Dritten

§ 17

Informationspflichten des Zahlungsempfängers

(1) Sollen Zahlungen mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments in einer anderen Währung als Euro erfolgen und wird vor der Auslösung des Zahlungsvorgangs vom Zahlungsempfänger eine Währungsumrechnung angeboten, muss der Zahlungsempfänger dem Zahler alle damit verbundenen Entgelte sowie den der Währungsumrechnung zugrunde gelegten Wechselkurs offen legen.

(2) Verlangt der Zahlungsempfänger für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments ein Entgelt oder bietet er eine Ermäßigung an, so teilt er dies dem Zahler vor Auslösung des Zahlungsvorgangs mit.

Abschnitt 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

§ 18

Informationspflichten Dritter

Verlangt ein Dritter, über welchen ein Zahlungsdienstnutzer einen Zahlungsvorgang auslösen kann, von diesem für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments ein Entgelt, so teilt er dies dem Zahlungsdienstnutzer vor der Auslösung des Zahlungsvorgangs mit.

§ 19

Abweichende Vereinbarungen

Handelt es sich bei dem Zahlungsdienstnutzer nicht um einen Verbraucher, so können die Parteien vereinbaren, dass die §§ 17 und 18 ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind.“

7. Die Anlagen 1 bis 5 aus dem Anhang 1 zu diesem Gesetz werden angefügt.

- 6b. In Artikel 248 § 1 werden die Wörter „§ 1 Abs. 1 und 2 der BGB-Informationspflichten-Verordnung“ durch die Wörter „Artikel 246 § 1 Abs. 1 und 2“ ersetzt und die Wörter „§ 1 Abs. 1 Nr. 8 bis 12 und Abs. 2 Nr. 2, 4 und 8 der BGB-Informationspflichten-Verordnung“ durch die Wörter „Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 8 bis 12 und Abs. 2 Nr. 2, 4 und 8“ ersetzt.

7. unverändert

Artikel 3

Änderung des Unterlassungsklagengesetzes

Das Unterlassungsklagengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), zuletzt geändert durch Artikel 19 Abs. 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Nr. 1 werden das Wort „Gesetzbuchs“ durch das Wort „Rechts“ und nach dem Wort „Ratenlieferungsverträge“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt sowie nach dem Wort „Darlehensvermittlungsverträge“ die Wörter „und Zahlungsdienste“ eingefügt.
2. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Wer geschäftsmäßig Post-, Telekommunikations-, oder Telemediendienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat

 1. qualifizierten Einrichtungen, die nachweisen, dass sie in die Liste gemäß § 4 oder in das Verzeichnis der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gemäß Artikel 4 der Richtlinie 98/27/EG eingetragen sind,
 2. rechtsfähigen Verbänden zur Förderung gewerblicher oder selbständiger beruflicher Interessen und
 3. Industrie- und Handelskammern oder den Handwerkskammern

auf deren Verlangen den Namen und die zustellungs-fähige Anschrift eines Beteiligten an Post-, Telekommunikations- oder Telemediendiensten mitzuteilen, wenn diese Stellen schriftlich versichern, dass sie die

Artikel 3

Änderung des Unterlassungsklagengesetzes

Das Unterlassungsklagengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074; 2009 I S. 371), wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. unverändert

Entwurf

Angaben zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gemäß § 1 oder § 2 benötigen und nicht anderweitig beschaffen können.“

- b) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 4 wird Absatz 3.
 - d) Absatz 5 wird aufgehoben.
3. § 13a wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Wörter „den Auskunftsanspruch nach § 13 Abs. 1, 2 und 4“ durch die Wörter „die Ansprüche gemäß § 13“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
4. Die Überschrift von Abschnitt 4 wird wie folgt gefasst:
- „Abschnitt 4
Außergerichtliche Schlichtung“.
5. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „§ 14
Schlichtungsverfahren“.
- b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - „(1) Bei Streitigkeiten aus der Anwendung
1. der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen,
 2. der §§ 491 bis 510 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder
 3. der §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs
- können die Beteiligten unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die Schlichtungsstelle anrufen, die bei der Deutschen Bundesbank einzurichten ist.“
- c) Absatz 2 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Das Bundesministerium der Justiz regelt durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die näheren Einzelheiten des Verfahrens der Schlichtungsstelle nach Absatz 1 und die Zusammenarbeit mit vergleichbaren Stellen zur außergerichtlichen Streitbeilegung in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Das Verfahren ist auf die Verwirklichung des Rechts auszurichten und es muss gewährleisten, dass

Beschlüsse des 6. Ausschusses

- 3. unverändert
- a) In Satz 1 werden die Wörter „den Auskunftsanspruch nach § 13 Abs. 1, 2 und 4“ durch die Wörter „die Ansprüche gemäß § 13“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
4. unverändert
5. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) unverändert
- b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - „(1) Bei Streitigkeiten aus der Anwendung
1. der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen **oder**
 2. **entfällt**
 2. der §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs
- können die Beteiligten unbeschadet ihres Rechts, die Gerichte anzurufen, die Schlichtungsstelle anrufen, die bei der Deutschen Bundesbank einzurichten ist.“
- c) **Absatz 1 wird wie folgt geändert:**
 - aa) **In Nummer 1 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.**
 - bb) **Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:**
 - „2. der §§ 491 bis 509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder“.
 - cc) **Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.**
 - d) unverändert

Entwurf

1. die Schlichtungsstelle unabhängig ist und unparteiisch handelt,
2. ihre Verfahrensregelungen für Interessierte zugänglich sind und
3. die Beteiligten des Schlichtungsverfahrens rechtliches Gehör erhalten, insbesondere Tatsachen und Bewertungen vorbringen können.“

Artikel 4**Änderung der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung**

Die Schlichtungsstellenverfahrensverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2002 (BGBl. I S. 2577), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3102), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Verordnung über die Schlichtungsstelle nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes und ihr Verfahren (Schlichtungsstellenverfahrensverordnung – SchlichtVerfV)“.
2. § 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 1
Einrichtung der Schlichtungsstelle
und Tätigkeitsbericht

(1) Die Deutsche Bundesbank macht im Bundesanzeiger die Anschrift der Schlichtungsstelle bekannt.

(2) Die Schlichtungsstelle ist mit mindestens zwei Schlichtern zu besetzen, die Bedienstete der Deutschen Bundesbank und zum Richteramt befähigt sind. Für jeden Schlichter ist ein anderer Schlichter als Vertreter zu bestellen. Für die Schlichtungsstelle ist eine Geschäftsstelle einzurichten.

(3) Das Schlichtungsverfahren findet vor einem Schlichter statt. Vor jedem Geschäftsjahr ist die Geschäftsverteilung festzulegen. Eine Änderung der Geschäftsverteilung ist während des Geschäftsjahres nur aus besonderem Grund zulässig.

(4) Die Schlichtungsstelle veröffentlicht einmal im Jahr einen Tätigkeitsbericht.“

3. § 2 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:
„(4) Die Schlichter und die in der Geschäftsstelle tätigen Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.“
4. In § 5 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „eine ergänzende Stellungnahme oder Auskunft der Beteiligten“ durch die Wörter „die Beteiligten zu ergänzenden Stellungnahmen auffordern oder Auskünfte bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der Deutschen Bundesbank oder bei einer für die außergerichtliche Beilegung vergleichbarer Streitigkeiten zuständige Stelle in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum“ ersetzt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 4**Änderung der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung**

Die Schlichtungsstellenverfahrensverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2002 (BGBl. I S. 2577), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3102), wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. unverändert

3. unverändert

4. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

5. § 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Deutsche Bundesbank“ durch das Wort „Schlichtungsstelle“ ersetzt.
- b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Gebühr kann auf Antrag des Unternehmens erlassen oder gemindert werden, wenn die Erhebung der Gebühr ganz oder teilweise unangemessen wäre.“

6. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen
zur außergerichtlichen Streitbeilegung

Die Schlichtungsstelle erteilt auf Antrag den Stellen, die in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum für die außergerichtliche Beilegung vergleichbarer Streitigkeiten zuständig sind, für deren Verfahren Auskünfte über das in Deutschland geltende Recht.“

7. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Hat der Beschwerdegegner keine inländische Niederlassung, besteht aber eine Niederlassung in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, unterrichtet die Schlichtungsstelle den Beschwerdeführer über die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung in diesem Vertragsstaat. Auf Antrag des Beschwerdeführers leitet die Schlichtungsstelle die Beschwerde an eine für außergerichtliche Streitbeilegung zuständige Stelle in dem anderen Vertragsstaat weiter.“

8. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9

Übergangsregelung zum Gesetz
zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie,
des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie
sowie zur Neuordnung der Vorschriften
über das Widerrufs- und Rückgaberecht
vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung dieses
Gesetzes]

Bei Verbänden, für die die Übertragung der Schlichtungsaufgabe nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes in Ansehung von Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675a bis 676g und 676h Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung bereits gemäß § 7 wirksam geworden ist, gilt dies auch für die Schlichtungsaufgabe in Ansehung von Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 491 bis 511 und §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Im Übrigen wird die Übertragung nach Maßgabe von § 7 wirksam.“

5. unverändert

6. unverändert

7. unverändert

8. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9

Übergangsregelung zum Gesetz
zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie,
des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie
sowie zur Neuordnung der Vorschriften
über das Widerrufs- und Rückgaberecht
vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung dieses
Gesetzes]

Bei Verbänden, für die die Übertragung der Schlichtungsaufgabe nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes in Ansehung von Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675a bis 676g und 676h Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zum **30. Oktober 2009** geltenden Fassung bereits gemäß § 7 wirksam geworden ist, gilt dies auch für die Schlichtungsaufgabe in Ansehung von Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Im Übrigen wird die Übertragung nach Maßgabe von § 7 wirksam.“

9. In § 9 werden vor der Angabe „§§ 675c bis 676c“ die Wörter „§§ 491 bis 509 und“ eingefügt.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 5**Artikel 5****Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes**

unverändert

Das Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2003 (BGBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 29 werden die folgenden Absätze 6 und 7 angefügt:

„(6) Eine Stelle, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erhebt, speichert oder verändert, hat Auskunftsverlangen von Darlehensgebern aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum genauso zu behandeln wie Auskunftsverlangen inländischer Darlehensgeber.

(7) Wer den Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags oder eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe mit einem Verbraucher infolge einer Auskunft einer Stelle im Sinne des Absatzes 6 ablehnt, hat den Verbraucher unverzüglich hierüber sowie über die erhaltene Auskunft zu unterrichten. Die Unterrichtung unterbleibt, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet würde. § 6a bleibt unberührt.“

2. Nach § 43 Abs. 1 Nr. 7 werden die folgenden Nummern 7a und 7b eingefügt:

„7a. entgegen § 29 Abs. 6 ein Auskunftsverlangen nicht richtig behandelt,

7b. entgegen § 29 Abs. 7 Satz 1 einen Verbraucher nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet,“.

Artikel 6**Artikel 6****Änderung der Preisangabenverordnung****Änderung der Preisangabenverordnung**

Die Preisangabenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4197), die durch § 20 Abs. 9 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Die Preisangabenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4197), die **zuletzt** durch die **Verordnung vom 23. März 2009** (BGBl. I S. 653) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder, wenn eine Änderung des Zinssatzes oder anderer preisbestimmender Faktoren vorbehalten ist (§ 1 Abs. 5), als „anfänglicher effektiver Jahreszins“ gestrichen.

- bb) Satz 2 wird aufgehoben.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- b) unverändert

- aa) In Satz 1 werden jeweils die Wörter „im Anhang“ durch die Wörter „in der Anlage“ ersetzt.

- bb) In Satz 4 werden die Wörter „Bei der Berechnung des anfänglichen effektiven Jahreszinses“ durch die Wörter „Ist im Vertrag eine Anpassung des

Entwurf

Sollzinssatzes oder anderer preisbestimmender Faktoren vorbehalten (§ 1 Abs. 5),“ ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) In die Berechnung des anzugebenden Vomhundertsatzes sind als Gesamtkosten die vom Kreditnehmer zu entrichtenden Zinsen und alle sonstigen Kosten einschließlich etwaiger Vermittlungskosten, die der Kreditnehmer im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu entrichten hat und die dem Kreditgeber bekannt sind, mit Ausnahme folgender Kosten einzubeziehen:

1. Kosten, die vom Kreditnehmer bei Nichterfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag zu tragen sind;
2. Kosten mit Ausnahme des Kaufpreises, die vom Kreditnehmer beim Erwerb von Waren oder Dienstleistungen unabhängig davon zu tragen sind, ob es sich um ein Bar- oder Kreditgeschäft handelt;
3. Kosten für die Führung eines Kontos, auf dem sowohl Zahlungen als auch in Anspruch genommene Kreditbeträge verbucht werden, Kosten für die Verwendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments, mit dem sowohl Zahlungen getätigt als auch Kreditbeträge in Anspruch genommen werden können, sowie sonstige Kosten für Zahlungsgeschäfte, es sei denn, die Kontoeröffnung ist Voraussetzung für die Kreditvergabe oder die mit dem Konto verbundenen Kosten sind weder im Kreditvertrag noch in einem anderen mit dem Verbraucher geschlossenen Vertrag klar und getrennt ausgewiesen;
4. Kosten für solche Versicherungen und für solche anderen Zusatzleistungen, die keine Voraussetzung für die Kreditvergabe oder für die Kreditvergabe zu den vorgesehenen Vertragsbedingungen sind;
5. Notarkosten.“

d) In Absatz 4 wird das Wort „Zinssatz“ durch das Wort „Sollzinssatz“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Erforderlichenfalls ist bei der Berechnung des anzugebenden Vomhundertsatzes von den in der Anlage niedergelegten Annahmen auszugehen.“

f) Die Absätze 6 und 9 werden aufgehoben.

2. Nach § 6 werden die folgenden §§ 6a und 6b eingefügt:

„§ 6a
Werbung für Kreditverträge

(1) Wer gegenüber Letztverbrauchern für den Abschluss eines Kreditvertrags mit Zinssätzen oder sonstigen Zahlen, die die Kosten betreffen, wirbt, muss in klarer, verständlicher und auffällender Weise angeben:

Beschlüsse des 6. Ausschusses

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) In die Berechnung des anzugebenden Vomhundertsatzes sind als Gesamtkosten die vom Kreditnehmer zu entrichtenden Zinsen und alle sonstigen Kosten einschließlich etwaiger Vermittlungskosten, die der Kreditnehmer im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu entrichten hat und die dem Kreditgeber bekannt sind, mit Ausnahme folgender Kosten einzubeziehen:

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert
5. Notarkosten;
6. **Kosten für Sicherheiten bei Immobiliendarlehensverträgen im Sinne des § 503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.“**

2. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

1. den Sollzinssatz,
2. den Nettodarlehensbetrag,
3. den effektiven Jahreszins.

Beim Sollzinssatz ist anzugeben, ob dieser gebunden oder veränderlich oder kombiniert ist und welche sonstigen Kosten der Beworbene im Falle eines Vertragsabschlusses im Einzelnen zusätzlich zu entrichten hätte.

(2) Die Werbung muss zusätzlich die folgenden Angaben enthalten, sofern diese vomwerbenden zur Voraussetzung für den Abschluss des beworbenen Vertrags gemacht werden:

1. die Vertragslaufzeit,
2. bei Teilzahlungsgeschäften die Sache oder Dienstleistung, den Barzahlungspreis sowie den Betrag der Anzahlung,
3. gegebenenfalls den Gesamtbetrag und den Betrag der Teilzahlungen.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Angaben sind mit einem Beispiel zu versehen. Bei der Auswahl des Beispiels muss der Werbende von einem effektiven Jahreszins ausgehen, von dem er erwarten darf, dass er mindestens zwei Drittel der auf Grund der Werbung zustande kommenden Verträge zu dem angegebenen oder einem niedrigeren effektiven Jahreszins abschließen wird.

(4) Verlangt der Werbende den Abschluss eines Versicherungsvertrags oder eines Vertrags über andere Zusatzleistungen und können die Kosten für diesen Vertrag nicht im Voraus bestimmt werden, ist auf die Verpflichtung zum Abschluss dieses Vertrags klar und verständlich an gestalterisch hervorgehobener Stelle zusammen mit dem effektiven Jahreszins hinzuweisen.

§ 6b

Überziehungsmöglichkeiten

Bei Überziehungsmöglichkeiten im Sinne des § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Kreditgeber statt des effektiven Jahreszinses den Sollzinssatz pro Jahr und die Zinsbelastungsperiode anzugeben, wenn diese nicht kürzer als drei Monate ist und der Kreditgeber außer den Sollzinsen keine weiteren Kosten verlangt.“

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 3. § 10 Abs. 2 wird wie folgt geändert: <ol style="list-style-type: none"> a) Nummer 4 wird aufgehoben. b) Nummer 5 wird Nummer 4. c) Nummer 6 wird aufgehoben. d) Nummer 7 wird Nummer 5 und die Angabe „oder 9“ wird durch die Angabe „oder § 6b“ ersetzt. e) Nach der neuen Nummer 5 wird folgende Nummer 6 eingefügt: <p style="margin-left: 2em;">„6. des § 6a über die Pflichtangaben oder -hinweise in der Werbung.“</p> f) Die Nummern 8 bis 10 werden die Nummern 7 bis 9. 4. Der Anhang zu § 6 wird durch den Anhang 2 zu diesem Gesetz ersetzt. | <ol style="list-style-type: none"> 3. unverändert 4. unverändert |
|---|--|

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Artikel 7**Artikel 7****Änderung des Kreditwesengesetzes**

unverändert

Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Die Institute prüfen vor Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags oder eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers. Grundlage können Auskünfte des Verbrauchers und erforderlichenfalls Auskünfte von Stellen sein, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erheben, speichern oder verändern. Bei Änderung des Nettodarlehensbetrags sind die Auskünfte auf den neuesten Stand zu bringen. Bei einer erheblichen Erhöhung des Nettodarlehensbetrags ist die Kreditwürdigkeit neu zu bewerten. Die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.“

2. § 25d Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) Verbraucherdarlehensvertrags oder Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe, sofern Nr. 3 Buchstabe d eingehalten wird.“

3. In § 56 Abs. 3 Nr. 4 wird die Angabe „§ 18 Satz 1“ durch die Angabe „§ 18 Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.

Artikel 8**Artikel 8****Sonstige Folgeänderungen****Sonstige Folgeänderungen**

(1) Das Fernunterrichtsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1670), zuletzt geändert durch Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), wird wie folgt geändert:

(1) unverändert

1. In § 4 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 355 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 355 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.

2. In § 6 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „503 Abs. 2“ durch die Angabe „508 Abs. 2“ ersetzt.

3. In § 9 werden die Wörter „im Sinne von § 499 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ gestrichen und die Angabe „§ 502 Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „§ 492 Abs. 2“ ersetzt.

(2) unverändert

(2) Das Reichssiedlungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 14 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird wie folgt geändert:

Entwurf

1. In § 8 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 505 Abs. 2 und die §§ 506 bis 509“ durch die Wörter „§ 464 Abs. 2 und die §§ 465 bis 468“ ersetzt.

2. In § 21 Satz 4 wird die Angabe „§§ 497 ff.“ durch die Angabe „§§ 456 ff.“ ersetzt.

(3) Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666), wird wie folgt geändert:

1. In § 688 Abs. 2 Nr. 1 werden die Wörter „gemäß den §§ 491 bis 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn der nach den §§ 492, 502 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzugebende effektive oder anfängliche effektive Jahreszins“ durch die Wörter „gemäß den §§ 491 bis 509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn der gemäß § 492 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzugebende effektive Jahreszins“ ersetzt.

2. In § 690 Abs. 1 Nr. 3 werden die Wörter „gemäß den §§ 491 bis 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, auch unter Angabe des Datums des Vertragsschlusses und des nach den §§ 492, 502 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzugebenden effektiven oder anfänglichen effektiven Jahreszinses“ durch die Wörter „gemäß den §§ 491 bis 509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, auch unter Angabe des Datums des Vertragsabschlusses und des gemäß § 492 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzugebenden effektiven Jahreszinses“ ersetzt.

(4) § 2 der Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das Mahnverfahren vom 6. Mai 1977 (BGBl. I S. 693), die zuletzt durch Artikel 31 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden jeweils die Angabe „§§ 491 bis 504“ durch die Angabe „§§ 491 bis 509“ und die Wörter „Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins“ durch die Wörter „Effektiver Jahreszins“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 493“ durch die Angabe „§ 504“ und die Angabe „§§ 491 bis 504“ durch die Angabe „§§ 491 bis 509“ ersetzt.

2. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins“ durch die Wörter „Effektiver Jahreszins“ ersetzt.

(5) § 2 der Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren vom 15. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2625), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden jeweils die Angabe „§§ 491 bis 504“ durch die Angabe „§§ 491 bis 509“ und die Wörter „Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins“ durch die Wörter „Effektiver Jahreszins“ ersetzt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(3) Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586), wird wie folgt geändert:

1. unverändert

2. unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 493“ durch die Angabe „§ 504“ und die Angabe „§§ 491 bis 504“ durch die Angabe „§§ 491 bis 509“ ersetzt.

2. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins“ durch die Wörter „Effektiver Jahreszins“ ersetzt.

(6) § 8 Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 13 des Unterlassungsklagengesetzes ist entsprechend anzuwenden; in § 13 Abs. 1 und 3 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes treten an die Stelle des Anspruchs gemäß § 1 oder § 2 des Unterlassungsklagengesetzes die Unterlassungsansprüche nach dieser Vorschrift.“

(7) Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), wird wie folgt geändert:

1. In § 21 Abs. 2 Satz 2 und § 96 Abs. 2 werden jeweils die Wörter „Überweisungs-, Zahlungs- oder Übertragungsverträgen“ durch die Wörter „Zahlungsaufträgen, Aufträgen zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträgen zur Übertragung von Wertpapieren“ ersetzt.

2. In § 116 Satz 3 werden die Wörter „Überweisungsverträge sowie auf Zahlungs- und Übertragungsverträge“ durch die Wörter „Zahlungsaufträge sowie auf Aufträge zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen und Aufträge zur Übertragung von Wertpapieren“ ersetzt.

3. In § 147 Satz 2 werden die Wörter „Überweisungs-, Zahlungs- oder Übertragungsverträge“ durch die Wörter „Zahlungsaufträge, Aufträge zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträge zur Übertragung von Wertpapieren“ ersetzt.

(8) In § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Preisklauselgesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2247) wird die Angabe „§§ 491, 499“ durch die Angabe „§§ 491 und 506“ ersetzt.

(9) In § 5 Abs. 3 Satz 3 der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1432), die durch die Verordnung vom 21. November 2007 (BGBl. I S. 2602) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 312c Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ durch die Wörter „§ 312c Abs. 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 246 § 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“ ersetzt.

(10) In § 126 Abs. 2 Satz 2 des Investmentgesetzes vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 355 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 360 Abs. 1“ ersetzt.

(6) § 8 Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2949) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

unverändert

(7) Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026), wird wie folgt geändert:

1. unverändert

2. unverändert

3. unverändert

(8) In § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Preisklauselgesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2247), **das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2101) geändert worden ist**, wird die Angabe „§§ 491, 499“ durch die Angabe „§§ 491 und 506“ ersetzt.

(9) unverändert

(10) In § 126 Abs. 2 Satz 2 des Investmentgesetzes vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. März 2009 (BGBl. I S. 470) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 355 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 360 Abs. 1“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des 6. Ausschusses

(11) Das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz vom ... (BGBl. I S. ...) * wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 Abs. 3 werden die folgenden Sätze angefügt:

„In diesem Fall prüft das Zahlungsinstitut vor Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags oder eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers. Grundlage können Auskünfte des Verbrauchers und erforderlichenfalls Auskünfte von Stellen sein, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erheben, speichern oder verändern. Bei Änderung des Nettodarlehensbetrags sind die Auskünfte auf den neuesten Stand zu bringen. Bei einer erheblichen Erhöhung des Nettodarlehensbetrags ist die Kreditwürdigkeit neu zu bewerten. Die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.“

2. In § 35 Abs. 4 werden vor dem Wort „anzeigen“ die Wörter „bis zum 25. Dezember 2009“ eingefügt.

* vgl. Bundestagsdrucksache 16/12430; der Bundesrat hat am 15. Mai 2009 einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht gestellt.

Artikel 9

Änderung der BGB-Informationspflichten-Verordnung

Die BGB-Informationspflichten-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2002 (BGBl. I S. 3002), die zuletzt durch die Verordnung vom 4. März 2008 (BGBl. I S. 292) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- § 1 wird aufgehoben.
- In § 2 Abs. 2 Nr. 1 wird der erste Halbsatz wie folgt gefasst:

„eine den Anforderungen des § 360 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Belehrung über das Widerrufsrecht des Verbrauchers gemäß den §§ 485, 355 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;“.

- Die Abschnitte 2, 4 und 5 sowie die Anlagen 2 und 3 werden aufgehoben.

Artikel 10

Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes

Das Versicherungsvertragsgesetz vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2833), wird wie folgt geändert:

Artikel 9

Änderung der BGB-Informationspflichten-Verordnung

Die BGB-Informationspflichten-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2002 (BGBl. I S. 3002), die zuletzt durch die Verordnung vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2069) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- unverändert
- unverändert

- Abschnitt 4 wird aufgehoben.

- Die Abschnitte 2 und 5 sowie die Anlagen 2 und 3 werden aufgehoben.

Artikel 10

Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes

Das Versicherungsvertragsgesetz vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874), wird wie folgt geändert:

Entwurf

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 215 folgende Angabe angefügt:
„Anlage (zu § 8 Abs. 5 Satz 1) Muster für die Widerrufsbelehrung“.
2. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „zwei Wochen“ durch die Angabe „14 Tagen“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nr. 2 wird vor dem Wort „Anschrift“ das Wort „ladungsfähige“ eingefügt.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Das Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf ausdrücklichen Wunsch des Versicherungsnehmers vollständig erfüllt ist, bevor der Versicherungsnehmer sein Widerrufsrecht ausgeübt hat.“
 - d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
„(5) Die nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 zu erteilende Belehrung genügt den dort genannten Anforderungen, wenn das Muster der Anlage zu diesem Gesetz in Textform verwendet wird. Der Versicherer darf unter Beachtung von Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 in Format und Schriftgröße von dem Muster abweichen und Zusätze wie die Firma oder ein Kennzeichen des Versicherers anbringen.“
3. In § 33 Abs. 1 werden die Wörter „zwei Wochen“ durch die Angabe „14 Tagen“ ersetzt.
4. Die Anlage aus dem Anhang 3 zu diesem Gesetz wird angefügt.

Artikel 11**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 31. Oktober 2009 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Unterlassungsklageverordnung vom 3. Juli 2002 (BGBl. I S. 2565), geändert durch § 20 Abs. 8 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414), außer Kraft.

Beschlüsse des 6. Ausschusses

1. unverändert
2. unverändert
3. unverändert
4. unverändert

Artikel 11**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 11. Juni 2010 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe h bis j und Nr. 44 bis 47, Artikel 2 Nr. 2, 3, 4 und 6a, Artikel 3 Nr. 1 bis 5 Buchstabe a, b und d, Artikel 4 Nr. 1 bis 8, Artikel 8 Abs. 6, 7 und 11 Nr. 2 sowie Artikel 9 Nr. 3 treten am 31. Oktober 2009 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Unterlassungsklageverordnung vom 3. Juli 2002 (BGBl. I S. 2565), geändert durch § 20 Abs. 8 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414), außer Kraft.

Anhang 1 zu Artikel 2 Nr. 7**Anlage 1 (zu Artikel 246 § 2 Abs. 3 Satz 1)****Muster
für die Widerrufsbelehrung****Widerrufsbelehrung****Widerrufsrecht**

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von [14 Tagen] ¹ ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) [oder – wenn Ihnen die Sache vor Fristablauf überlassen wird – durch Rücksendung der Sache] ² widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform ³. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs [oder der Sache] ². Der Widerruf ist zu richten an: ⁴

Widerrufsfolgen ⁵

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. ⁶ Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz leisten. ⁷ [Bei der Überlassung von Sachen gilt dies nicht, wenn die Verschlechterung der Sache ausschließlich auf deren Prüfung – wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre – zurückzuführen ist. Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Sache nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt. ⁸ Paketversandfähige Sachen sind auf unsere [Kosten und] ⁹ Gefahr zurückzusenden. Nicht paketversandfähige Sachen werden bei Ihnen abgeholt.] ² Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung [oder der Sache] ², für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise ¹⁰**Finanzierte Geschäfte ¹¹**

(Ort), (Datum), (Unterschrift des Verbrauchers) ¹²

Gestaltungshinweise:

- 1 Wird die Belehrung nicht spätestens bei, sondern erst nach Vertragsschluss mitgeteilt, lautet der Klammerzusatz „einem Monat“. In diesem Fall ist auch Gestaltungshinweis 8 einschlägig, wenn der dort genannte Hinweis nicht spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt. Bei Fernabsatzverträgen steht eine unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilte Widerrufsbelehrung einer solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher gemäß Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB unterrichtet hat.
- 2 Der Klammerzusatz entfällt bei Leistungen, die nicht in der Überlassung von Sachen bestehen.
- 3 Liegt einer der nachstehenden Sonderfälle vor, ist Folgendes einzufügen:
- a) bei schriftlich abzuschließenden Verträgen: „, jedoch nicht, bevor Ihnen auch eine Vertragsurkunde, Ihr schriftlicher Antrag oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Antrags zur Verfügung gestellt worden ist“;
- b) bei Fernabsatzverträgen (§ 312b Abs. 1 Satz 1 BGB) über die
- aa) Lieferung von Waren: „, jedoch nicht vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung)“;
- bb) Erbringung von Dienstleistungen: „, jedoch nicht vor Vertragsschluss“;
- in beiden Fällen ist der Zusatz wie folgt zu vervollständigen: „und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB“;
- c) bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312e Abs. 1 Satz 1 BGB): „, jedoch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“;
- d) bei einem Kauf auf Probe (§ 454 BGB): „, jedoch nicht, bevor der Kaufvertrag durch Ihre Billigung des gekauften Gegenstandes für Sie bindend geworden ist“;
- e) bei Teilzeit-Wohnrechteverträgen (§ 481 Abs. 1 Satz 1 BGB): „, jedoch nicht, bevor wir Ihnen sämtliche in § 2 Abs. 1 und 3 BGB-InfoV bestimmten Angaben schriftlich mitgeteilt haben“.
- Wird für einen Vertrag belehrt, der unter mehrere der vorstehenden Sonderfälle fällt (z. B. ein Fernabsatzvertrag über die Lieferung von Waren im elektronischen Geschäftsverkehr), sind die jeweils zutreffenden Ergänzungen zu kombinieren (in dem genannten Beispiel wie folgt: „, jedoch nicht vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“).
- 4 Einsetzen: Namen/Firma und ladungsfähige Anschrift des Widerrufsadressaten.
- Zusätzlich können angegeben werden Telefaxnummer, E-Mail-Adresse und/oder, wenn der Verbraucher eine Bestätigung seiner Widerrufserklärung an den Unternehmer erhält, auch eine Internet-Adresse.
- 5 Dieser Absatz kann entfallen, wenn die beiderseitigen Leistungen erst nach Ablauf der Widerrufsfrist erbracht werden. Dasselbe gilt, wenn eine Rückabwicklung nicht in Betracht kommt (z. B. Hereinnahme einer Bürgschaft).
- 6 Bei Widerrufsrechten nach § 485 Abs. 1 BGB ist folgender Satz einzufügen:
- „Eine Vergütung für geleistete Dienste sowie für die Überlassung der Nutzung von Wohngebäuden müssen Sie nicht zahlen.“

- 7 Bei Fernabsatzverträgen über *Finanzdienstleistungen* ist folgender Satz einzufügen:
- „Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen.“
- 8 Wenn ein Hinweis auf die Wertersatzpflicht gemäß § 357 Abs. 3 Satz 1 BGB und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung nicht spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt, ist anstelle dieses Satzes folgender Satz einzufügen: „Für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung müssen Sie keinen Wertersatz leisten.“ Bei Fernabsatzverträgen steht ein unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilter Hinweis einem solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise über die Wertersatzpflicht und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung unterrichtet hat.
- 9 Ist entsprechend § 357 Abs. 2 Satz 3 BGB eine Übernahme der Versandkosten durch den Verbraucher vereinbart worden, kann der Klammerzusatz weggelassen werden. Stattdessen ist hinter „zurückzusenden.“ Folgendes einzufügen:
- „Sie haben die Kosten der Rücksendung zu tragen, wenn die gelieferte Ware der bestellten entspricht und wenn der Preis der zurückzusendenden Sache einen Betrag von 40 Euro nicht übersteigt oder wenn Sie bei einem höheren Preis der Sache zum Zeitpunkt des Widerrufs noch nicht die Gegenleistung oder eine vertraglich vereinbarte Teilzahlung erbracht haben. Anderenfalls ist die Rücksendung für Sie kostenfrei.“
- 10 Bei einem Widerrufsrecht gemäß § 312d Abs. 1 BGB ist hier folgender Hinweis aufzunehmen:
- „Bei einer Dienstleistung erlischt Ihr Widerrufsrecht vorzeitig, wenn Ihr Vertragspartner mit der Ausführung der Dienstleistung mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung vor Ende der Widerrufsfrist begonnen hat oder Sie diese selbst veranlasst haben.“*
- Gilt das Widerrufsrecht nach § 312d Abs. 1 BGB für einen Fernabsatzvertrag über Finanzdienstleistungen, lautet der Hinweis wie folgt:*
- „Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.“
- Bei einem Widerrufsrecht nach § 485 Abs. 1 BGB ist hier folgender Hinweis aufzunehmen:
- „Die Widerrufsfrist verlängert sich auf einen Monat, wenn Ihnen nicht bereits vor Vertragsschluss ein Prospekt über das Wohnungsobjekt ausgehändigt worden ist oder wenn der Prospekt nicht in der Sprache des Staates, dem Sie angehören oder in dem Sie Ihren Wohnsitz haben, abgefasst ist. Ist der Prospekt in Deutsch abgefasst, gilt dies, wenn Sie Bürger oder Bürgerin eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, nur, wenn Sie um einen Prospekt in der oder einer der Amtssprachen Ihres Heimatlandes gebeten und ihn nicht erhalten haben.
- Bei Widerruf müssen Sie ggf. auch die Kosten einer notariellen Beurkundung erstatten, wenn dies im Vertrag ausdrücklich bestimmt ist.“
- Diese Rubrik entfällt, wenn keiner der vorgenannten Fälle einschlägig ist.
- 11 Der nachfolgende Hinweis für finanzierte Geschäfte kann entfallen, wenn ein verbundenes Geschäft nicht vorliegt:
- „Haben Sie diesen Vertrag durch ein Darlehen finanziert und widerrufen Sie den finanzierten Vertrag, sind Sie auch an den Darlehensvertrag nicht mehr gebunden, wenn beide Verträge eine wirtschaftliche Einheit

bilden. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn wir gleichzeitig Ihr Darlehensgeber sind oder wenn sich Ihr Darlehensgeber im Hinblick auf die Finanzierung unserer Mitwirkung bedient. Wenn uns das Darlehen bei Wirksamwerden des Widerrufs oder der Rückgabe bereits zugeflossen ist, tritt Ihr Darlehensgeber im Verhältnis zu Ihnen hinsichtlich der Rechtsfolgen des Widerrufs oder der Rückgabe in unsere Rechte und Pflichten aus dem finanzierten Vertrag ein. Letzteres gilt nicht, wenn der vorliegende Vertrag den Erwerb von Finanzinstrumenten (z. B. von Wertpapieren, Devisen oder Derivaten) zum Gegenstand hat.

Wollen Sie eine vertragliche Bindung so weitgehend wie möglich vermeiden, widerrufen Sie beide Vertragserklärungen gesondert.“

Bei einem finanzierten Erwerb eines Grundstücks oder eines grundstücksgleichen Rechts ist Satz 2 des vorstehenden Hinweises wie folgt zu ändern:

„Dies ist nur anzunehmen, wenn die Vertragspartner in beiden Verträgen identisch sind oder wenn der Darlehensgeber über die Zurverfügungstellung von Darlehen hinausgeht und Ihr Grundstücksgeschäft durch Zusammenwirken mit dem Veräußerer fördert, indem er sich dessen Veräußerungsinteressen ganz oder teilweise zu Eigen macht, bei der Planung, Werbung oder Durchführung des Projekts Funktionen des Veräußerers übernimmt oder den Veräußerer einseitig begünstigt.“

¹² Ort, Datum und Unterschriftsleiste können entfallen. In diesem Fall sind diese Angaben entweder durch die Wörter „Ende der Widerrufsbelehrung“ oder durch die Wörter „Ihr(e) (einsetzen: Firma des Unternehmers)“ zu ersetzen.

Beschlüsse des 6. Ausschusses:

Anlage 1 (zu Artikel 246 § 2 Abs. 3 Satz 1)

Muster für die Widerrufsbelehrung

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von [14 Tagen] ¹ ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) [oder – wenn Ihnen die Sache vor Fristablauf überlassen wird – durch Rücksendung der Sache] ² widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform ³. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs [oder der Sache] ². Der Widerruf ist zu richten an: ⁴

Widerrufsfolgen ⁵

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. ⁶ Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz

leisten. ⁷ [Bei der Überlassung von Sachen gilt dies nicht, wenn die Verschlechterung der Sache ausschließlich auf deren Prüfung – wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre – zurückzuführen ist. Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Sache nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt. ⁸ Paketversandfähige Sachen sind auf unsere [Kosten und] ⁹ Gefahr zurückzusenden. Nicht paketversandfähige Sachen werden bei Ihnen abgeholt.] ² Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung [oder der Sache] ², für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise ¹⁰

Finanzierte Geschäfte ¹¹

(Ort), (Datum), (Unterschrift des Verbrauchers) ¹²

Gestaltungshinweise:

- ¹ Wird die Belehrung nicht spätestens bei, sondern erst nach Vertragsschluss mitgeteilt, lautet der Klammerzusatz „einem Monat“. In diesem Fall ist auch Gestaltungshinweis 8 einschlägig, wenn der dort genannte Hinweis nicht spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt. Bei Fernabsatzverträgen steht eine unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilte Widerrufsbelehrung einer solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher gemäß Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB unterrichtet hat.
- ² Der Klammerzusatz entfällt bei Leistungen, die nicht in der Überlassung von Sachen bestehen.
- ³ Liegt einer der nachstehenden Sonderfälle vor, ist Folgendes einzufügen:
- a) bei schriftlich abzuschließenden Verträgen: „, jedoch nicht, bevor Ihnen auch eine Vertragsurkunde, Ihr schriftlicher Antrag oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Antrags zur Verfügung gestellt worden ist“;
- b) bei Fernabsatzverträgen (§ 312b Abs. 1 Satz 1 BGB) über die
- aa) Lieferung von Waren: „, jedoch nicht vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung)“;
- bb) Erbringung von Dienstleistungen: „, jedoch nicht vor Vertragsschluss“;
- in beiden Fällen ist der Zusatz wie folgt zu vervollständigen: „und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB“;
- c) bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312e Abs. 1 Satz 1 BGB): „, jedoch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“;
- d) bei einem Kauf auf Probe (§ 454 BGB): „, jedoch nicht, bevor der Kaufvertrag durch Ihre Billigung des ge-

kauften Gegenstandes für Sie bindend geworden ist“;

- e) bei Teilzeit-Wohnrechteverträgen (§ 481 Abs. 1 Satz 1 BGB): „, jedoch nicht, bevor wir Ihnen sämtliche in § 2 Abs. 1 und 3 BGB-InfoV bestimmten Angaben schriftlich mitgeteilt haben“.

Wird für einen Vertrag belehrt, der unter mehrere der vorstehenden Sonderfälle fällt (z. B. ein Fernabsatzvertrag über die Lieferung von Waren im elektronischen Geschäftsverkehr), sind die jeweils zutreffenden Ergänzungen zu kombinieren (in dem genannten Beispiel wie folgt: „, jedoch nicht vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“).

- 4 Einsetzen: Namen/Firma und ladungsfähige Anschrift des Widerrufsadressaten.

Zusätzlich können angegeben werden Telefaxnummer, E-Mail-Adresse und/oder, wenn der Verbraucher eine Bestätigung seiner Widerrufserklärung an den Unternehmer erhält, auch eine Internet-Adresse.

- 5 Dieser Absatz kann entfallen, wenn die beiderseitigen Leistungen erst nach Ablauf der Widerrufsfrist erbracht werden. Dasselbe gilt, wenn eine Rückabwicklung nicht in Betracht kommt (z. B. Hereinnahme einer Bürgschaft).

- 6 Bei Widerrufsrechten nach § 485 Abs. 1 BGB ist folgender Satz einzufügen:

„Eine Vergütung für geleistete Dienste sowie für die Überlassung der Nutzung von Wohngebäuden müssen Sie nicht zahlen.“

- 7 Bei Fernabsatzverträgen über **Dienstleistungen** ist folgender Satz einzufügen:

„Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen.“

- 8 Wenn ein Hinweis auf die Wertersatzpflicht gemäß § 357 Abs. 3 Satz 1 BGB und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung nicht spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt, ist anstelle dieses Satzes folgender Satz einzufügen: „Für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung müssen Sie keinen Wertersatz leisten.“ Bei Fernabsatzverträgen steht ein unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilter Hinweis einem solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise über die Wertersatzpflicht und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung unterrichtet hat.

- 9 Ist entsprechend § 357 Abs. 2 Satz 3 BGB eine Übernahme der Versandkosten durch den Verbraucher vereinbart worden, kann der Klammerzusatz weggelassen werden. Stattdessen ist hinter „zurückzusenden.“ Folgendes einzufügen:

„Sie haben die Kosten der Rücksendung zu tragen, wenn die gelieferte Ware der bestellten entspricht und wenn der Preis der zurückzusendenden Sache einen Betrag von 40 Euro nicht übersteigt oder wenn Sie bei einem höheren Preis der Sache zum Zeitpunkt des Widerrufs noch nicht die Gegenleistung oder eine vertraglich vereinbarte Teilzahlung erbracht haben. Anderenfalls ist die Rücksendung für Sie kostenfrei.“

- 10 Bei einem Widerrufsrecht gemäß § 312d Abs. 1 BGB, **das für einen Fernabsatzvertrag über die Erbringung einer Dienstleistung gilt**, ist hier folgender Hinweis aufzunehmen:

„Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.“

Bei einem Widerrufsrecht nach § 485 Abs. 1 BGB ist hier folgender Hinweis aufzunehmen:

„Die Widerrufsfrist verlängert sich auf einen Monat, wenn Ihnen nicht bereits vor Vertragsschluss ein Prospekt über das Wohnungsobjekt ausgehändigt worden ist oder wenn der Prospekt nicht in der Sprache des Staates, dem Sie angehören oder in dem Sie Ihren Wohnsitz haben, abgefasst ist. Ist der Prospekt in Deutsch abgefasst, gilt dies, wenn Sie Bürger oder Bürgerin eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, nur, wenn Sie um einen Prospekt in der oder einer der Amtssprachen Ihres Heimatlandes gebeten und ihn nicht erhalten haben.

Bei Widerruf müssen Sie ggf. auch die Kosten einer notariellen Beurkundung erstatten, wenn dies im Vertrag ausdrücklich bestimmt ist.“

Diese Rubrik entfällt, wenn keiner der vorgenannten Fälle einschlägig ist.

11 Der nachfolgende Hinweis für finanzierte Geschäfte kann entfallen, wenn ein verbundenes Geschäft nicht vorliegt:

„Haben Sie diesen Vertrag durch ein Darlehen finanziert und widerrufen Sie den finanzierten Vertrag, sind Sie auch an den Darlehensvertrag nicht mehr gebunden, wenn beide Verträge eine wirtschaftliche Einheit bilden. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn wir gleichzeitig Ihr Darlehensgeber sind oder wenn sich Ihr Darlehensgeber im Hinblick auf die Finanzierung unserer Mitwirkung bedient. Wenn uns das Darlehen bei Wirksamwerden des Widerrufs oder der Rückgabe bereits zugeflossen ist, tritt Ihr Darlehensgeber im Verhältnis zu Ihnen hinsichtlich der Rechtsfolgen des Widerrufs oder der Rückgabe in unsere Rechte und Pflichten aus dem finanzierten Vertrag ein. Letzteres gilt nicht, wenn der vorliegende Vertrag den Erwerb von Finanzinstrumenten (z. B. von Wertpapieren, Devisen oder Derivaten) zum Gegenstand hat.

Wollen Sie eine vertragliche Bindung so weitgehend wie möglich vermeiden, widerrufen Sie beide Vertragsklärungen gesondert.“

Bei einem finanzierten Erwerb eines Grundstücks oder eines grundstücksgleichen Rechts ist Satz 2 des vorstehenden Hinweises wie folgt zu ändern:

„Dies ist nur anzunehmen, wenn die Vertragspartner in beiden Verträgen identisch sind oder wenn der Darlehensgeber über die Zurverfügungstellung von Darlehen hinausgeht und Ihr Grundstücksgeschäft durch Zusammenwirken mit dem Veräußerer fördert, indem er sich dessen Veräußerungsinteressen ganz oder teilweise zu Eigen macht, bei der Planung, Werbung oder Durchführung des Projekts Funktionen des Veräußerers übernimmt oder den Veräußerer einseitig begünstigt.“

12 Ort, Datum und Unterschriftsleiste können entfallen. In diesem Fall sind diese Angaben entweder durch die Wörter „Ende der Widerrufsbelehrung“ oder durch die Wörter „Ihr(e) (einsetzen: Firma des Unternehmers)“ zu ersetzen.

Anlage 2 (zu Artikel 246 § 2 Abs. 3 Satz 1)**Muster
für die Rückgabebelehrung****Rückgabebelehrung****Rückgaberecht**

Sie können die erhaltene Ware ohne Angabe von Gründen innerhalb von [14 Tagen] ¹ durch Rücksendung der Ware zurückgeben. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform (z. B. als Brief, Fax, E-Mail), jedoch nicht vor Eingang der Ware ². Nur bei nicht paketversandfähiger Ware (z. B. bei sperrigen Gütern) können Sie die Rückgabe auch durch Rücknahmeverlangen in Textform erklären. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Ware oder des Rücknahmeverlangens. In jedem Fall erfolgt die Rücksendung auf unsere Kosten und Gefahr. Die Rücksendung oder das Rücknahmeverlangen hat zu erfolgen an: ³

⁴

⁵

Rückgabefolgen

Im Falle einer wirksamen Rückgabe sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) herauszugeben. Bei einer Verschlechterung der Ware kann Wertersatz verlangt werden. Dies gilt nicht, wenn die Verschlechterung der Ware ausschließlich auf deren Prüfung – wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre – zurückzuführen ist. Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Ware nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt. ⁶ Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung der Ware oder des Rücknahmeverlangens, für uns mit dem Empfang.

Finanzierte Geschäfte ⁷

(Ort), (Datum), (Unterschrift des Verbrauchers) ⁸

Gestaltungshinweise:

¹ Wird die Belehrung nicht spätestens bei, sondern erst nach Vertragsschluss mitgeteilt, lautet der Klammerzusatz „einem Monat“. In diesem Fall ist auch Gestaltungshinweis 6 einschlägig, wenn der dort genannte Hinweis nicht

spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt. Bei Fernabsatzverträgen steht eine unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilte Rückgabebelehrung einer solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher gemäß Artikel 246 § 1 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB unterrichtet hat.

2 Liegt einer der nachstehenden Sonderfälle vor, ist Folgendes einzufügen:

- a) bei schriftlich abzuschließenden Verträgen: „und auch nicht, bevor Ihnen auch eine Vertragsurkunde, Ihr schriftlicher Antrag oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Antrags zur Verfügung gestellt worden ist“;
- b) bei Fernabsatzverträgen (§ 312b Abs. 1 Satz 1 BGB): „beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB“;
- c) bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312e Abs. 1 Satz 1 BGB): „und auch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“;
- d) bei einem Kauf auf Probe (§ 454 BGB): „und auch nicht, bevor der Kaufvertrag durch Ihre Billigung des gekauften Gegenstandes für Sie bindend geworden ist“.

Wird für einen Vertrag belehrt, der unter mehrere der vorstehenden Sonderfälle fällt (z. B. ein Fernabsatzvertrag im elektronischen Geschäftsverkehr), sind die jeweils zutreffenden Ergänzungen zu kombinieren (in dem genannten Beispiel wie folgt: „beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB“).

3 Einsetzen: Namen/Firma und ladungsfähige Anschrift des Rückgabeadressaten.

Zusätzlich können angegeben werden Telefaxnummer, E-Mail-Adresse und/oder, wenn der Verbraucher eine Bestätigung seines Rücknahmeverlangens an den Unternehmer erhält, auch eine Internet-Adresse.

4 Hier kann der Hinweis hinzugefügt werden:

„Die Rückgabe paketfähiger Ware kann auch an (einsetzen: Namen/Firma und Telefonnummer einer Versandstelle) erfolgen, die die Ware bei Ihnen abholt.“

5 Hier kann der Hinweis hinzugefügt werden:

„Bei Rücknahmeverlangen wird die Ware bei Ihnen abgeholt.“

6 Wenn ein Hinweis auf die Wertersatzpflicht gemäß § 357 Abs. 3 Satz 1 BGB und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung nicht spätestens bei Vertragsschluss in Textform erfolgt, ist anstelle dieses Satzes folgender Satz einzufügen: „Für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung müssen Sie keinen Wertersatz leisten.“ Bei Fernabsatzverträgen steht ein unverzüglich nach Vertragsschluss in Textform mitgeteilter Hinweis einem solchen bei Vertragsschluss gleich, wenn der Unternehmer den Verbraucher rechtzeitig vor Abgabe von dessen Vertragserklärung in einer dem eingesetzten Fernkommunikationsmittel entsprechenden Weise über die Wertersatzpflicht und eine Möglichkeit zu ihrer Vermeidung unterrichtet hat.

7 Der nachfolgende Hinweis für finanzierte Geschäfte kann entfallen, wenn ein verbundenes Geschäft nicht vorliegt:

„Haben Sie diesen Vertrag durch ein Darlehen finanziert und machen Sie von Ihrem Rückgaberecht Gebrauch, sind Sie auch an den Darlehensvertrag nicht mehr gebunden, wenn beide Verträge eine wirtschaftliche Einheit bilden.“

Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn wir gleichzeitig Ihr Darlehensgeber sind oder wenn sich Ihr Darlehensgeber im Hinblick auf die Finanzierung unserer Mitwirkung bedient. Wenn uns das Darlehen bei Wirksamwerden des Widerrufs oder der Rückgabe bereits zugeflossen ist, tritt Ihr Darlehensgeber im Verhältnis zu Ihnen hinsichtlich der Rechtsfolgen des Widerrufs oder der Rückgabe in unsere Rechte und Pflichten aus dem finanzierten Vertrag ein.

Wollen Sie eine vertragliche Bindung so weitgehend wie möglich vermeiden, machen Sie von Ihrem Rückgaberecht Gebrauch und widerrufen Sie Ihre auf Abschluss des Darlehensvertrags gerichtete Willenserklärung.“

- ☐ Ort, Datum und Unterschriftsleiste können entfallen. In diesem Fall sind diese Angaben entweder durch die Wörter „Ende der Rückgabebelehrung“ oder durch die Wörter „Ihr(e) (einsetzen: Firma des Unternehmers)“ zu ersetzen.

Beschlüsse des 6. Ausschusses: u n v e r ä n d e r t

Anlage 3 (zu Artikel 247 § 2)

Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite

1. Name und Kontaktangaben des Kreditgebers / Kreditvermittlers

Kreditgeber	[Name]
Anschrift	[Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	
(falls zutreffend)	
Kreditvermittler	[Name]
Anschrift	[Anschrift für Kontakte mit dem Verbraucher]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	

* Freiwillige Angaben des Kreditgebers

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Kreditgeber das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für den Kreditvertrag relevant ist, oder die betreffende Information bzw. die gesamte Zeile streichen, wenn die Information für die in Frage kommende Kreditart nicht relevant ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Kredits

Kreditart	
Gesamtkreditbetrag Obergrenze oder Summe aller Beträge, die aufgrund des Kreditvertrags zur Verfügung gestellt wird	
Bedingungen für die Inanspruchnahme Gemeint ist, wie und wann Sie das Geld erhalten	

Laufzeit des Kreditvertrags	
Teilzahlungen und gegebenenfalls Reihenfolge, in der die Teilzahlungen angerechnet werden	Sie müssen folgende Zahlungen leisten: [Betrag, Anzahl und Periodizität der vom Verbraucher zu leistenden Zahlungen] Zinsen und/oder Kosten sind wie folgt zu entrichten:
Von Ihnen zu zahlender Gesamtbetrag Betrag des geliehenen Kapitals zuzüglich Zinsen und etwaiger Kosten im Zusammenhang mit Ihrem Kredit	[Summe des Gesamtkreditbetrags und der Gesamtkosten des Kredits]
(falls zutreffend) Der Kredit wird in Form eines Zahlungsaufschubs für eine Ware oder Dienstleistung gewährt oder ist mit der Lieferung bestimmter Waren oder der Erbringung einer Dienstleistung verbunden. Bezeichnung der Ware oder Dienstleistung Barzahlungspreis	
(falls zutreffend) Verlangte Sicherheiten Beschreibung der von Ihnen im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu stellenden Sicherheiten	[Art der Sicherheiten]
(falls zutreffend) Zahlungen dienen nicht der unmittelbaren Kapitaltilgung	

3. Kreditkosten

Sollzinssatz oder gegebenenfalls die verschiedenen Sollzinssätze, die für den Kreditvertrag gelten	[% – gebunden oder – veränderlich (mit dem Index oder Referenzzinssatz für den anfänglichen Sollzinssatz) – Zeiträume]
--	---

<p>Effektiver Jahreszins</p> <p>Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags</p> <p>Diese Angabe hilft Ihnen dabei, unterschiedliche Angebote zu vergleichen.</p>	<p>[% Repräsentatives Beispiel unter Angabe sämtlicher in die Berechnung des Jahreszinses einfließender Annahmen]</p>
<p>Ist</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Abschluss einer Kreditversicherung <p>oder</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Inanspruchnahme einer anderen mit dem Kreditvertrag zusammenhängenden Nebenleistung <p>zwingende Voraussetzung dafür, dass der Kredit überhaupt oder nach den vorgesehenen Vertragsbedingungen gewährt wird?</p> <p>Falls der Kreditgeber die Kosten dieser Dienstleistungen nicht kennt, sind sie nicht im effektiven Jahreszins enthalten.</p>	<p>Ja/Nein</p> <p>[Falls ja, Art der Versicherung:]</p> <p>Ja/Nein</p> <p>[Falls ja, Art der Nebenleistung:]</p>
<p>Kosten im Zusammenhang mit dem Kredit</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Die Führung eines oder mehrerer Konten ist für die Buchung der Zahlungsvorgänge und der in Anspruch genommenen Kreditbeträge erforderlich.</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Höhe der Kosten für die Verwendung eines bestimmten Zahlungsmittels (z. B. einer Kreditkarte)</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Sonstige Kosten im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Bedingungen, unter denen die vorstehend genannten Kosten im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag geändert werden können</p>	

(falls zutreffend) Notarkosten	
Kosten bei Zahlungsverzug Ausbleibende Zahlungen können schwer wiegende Folgen für Sie haben (z. B. Zwangsverkauf) und die Erlangung eines Kredits erschweren.	Für ausbleibende Zahlungen wird Ihnen [...(anwendbarer Zinssatz und gegebenenfalls Verzugskosten)] berechnet.

4. Andere wichtige rechtliche Aspekte

Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen den Kreditvertrag zu widerrufen.	Ja/Nein
Vorzeitige Rückzahlung Sie haben das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen. (falls zutreffend) Dem Kreditgeber steht bei vorzeitiger Rückzahlung eine Entschädigung zu	[Festlegung der Entschädigung (Berechnungsmethode) gemäß § 502 BGB]
Datenbankabfrage Der Kreditgeber muss Sie unverzüglich und unentgeltlich über das Ergebnis einer Datenbankabfrage unterrichten, wenn ein Kreditantrag aufgrund einer solchen Abfrage abgelehnt wird. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Unterrichtung durch die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft untersagt ist oder den Zielen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zuwiderläuft.	
Recht auf einen Kreditvertragsentwurf Sie haben das Recht, auf Verlangen unentgeltlich eine Kopie des Kreditvertragsentwurfs zu	

erhalten. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn der Kreditgeber zum Zeitpunkt der Beantragung nicht zum Abschluss eines Kreditvertrags mit Ihnen bereit ist.	
(falls zutreffend) Zeitraum, während dessen der Kreditgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist	Diese Informationen gelten vom ... bis ...

(falls zutreffend)

5. Zusätzliche Informationen beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

a) zum Kreditgeber	
(falls zutreffend) Vertreter des Kreditgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse* * Freiwillige Angaben des Kreditgebers	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
(falls zutreffend) Eintrag im Handelsregister	[Handelsregister, in das der Kreditgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]
(falls zutreffend) Zuständige Aufsichtsbehörde	
b) zum Kreditvertrag	
(falls zutreffend) Ausübung des Widerrufsrechts	[Praktische Hinweise zur Ausübung des Widerrufsrechts, darunter Widerrufsfrist, Angabe der Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden]

	ist, sowie Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]
(falls zutreffend) Recht, das der Kreditgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Kreditvertrags zugrunde legt	
(falls zutreffend) Klauseln über das auf den Kreditvertrag anwendbare Recht und/oder <i>die</i> zuständige <i>Gerichtsbarkeit</i>	[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]
(falls zutreffend) Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Kreditvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.
c) zu den Rechtsmitteln	
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang dazu	[Angabe, ob der Verbraucher, der Vertragspartei eines Fernabsatzvertrags ist, Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]

Beschlüsse des 6. Ausschusses:

Anlage 3 (zu Artikel 247 § 2)

Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite

1. Name und Kontaktangaben des Kreditgebers / Kreditvermittlers

Kreditgeber	[Name]
Anschrift	[Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	
(falls zutreffend)	
Kreditvermittler	[Name]
Anschrift	[Anschrift für Kontakte mit dem Verbraucher]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	

* Freiwillige Angaben des Kreditgebers

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Kreditgeber das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für den Kreditvertrag relevant ist, oder die betreffende Information bzw. die gesamte Zeile streichen, wenn die Information für die in Frage kommende Kreditart nicht relevant ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Kredits

Kreditart	
Gesamtkreditbetrag Obergrenze oder Summe aller Beträge, die aufgrund des Kreditvertrags zur Verfügung gestellt wird	
Bedingungen für die Inanspruchnahme Gemeint ist, wie und wann Sie das Geld erhalten	

Laufzeit des Kreditvertrags	
Teilzahlungen und gegebenenfalls Reihenfolge, in der die Teilzahlungen angerechnet werden	Sie müssen folgende Zahlungen leisten: [Betrag, Anzahl und Periodizität der vom Verbraucher zu leistenden Zahlungen] Zinsen und/oder Kosten sind wie folgt zu entrichten:
Von Ihnen zu zahlender Gesamtbetrag Betrag des geliehenen Kapitals zuzüglich Zinsen und etwaiger Kosten im Zusammenhang mit Ihrem Kredit	[Summe des Gesamtkreditbetrags und der Gesamtkosten des Kredits]
(falls zutreffend) Der Kredit wird in Form eines Zahlungsaufschubs für eine Ware oder Dienstleistung gewährt oder ist mit der Lieferung bestimmter Waren oder der Erbringung einer Dienstleistung verbunden. Bezeichnung der Ware oder Dienstleistung Barzahlungspreis	
(falls zutreffend) Verlangte Sicherheiten Beschreibung der von Ihnen im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu stellenden Sicherheiten	[Art der Sicherheiten]
(falls zutreffend) Zahlungen dienen nicht der unmittelbaren Kapitaltilgung	

3. Kreditkosten

Sollzinssatz oder gegebenenfalls die verschiedenen Sollzinssätze, die für den Kreditvertrag gelten	[% – gebunden oder – veränderlich (mit dem Index oder Referenzzinssatz für den anfänglichen Sollzinssatz) – Zeiträume]
--	---

<p>Effektiver Jahreszins</p> <p>Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags</p> <p>Diese Angabe hilft Ihnen dabei, unterschiedliche Angebote zu vergleichen.</p>	<p>[% Repräsentatives Beispiel unter Angabe sämtlicher in die Berechnung des Jahreszinses einfließender Annahmen]</p>
<p>Ist</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Abschluss einer Kreditversicherung <p>oder</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Inanspruchnahme einer anderen mit dem Kreditvertrag zusammenhängenden Nebenleistung <p>zwingende Voraussetzung dafür, dass der Kredit überhaupt oder nach den vorgesehenen Vertragsbedingungen gewährt wird?</p> <p>Falls der Kreditgeber die Kosten dieser Dienstleistungen nicht kennt, sind sie nicht im effektiven Jahreszins enthalten.</p>	<p>Ja/Nein</p> <p>[Falls ja, Art der Versicherung:]</p> <p>Ja/Nein</p> <p>[Falls ja, Art der Nebenleistung:]</p>
<p>Kosten im Zusammenhang mit dem Kredit</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Die Führung eines oder mehrerer Konten ist für die Buchung der Zahlungsvorgänge und der in Anspruch genommenen Kreditbeträge erforderlich.</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Höhe der Kosten für die Verwendung eines bestimmten Zahlungsmittels (z. B. einer Kreditkarte)</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Sonstige Kosten im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Bedingungen, unter denen die vorstehend genannten Kosten im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag geändert werden können</p>	

(falls zutreffend) Notarkosten	
Kosten bei Zahlungsverzug Ausbleibende Zahlungen können schwer wiegende Folgen für Sie haben (z. B. Zwangsverkauf) und die Erlangung eines Kredits erschweren.	Für ausbleibende Zahlungen wird Ihnen [...(anwendbarer Zinssatz und gegebenenfalls Verzugskosten)] berechnet.

4. Andere wichtige rechtliche Aspekte

Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen den Kreditvertrag zu widerrufen.	Ja/Nein
Vorzeitige Rückzahlung Sie haben das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen. (falls zutreffend) Dem Kreditgeber steht bei vorzeitiger Rückzahlung eine Entschädigung zu	[Festlegung der Entschädigung (Berechnungsmethode) gemäß § 502 BGB]
Datenbankabfrage Der Kreditgeber muss Sie unverzüglich und unentgeltlich über das Ergebnis einer Datenbankabfrage unterrichten, wenn ein Kreditantrag aufgrund einer solchen Abfrage abgelehnt wird. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Unterrichtung durch die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft untersagt ist oder den Zielen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zuwiderläuft.	
Recht auf einen Kreditvertragsentwurf Sie haben das Recht, auf Verlangen unentgeltlich eine Kopie des Kreditvertragsentwurfs zu	

erhalten. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn der Kreditgeber zum Zeitpunkt der Beantragung nicht zum Abschluss eines Kreditvertrags mit Ihnen bereit ist.	
(falls zutreffend) Zeitraum, während dessen der Kreditgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist	Diese Informationen gelten vom ... bis ...

(falls zutreffend)

5. Zusätzliche Informationen beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

a) zum Kreditgeber	
(falls zutreffend) Vertreter des Kreditgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse* * Freiwillige Angaben des Kreditgebers	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
(falls zutreffend) Eintrag im Handelsregister	[Handelsregister, in das der Kreditgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]
(falls zutreffend) Zuständige Aufsichtsbehörde	
b) zum Kreditvertrag	
(falls zutreffend) Ausübung des Widerrufsrechts	[Praktische Hinweise zur Ausübung des Widerrufsrechts, darunter Widerrufsfrist, Angabe der Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden]

	ist, sowie Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]
(falls zutreffend) Recht, das der Kreditgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Kreditvertrags zugrunde legt	
(falls zutreffend) Klauseln über das auf den Kreditvertrag anwendbare Recht und/oder das zuständige Gericht	[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]
(falls zutreffend) Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Kreditvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.
c) zu den Rechtsmitteln	
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang dazu	[Angabe, ob der Verbraucher, der Vertragspartei eines Fernabsatzvertrags ist, Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]

Anlage 4 (zu Artikel 247 § 2)

Europäische Verbraucherkreditinformationen bei

1. Überziehungskrediten

2. Umschuldungen

1. Name und Kontaktangaben des Kreditgebers / Kreditvermittlers

Kreditgeber	[Name]
Anschrift	[Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	
(falls zutreffend)	
Kreditvermittler	[Name]
Anschrift	[Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
Telefon*	
E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	

* Freiwillige Angaben des Kreditgebers.

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Kreditgeber das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für den Kreditvertrag relevant ist, oder die betreffende Information bzw. die gesamte Zeile streichen, wenn die Information für die in Frage kommende Kreditart nicht relevant ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Kredits

Kreditart	
Gesamtkreditbetrag	
Obergrenze oder Summe aller Beträge, die auf-	

grund des Kreditvertrags zur Verfügung gestellt wird	
Laufzeit des Kreditvertrags	
(falls zutreffend) Sie können jederzeit zur Rückzahlung des gesamten Kreditbetrags aufgefordert werden.	

3. Kreditkosten

Sollzinssatz oder gegebenenfalls die verschiedenen Sollzinssätze, die für den Kreditvertrag gelten	[% – gebunden oder – veränderlich (mit dem Index oder Referenzzinssatz für den anfänglichen Sollzinssatz)]
(falls zutreffend) Effektiver Jahreszins* Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags Diese Angabe hilft Ihnen dabei, unterschiedliche Angebote zu vergleichen.	[%. Repräsentatives Beispiel unter Angabe sämtlicher in die Berechnung des Jahreszinses einfließender Annahmen]
(falls zutreffend) Kosten (falls zutreffend) Bedingungen, unter denen diese Kosten geändert werden können	[Sämtliche vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses des Kreditvertrags an zu zahlende Kosten]
Kosten bei Zahlungsverzug	Für ausbleibende Zahlungen wird Ihnen [...(anwendbarer Zinssatz und gegebenenfalls Verzugskosten)] berechnet.

* Bei Überziehungsmöglichkeiten nach § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, bei denen der Kredit jederzeit vom Kreditgeber gekündigt werden kann oder binnen drei Monaten zurückgezahlt werden muss, muss der effektive Jahreszins nicht angegeben werden, wenn der Kreditgeber außer den Sollzinsen keine weiteren Kosten verlangt.

4. Andere wichtige rechtliche Aspekte

Beendigung des Kreditvertrags	[Bedingungen und Verfahren zur Beendigung]
-------------------------------	--

	des Kreditvertrags]
<p>Datenbankabfrage</p> <p>Der Kreditgeber muss Sie unverzüglich und unentgeltlich über das Ergebnis einer Datenbankabfrage unterrichten, wenn ein Kreditantrag aufgrund einer solchen Abfrage abgelehnt wird. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Unterrichtung durch die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft untersagt ist oder den Zielen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zuwiderläuft.</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Zeitraum, während dessen der Kreditgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist</p>	<p>Diese Informationen gelten vom ... bis ...</p>

(falls zutreffend)

5. Zusätzliche Informationen, die zu liefern sind, wenn die vorvertraglichen Informationen einen Verbraucherkredit für eine Umschuldung betreffen

<p>Teilzahlungen und gegebenenfalls Reihenfolge, in der die Teilzahlungen angerechnet werden</p>	<p>Sie müssen folgende Zahlungen leisten:</p> <p>[Repräsentatives Beispiel für einen Ratenzahlungsplan unter Angabe des Betrags, der Anzahl und der Periodizität der vom Verbraucher zu leistenden Zahlungen]</p>
<p>Von Ihnen zu zahlender Gesamtbetrag</p>	
<p>Vorzeitige Rückzahlung</p> <p>Sie haben das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen.</p> <p>(falls zutreffend)</p> <p>Dem Kreditgeber steht bei vorzeitiger Rückzahlung eine Entschädigung zu.</p>	<p>[Festlegung der Entschädigung (Berechnungsmethode) gemäß § 502 BGB]</p>

6. Zusätzlich zu gebende Informationen beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

a) zum Kreditgeber	
--------------------	--

<p>(falls zutreffend)</p> <p>Vertreter des Kreditgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben</p> <p>Anschrift</p> <p>Telefon*</p> <p>E-Mail*</p> <p>Fax*</p> <p>Internet-Adresse*</p> <p>* Freiwillige Angaben des Kreditgebers.</p>	<p>[Name]</p> <p>[Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]</p>
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Eintrag im Handelsregister</p>	<p>[Handelsregister, in das der Kreditgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]</p>
<p>(falls zutreffend)</p> <p>zuständige Aufsichtsbehörde</p>	
<p>b) zum Kreditvertrag</p>	
<p>Widerrufsrecht</p> <p>Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen den Kreditvertrag zu widerrufen.</p> <p>(falls zutreffend)</p> <p>Ausübung des Widerrufsrechts</p>	<p>Ja/Nein</p> <p>[Praktische Hinweise zur Ausübung des Widerrufsrechts, u. a. Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden ist, sowie Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]</p>
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Recht, das der Kreditgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Kreditvertrags zugrunde legt</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Klauseln über das auf den Kreditvertrag anwendbare Recht und/oder <i>die</i> zuständige <i>Gerichtsbarkeit</i></p>	<p>[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]</p>

(falls zutreffend) Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Kreditvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.
c) zu den Rechtsmitteln	
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang zu ihnen	[Angabe, ob der Verbraucher, der Vertragspartei eines Fernabsatzvertrags ist, Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]

Beschlüsse des 6. Ausschusses:**Anlage 4 (zu Artikel 247 § 2)****Europäische Verbraucherkreditinformationen bei****1. Überziehungskrediten****2. Umschuldungen**

1. Name und Kontaktangaben des Kreditgebers / Kreditvermittlers

Kreditgeber Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse*	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
(falls zutreffend) Kreditvermittler Anschrift Telefon*	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]

E-Mail*	
Fax*	
Internet-Adresse*	

* Freiwillige Angaben des Kreditgebers.

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Kreditgeber das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für den Kreditvertrag relevant ist, oder die betreffende Information bzw. die gesamte Zeile streichen, wenn die Information für die in Frage kommende Kreditart nicht relevant ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Kredits

Kreditart	
Gesamtkreditbetrag Obergrenze oder Summe aller Beträge, die aufgrund des Kreditvertrags zur Verfügung gestellt wird	
Laufzeit des Kreditvertrags	
(falls zutreffend) Sie können jederzeit zur Rückzahlung des gesamten Kreditbetrags aufgefordert werden.	

3. Kreditkosten

Sollzinssatz oder gegebenenfalls die verschiedenen Sollzinssätze, die für den Kreditvertrag gelten	[% – gebunden oder – veränderlich (mit dem Index oder Referenzzinssatz für den anfänglichen Sollzinssatz)]
(falls zutreffend) Effektiver Jahreszins* Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags Diese Angabe hilft Ihnen dabei, unterschiedliche Angebote zu vergleichen.	[%. Repräsentatives Beispiel unter Angabe sämtlicher in die Berechnung des Jahreszinses einfließender Annahmen]
(falls zutreffend)	[Sämtliche vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses

Kosten (falls zutreffend) Bedingungen, unter denen diese Kosten geändert werden können	ses des Kreditvertrags an zu zahlende Kosten]
Kosten bei Zahlungsverzug	Für ausbleibende Zahlungen wird Ihnen [...(anwendbarer Zinssatz und gegebenenfalls Verzugskosten)] berechnet.

* Bei Überziehungsmöglichkeiten nach § 504 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, bei denen der Kredit jederzeit vom Kreditgeber gekündigt werden kann oder binnen drei Monaten zurückgezahlt werden muss, muss der effektive Jahreszins nicht angegeben werden, wenn der Kreditgeber außer den Sollzinsen keine weiteren Kosten verlangt.

4. Andere wichtige rechtliche Aspekte

Beendigung des Kreditvertrags	[Bedingungen und Verfahren zur Beendigung des Kreditvertrags]
Datenbankabfrage Der Kreditgeber muss Sie unverzüglich und unentgeltlich über das Ergebnis einer Datenbankabfrage unterrichten, wenn ein Kreditantrag aufgrund einer solchen Abfrage abgelehnt wird. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Unterrichtung durch die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft untersagt ist oder den Zielen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zuwiderläuft.	
(falls zutreffend) Zeitraum, während dessen der Kreditgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist	Diese Informationen gelten vom ... bis ...

(falls zutreffend)

5. Zusätzliche Informationen, die zu liefern sind, wenn die vorvertraglichen Informationen einen Verbraucherkredit für eine Umschuldung betreffen

Teilzahlungen und gegebenenfalls Reihenfolge, in der die Teilzahlungen angerechnet werden	Sie müssen folgende Zahlungen leisten: [Repräsentatives Beispiel für einen Ratenzahlungsplan unter Angabe des Betrags, der
---	---

	Anzahl und der Periodizität der vom Verbraucher zu leistenden Zahlungen]
Von Ihnen zu zahlender Gesamtbetrag	
Vorzeitige Rückzahlung Sie haben das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen. (falls zutreffend) Dem Kreditgeber steht bei vorzeitiger Rückzahlung eine Entschädigung zu.	[Festlegung der Entschädigung (Berechnungsmethode) gemäß § 502 BGB]

6. Zusätzlich zu gebende Informationen beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

a) zum Kreditgeber	
(falls zutreffend) Vertreter des Kreditgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse* * Freiwillige Angaben des Kreditgebers.	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Verbrauchers]
(falls zutreffend) Eintrag im Handelsregister	[Handelsregister, in das der Kreditgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]
(falls zutreffend) zuständige Aufsichtsbehörde	
b) zum Kreditvertrag	
Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalender-	Ja/Nein [Praktische Hinweise zur Ausübung des Wider-

<p>tagen den Kreditvertrag zu widerrufen.</p> <p>(falls zutreffend)</p> <p>Ausübung des Widerrufsrechts</p>	<p>rufsrechts, u. a. Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden ist, sowie Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]</p>
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Recht, das der Kreditgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Kreditvertrags zugrunde legt</p>	
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Klauseln über das auf den Kreditvertrag anwendbare Recht und/oder das zuständige Gericht</p>	<p>[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]</p>
<p>(falls zutreffend)</p> <p>Wahl der Sprache</p>	<p>Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Kreditvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.</p>
<p>c) zu den Rechtsmitteln</p>	
<p>Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang zu ihnen</p>	<p>[Angabe, ob der Verbraucher, der Vertragspartei eines Fernabsatzvertrags ist, Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]</p>

Anlage 5 (zu Artikel 247 § 2)

Europäisches Standardisiertes Merkblatt

Inhalt	Beschreibung
Einleitungstext	<p>Diese Angaben stellen kein rechtsverbindliches Angebot dar.</p> <p>Die Angaben werden nach Treu und Glauben zur Verfügung gestellt und sind eine genaue Beschreibung des Angebots, das das Kreditinstitut unter aktuellen Marktbedingungen und auf der Basis der vom Kunden bereitgestellten Informationen machen würde. Es sollte allerdings beachtet werden, dass sich die Angaben je nach Marktentwicklung ändern können.</p> <p>Die Aushändigung dieses Informationsmerkblattes verpflichtet den Darlehensgeber nicht automatisch zur Darlehensbewilligung.</p>
1. Darlehensgeber und eventuell Darlehensvermittler	
2. Beschreibung	<p>[In diesem Absatz sollte eine kurze, aber deutliche Beschreibung des vorgeschlagenen Vertrags erfolgen.</p> <p>Dabei sollte verdeutlicht werden, ob</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Darlehen grundpfandrechtlich oder durch eine andere gewöhnlich verwendete Sicherheit <i>gesichert</i> ist; - es sich bei dem vorgeschlagenen Vertrag um ein Zinszahlungsdarlehen handelt (d. h. der Darlehensnehmer bedient während der Darlehenslaufzeit nur die Zinsen und zahlt am Ende der Laufzeit den vollen Darlehensbetrag zurück) oder um ein Annuitätendarlehen (d. h. der Darlehensnehmer tilgt während der Darlehenslaufzeit nicht nur Zinsen und Kosten, sondern auch das Darlehen); - die Darlehensbedingungen vom zur Verfügung gestellten Eigenkapital des Darlehensnehmers abhängig sind (eventuell beschrieben als Prozentsatz des Wohneigentumswertes);

	<ul style="list-style-type: none"> - die Darlehensbedingungen von der Bürgschaft eines Dritten abhängig sind.]
<p>3. Sollzinssatz (anzugeben ist die Art des Sollzinssatzes und die Dauer der festgesetzten Darlehenslaufzeit)</p>	<p>[Dieser Abschnitt sollte Informationen zur wichtigsten Gegenleistung des Darlehens liefern – dem Sollzinssatz. Soweit bedeutsam, sollten Details zur Veränderlichkeit des Sollzinssatzes beschrieben werden, einschließlich u. a. Überprüfungsphasen, ausgesetzter Phasen und verbundener Strafklauseln sowie die Angabe von Zinsmargen, innerhalb derer ein veränderlicher Sollzinssatz schwanken kann usw.</p> <p>Es sollte beschrieben werden, ob sich ein veränderlicher Sollzinssatz auf einen Index oder Referenzzinssatz bezieht oder nicht und, soweit relevant, nähere Angaben zum Index oder Referenzzinssatz.]</p>
<p>4. Effektiver Jahreszins Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags</p>	
<p>5. Nettodarlehensbetrag und Währung</p>	
<p>6. Gesamtdauer der Darlehensvereinbarung</p>	
<p>7. Anzahl und Häufigkeit der Ratenzahlung (kann variieren)</p>	
<p>8. Bei Annuitätendarlehen: Höhe der Ratenzahlung (kann variieren)</p>	
<p>9. Bei wohnungswirtschaftlichen Zinszahlungsdarlehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Höhe jeder regelmäßigen Zinszahlung; - Höhe der regelmäßig zur Vermögensbildung zu leistenden Zahlungen. 	<p>[Der Darlehensgeber sollte – reale oder repräsentative – Angaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Höhe und Anzahl jeder regelmäßigen Zinszahlung (vgl. Angaben unter Punkt 7) sowie - zur Höhe und Anzahl der zur Vermögensbildung zu leistenden regelmäßigen Zahlungen (vgl. Angaben unter Punkt 7) liefern. <p>Gegebenenfalls sollte der Darlehensgeber darauf hinweisen, dass die</p>

	<p>zur Vermögensbildung geleisteten Zahlungen und daraus resultierenden Ansprüche möglicherweise nicht die vollständige Rückzahlung des Darlehens gewährleisten.</p> <p>Falls ein Darlehensgeber Vermögensbildungsverträge in seinem Angebot führt und diese als Teil eines Zinszahlungsdarlehens angeboten, sollte klargestellt werden, ob das Angebot an den vom Darlehensgeber vorgeschlagenen Vermögensbildungsvertrag gebunden ist.]</p>
10. Zusätzliche einmalige Kosten, soweit anwendbar	<p>[Eine Liste aller anfänglichen einmaligen Kosten, die der Darlehensnehmer zum Zeitpunkt der Aufnahme des wohnungswirtschaftlichen Darlehens zahlen muss, muss vorgelegt werden.</p> <p>Falls diese Kosten unter direkter oder indirekter Kontrolle des Darlehensgebers stehen, sollte eine Schätzung der Kosten erfolgen.</p> <p>Soweit dies relevant ist, sollte klargestellt werden, ob die Kosten auch unabhängig von der Darlehensbewilligung entrichtet werden müssen.</p> <p>Solche Kosten könnten z. B. umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungskosten - Kosten für Rechtsberatung - Schätz- und Sachverständigenkosten. <p>Wenn ein Angebot daran gebunden ist, dass der Darlehensnehmer die genannten Dienstleistungen vom Darlehensgeber in Anspruch nimmt, sollte deutlich auf diese Tatsache hingewiesen werden.]</p>
11. Zusätzliche wiederkehrende Kosten (soweit nicht bereits in Punkt 8 berücksichtigt)	<p>[Diese Liste sollte z. B. beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versicherung bei Zahlungsunfähigkeit (Arbeitslosigkeit oder Todesfall) - Feuerversicherung - Gebäude- und Hausratsversicherung. <p>Wenn ein Angebot daran gebunden ist, dass der Darlehensnehmer die genannten Dienstleistungen vom Darlehensgeber in Anspruch nimmt, sollte deutlich auf diese Tatsache hingewiesen werden.]</p>
12. Vorzeitige Rückzahlung,	<p>[Der Darlehensgeber sollte Hinweise geben zu</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Möglichkeit und den Bedingungen der vorzeitigen Rück-

Kündigungsmöglichkeiten	<p>zahlung</p> <ul style="list-style-type: none"> - einschließlich eines Hinweises auf jegliche anwendbaren Gebühren. <p>In Fällen, in denen eine genaue Angabe der Kosten zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, sollte der Hinweis erfolgen, dass ein Betrag vom Darlehensnehmer zu zahlen ist, der ausreicht, um die sich aus der Kündigung für den Darlehensgeber ergebenden Kosten auszugleichen.]</p>
13. Internes Beschwerdesystem	[Name, Anschrift und Telefonnummer der Kontaktstelle]
14. Repräsentativer Tilgungsplan	<p>[Der Darlehensgeber sollte einen repräsentativen und zusammenfassenden Tilgungsplan vorlegen, der mindestens folgende Angaben enthalten sollte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - monatliche oder (soweit dies der Fall ist) vierteljährliche Raten für das erste Jahr; - gefolgt von jährlichen Angaben für die gesamte (Rest-)Laufzeit des Darlehens. <p>Der Tilgungsplan sollte auch Angaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu den Tilgungszahlungen, - zu den Zinszahlungen, - zur zu zahlenden Restschuld, - zu den einzelnen Raten sowie - zum Gesamtbetrag enthalten. <p>Es sollte deutlich darauf hingewiesen werden, dass der Tilgungsplan lediglich illustrativ ist und eine Warnung enthalten, falls das angebotene wohnungswirtschaftliche Darlehen veränderlich verzinst wird.]</p>
15. Verpflichtung, das Bank- und Gehaltskonto beim Darlehensgeber zu führen	
16. Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen den Darlehensvertrag zu	Ja/Nein

widerrufen.	
17. Abtretung, Übertragung Forderungen aus dem Darlehensverhältnis können an Dritte, z. B. Inkassounternehmen, abgetreten werden. Der Darlehensgeber kann das Vertragsverhältnis ohne Ihre Zustimmung auf andere Personen übertragen, z. B. bei einer Umstrukturierung des Geschäfts.	Ja/Nein [Eventuell mit Einschränkungen, z. B. nur bei Zahlungsrückstand] Ja/Nein [Eventuell mit Einschränkungen]
18. Zusätzliche Informationen im Fernabsatzgeschäft (falls zutreffend)	
Darlehensvermittler oder Vertreter des Darlehensgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse* * Freiwillige Angaben des Darlehensgebers.	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Darlehensnehmers]
Eintrag im Handelsregister	[Handelsregister, in das der Darlehensgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]
<i>zuständige</i> Aufsichtsbehörde	
Ausübung des Widerrufsrechts	[Praktische Hinweise zur Ausübung des Widerrufsrechts, darunter Angabe der Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden ist, sowie der Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]

Rechtsordnungen, die der Darlehensgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Darlehensvertrags zugrunde legt	
Klauseln über das auf den Darlehensvertrag anwendbare Recht und <i>die</i> zuständige <i>Gerichtsbarkeit</i>	[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]
Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Darlehensvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang zu ihnen	[Angabe, ob der Darlehensnehmer Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]
Zeitraum, für den der Darlehensgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist	Diese Informationen gelten vom ... bis ...

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Darlehensgeber oder Darlehensvermittler das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für das Darlehen bedeutsam ist, oder die betreffende Information oder gesamte Zeile streichen, wenn die Information für das in Frage kommende Darlehen bedeutungslos ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

Beschlüsse des 6. Ausschusses:**Anlage 5 (zu Artikel 247 § 2)****Europäisches Standardisiertes Merkblatt**

Inhalt	Beschreibung
Einleitungstext	<p>Diese Angaben stellen kein rechtsverbindliches Angebot dar.</p> <p>Die Angaben werden nach Treu und Glauben zur Verfügung gestellt und sind eine genaue Beschreibung des Angebots, das das Kreditinstitut unter aktuellen Marktbedingungen und auf der Basis der vom Kunden bereitgestellten Informationen machen würde. Es sollte allerdings beachtet werden, dass sich die Angaben je nach Marktentwicklung ändern können.</p> <p>Die Aushändigung dieses Informationsmerkblattes verpflichtet den Darlehensgeber nicht automatisch zur Darlehensbewilligung.</p>
1. Darlehensgeber und eventuell Darlehensvermittler	
2. Beschreibung	<p>[In diesem Absatz sollte eine kurze, aber deutliche Beschreibung des vorgeschlagenen Vertrags erfolgen.</p> <p>Dabei sollte verdeutlicht werden, ob</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Darlehen grundpfandrechtlich oder durch eine andere gewöhnlich verwendete Sicherheit zu sichern ist; - es sich bei dem vorgeschlagenen Vertrag um ein Zinszahlungsdarlehen handelt (d. h. der Darlehensnehmer bedient während der Darlehenslaufzeit nur die Zinsen und zahlt am Ende der Laufzeit den vollen Darlehensbetrag zurück) oder um ein Annuitätendarlehen (d. h. der Darlehensnehmer tilgt während der Darlehenslaufzeit nicht nur Zinsen und Kosten, sondern auch das Darlehen); - die Darlehensbedingungen vom zur Verfügung gestellten Eigenkapital des Darlehensnehmers abhängig sind (eventuell

	<p>beschrieben als Prozentsatz des Wohneigentumswertes);</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Darlehensbedingungen von der Bürgschaft eines Dritten abhängig sind.]
<p>3. Sollzinssatz (anzugeben ist die Art des Sollzinssatzes und die Dauer der festgesetzten Darlehenslaufzeit)</p>	<p>[Dieser Abschnitt sollte Informationen zur wichtigsten Gegenleistung des Darlehens liefern – dem Sollzinssatz. Soweit bedeutsam, sollten Details zur Veränderlichkeit des Sollzinssatzes beschrieben werden, einschließlich u. a. Überprüfungsphasen, ausgesetzter Phasen und verbundener Strafklauseln sowie die Angabe von Zinsmargen, innerhalb derer ein veränderlicher Sollzinssatz schwanken kann usw.</p> <p>Es sollte beschrieben werden, ob sich ein veränderlicher Sollzinssatz auf einen Index oder Referenzzinssatz bezieht oder nicht und, soweit relevant, nähere Angaben zum Index oder Referenzzinssatz.]</p>
<p>4. Effektiver Jahreszins Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags</p>	
<p>5. Nettodarlehensbetrag und Währung</p>	
<p>6. Gesamtdauer der Darlehensvereinbarung</p>	
<p>7. Anzahl und Häufigkeit der Ratenzahlung (kann variieren)</p>	
<p>8. Bei Annuitätendarlehen: Höhe der Ratenzahlung (kann variieren)</p>	
<p>9. Bei wohnungswirtschaftlichen Zinszahlungsdarlehen: - Höhe jeder regelmäßigen Zinszahlung; - Höhe der regelmäßig zur Vermögensbildung zu leistenden Zahlungen.</p>	<p>[Der Darlehensgeber sollte – reale oder repräsentative – Angaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Höhe und Anzahl jeder regelmäßigen Zinszahlung (vgl. Angaben unter Punkt 7) sowie - zur Höhe und Anzahl der zur Vermögensbildung zu leistenden regelmäßigen Zahlungen (vgl. Angaben unter Punkt 7) liefern.

	<p>Gegebenenfalls sollte der Darlehensgeber darauf hinweisen, dass die zur Vermögensbildung geleisteten Zahlungen und daraus resultierenden Ansprüche möglicherweise nicht die vollständige Rückzahlung des Darlehens gewährleisten.</p> <p>Falls ein Darlehensgeber Vermögensbildungsverträge in seinem Angebot führt und diese als Teil eines Zinszahlungsdarlehens angeboten, sollte klargestellt werden, ob das Angebot an den vom Darlehensgeber vorgeschlagenen Vermögensbildungsvertrag gebunden ist.]</p>
<p>10. Zusätzliche einmalige Kosten, soweit anwendbar</p>	<p>[Eine Liste aller anfänglichen einmaligen Kosten, die der Darlehensnehmer zum Zeitpunkt der Aufnahme des wohnungswirtschaftlichen Darlehens zahlen muss, muss vorgelegt werden.</p> <p>Falls diese Kosten unter direkter oder indirekter Kontrolle des Darlehensgebers stehen, sollte eine Schätzung der Kosten erfolgen.</p> <p>Soweit dies relevant ist, sollte klargestellt werden, ob die Kosten auch unabhängig von der Darlehensbewilligung entrichtet werden müssen.</p> <p>Solche Kosten könnten z. B. umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungskosten - Kosten für Rechtsberatung - Schätz- und Sachverständigenkosten. <p>Wenn ein Angebot daran gebunden ist, dass der Darlehensnehmer die genannten Dienstleistungen vom Darlehensgeber in Anspruch nimmt, sollte deutlich auf diese Tatsache hingewiesen werden.]</p>
<p>11. Zusätzliche wiederkehrende Kosten (soweit nicht bereits in Punkt 8 berücksichtigt)</p>	<p>[Diese Liste sollte z. B. beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versicherung bei Zahlungsunfähigkeit (Arbeitslosigkeit oder Todesfall) - Feuerversicherung - Gebäude- und Hausratsversicherung. <p>Wenn ein Angebot daran gebunden ist, dass der Darlehensnehmer die genannten Dienstleistungen vom Darlehensgeber in Anspruch nimmt, sollte deutlich auf diese Tatsache hingewiesen werden.]</p>
<p>12. Vorzeitige Rück-</p>	<p>[Der Darlehensgeber sollte Hinweise geben zu</p>

zahlung, Kündigungsmöglichkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - der Möglichkeit und den Bedingungen der vorzeitigen Rückzahlung - einschließlich eines Hinweises auf jegliche anwendbaren Gebühren. <p>In Fällen, in denen eine genaue Angabe der Kosten zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, sollte der Hinweis erfolgen, dass ein Betrag vom Darlehensnehmer zu zahlen ist, der ausreicht, um die sich aus der Kündigung für den Darlehensgeber ergebenden Kosten auszugleichen.]</p>
13. Internes Beschwerdesystem	[Name, Anschrift und Telefonnummer der Kontaktstelle]
14. Repräsentativer Tilgungsplan	<p>[Der Darlehensgeber sollte einen repräsentativen und zusammenfassenden Tilgungsplan vorlegen, der mindestens folgende Angaben enthalten sollte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - monatliche oder (soweit dies der Fall ist) vierteljährliche Raten für das erste Jahr; - gefolgt von jährlichen Angaben für die gesamte (Rest-)Laufzeit des Darlehens. <p>Der Tilgungsplan sollte auch Angaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu den Tilgungszahlungen, - zu den Zinszahlungen, - zur zu zahlenden Restschuld, - zu den einzelnen Raten sowie - zum Gesamtbetrag enthalten. <p>Es sollte deutlich darauf hingewiesen werden, dass der Tilgungsplan lediglich illustrativ ist und eine Warnung enthalten, falls das angebotene wohnungswirtschaftliche Darlehen veränderlich verzinst wird.]</p>
15. Verpflichtung, das Bank- und Gehaltskonto beim Darlehensgeber zu führen	
16. Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen	Ja/Nein

den Darlehensvertrag zu widerrufen.	
17. Abtretung, Übertragung Forderungen aus dem Darlehensverhältnis können an Dritte, z. B. Inkassounternehmen, abgetreten werden. Der Darlehensgeber kann das Vertragsverhältnis ohne Ihre Zustimmung auf andere Personen übertragen, z. B. bei einer Umstrukturierung des Geschäfts.	Ja/Nein [Eventuell mit Einschränkungen, z. B. nur bei Zahlungsrückstand] Ja/Nein [Eventuell mit Einschränkungen]
18. Zusätzliche Informationen im Fernabsatzgeschäft (falls zutreffend)	
Darlehensvermittler oder Vertreter des Darlehensgebers in dem Mitgliedstaat, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben Anschrift Telefon* E-Mail* Fax* Internet-Adresse* * Freiwillige Angaben des Darlehensgebers.	[Name] [Ladungsfähige Anschrift für Kontakte des Darlehensnehmers]
Eintrag im Handelsregister	[Handelsregister, in das der Darlehensgeber eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung]
Zuständige Aufsichtsbehörde	
Ausübung des Widerrufsrechts	[Praktische Hinweise zur Ausübung des Widerrufsrechts, darunter Angabe der Anschrift, an die die Widerrufserklärung zu senden ist,

	sowie der Folgen bei Nichtausübung dieses Rechts]
Rechtsordnungen, die der Darlehensgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Darlehensvertrags zugrunde legt	
Klauseln über das auf den Darlehensvertrag anwendbare Recht und das zuständige Gericht	[Entsprechende Klauseln hier wiedergeben]
Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in [Angabe der Sprache] vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Darlehensvertrags in [Angabe der Sprache(n)] mit Ihnen Kontakt halten.
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang zu ihnen	[Angabe, ob der Darlehensnehmer Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und gegebenenfalls die Voraussetzungen für diesen Zugang]
Zeitraum, für den der Darlehensgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist	Diese Informationen gelten vom ... bis ...

In allen Fällen, in denen „falls zutreffend“ angegeben ist, muss der Darlehensgeber oder Darlehensvermittler das betreffende Kästchen ausfüllen, wenn die Information für das Darlehen bedeutsam ist, oder die betreffende Information oder gesamte Zeile streichen, wenn die Information für das in Frage kommende Darlehen bedeutungslos ist.

Die Vermerke in eckigen Klammern dienen zur Erläuterung und sind durch die entsprechenden Angaben zu ersetzen.

Anhang 2 zu Artikel 6 Nr. 4**Anlage (zu § 6)****Berechnung des effektiven Jahreszinses**

- I. Grundgleichung zur Darstellung der Gleichheit zwischen Kredit-Auszahlungsbeiträgen einerseits und Rückzahlungen (Tilgung, Zinsen und Kosten) andererseits.

Die nachstehende Gleichung zur Ermittlung des effektiven Jahreszinses drückt auf jährlicher Basis die rechnerische Gleichheit zwischen der Summe der Gegenwartswerte der in Anspruch genommenen Kredit-Auszahlungsbeträge einerseits und der Summe der Gegenwartswerte der Rückzahlungen (Tilgung, Zinsen und Kosten) andererseits aus:

$$\sum_{k=1}^m C_k (1+X)^{-t_k} = \sum_{l=1}^{m'} D_l (1+X)^{-s_l}$$

Hierbei ist

- X der effektive Jahreszins;
- m die laufende Nummer des letzten Kredit-Auszahlungsbetrags;
- k die laufende Nummer eines Kredit-Auszahlungsbetrags, wobei $1 \leq k \leq m$;
- C_k die Höhe des Kredit-Auszahlungsbetrags mit der Nummer k;
- t_k der in Jahren oder Jahresbruchteilen ausgedrückte Zeitraum zwischen der ersten Darlehensvergabe und dem Zeitpunkt der einzelnen nachfolgenden in Anspruch genommenen Kredit-Auszahlungsbeträge, wobei $t_1 = 0$;
- m' die laufende Nummer der letzten Tilgungs-, Zins- oder Kostenzahlung;
- l die laufende Nummer einer Tilgungs-, Zins- oder Kostenzahlung;
- D_l der Betrag einer Tilgungs-, Zins- oder Kostenzahlung;

- s_i der in Jahren oder Jahresbruchteilen ausgedrückte Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme des ersten Kredit-Auszahlungsbetrags und dem Zeitpunkt jeder einzelnen Tilgungs-, Zins- oder Kostenzahlung.

Anmerkungen:

- a) Die von beiden Seiten zu unterschiedlichen Zeitpunkten gezahlten Beträge sind nicht notwendigerweise gleich groß und werden nicht notwendigerweise in gleichen Zeitabständen entrichtet.
- b) Anfangszeitpunkt ist der Tag der Auszahlung des ersten Kreditbetrags.
- c) Der Zeitraum zwischen diesen Zeitpunkten wird in Jahren oder Jahresbruchteilen ausgedrückt. Zugrunde gelegt werden für ein Jahr 365 Tage (bzw. für ein Schaltjahr 366 Tage), 52 Wochen oder zwölf Standardmonate. Ein Standardmonat hat 30,41666 Tage (d. h. $365/12$), unabhängig davon, ob es sich um ein Schaltjahr handelt oder nicht.
- d) Das Rechenergebnis wird auf eine Dezimalstelle genau angegeben. Ist die Ziffer der darauf folgenden Dezimalstelle größer als oder gleich 5, so erhöht sich die Ziffer der ersten Dezimalstelle um den Wert 1.
- e) Mathematisch darstellen lässt sich diese Gleichung durch eine einzige Summation unter Verwendung des Faktors „Ströme“ (A_k), die entweder positiv oder negativ sind, je nachdem, ob sie für Auszahlungen oder für Rückzahlungen innerhalb der Perioden 1 bis k , ausgedrückt in Jahren, stehen:

$$S = \sum_{k=1}^n A_k (1 + X)^{-t_k},$$

dabei ist S der Saldo der Gegenwartswerte aller Ströme, deren Wert gleich Null sein muss, damit die Gleichheit zwischen den Strömen gewahrt bleibt.

- II. Zusätzliche Annahmen für die Berechnung des effektiven Jahreszinses
- a) Kann der Kreditnehmer bestimmen, zu welchem Zeitpunkt er den Kredit in Anspruch nehmen will, gilt der gesamte Kredit als sofort in voller Höhe in Anspruch genommen.
 - b) Sieht der Kreditvertrag verschiedene Arten der Auszahlung mit unterschiedlichen Kosten oder Sollzinssätzen vor, gilt der gesamte Kredit als zu den höchsten Kosten und zum höchsten Sollzinssatz in Anspruch genommen, wie sie für die Art von Geschäften gelten, die bei dieser Kreditvertragsart am häufigsten vorkommt.
 - c) Kann der Kreditnehmer bestimmen, zu welchem Zeitpunkt er den Kredit in Anspruch nehmen will, sind jedoch je nach Art der Inanspruchnahme Beschränkungen in Bezug auf Betrag und Zeitraum vorgesehen, gilt der gesamte Kredit als zu dem frühesten vertraglich möglichen Zeitpunkt mit den entsprechenden Beschränkungen in Anspruch genommen.
 - d) Ist kein Zeitplan für die Tilgung festgelegt worden, ist anzunehmen, dass die Kreditlaufzeit ein Jahr beträgt und der Kredit in zwölf gleichen monatlich wiederkehrenden Raten zurückzuzahlen ist.
 - e) Ist ein Zeitplan für die Tilgung festgelegt worden, kann der Kreditnehmer jedoch die Höhe der einzelnen Tilgungsbeträge selbst bestimmen, ist anzunehmen, dass jeder Tilgungsbetrag dem niedrigsten im Kreditvertrag vorgesehenen Betrag entspricht.
 - f) Sieht der Kreditvertrag mehrere Termine für die Aus- oder Rückzahlung vor, gelten sowohl die Auszahlung als auch die Rückzahlung des Kredits als zu dem jeweils frühesten vertraglich möglichen Zeitpunkt erfolgt.
 - g) Ist keine Kreditobergrenze vereinbart, ist anzunehmen, dass der Betrag des gewährten Kredits 1 500 EUR beträgt.
 - h) Bei Überziehungsmöglichkeiten gilt der gesamte Kredit als in voller Höhe und für die gesamte Laufzeit des Kreditvertrags in Anspruch genommen; ist die Laufzeit des Kreditvertrags nicht bestimmt, ist sie mit drei Monaten anzunehmen.
 - i) Werden für einen begrenzten Zeitraum oder Betrag verschiedene Zinssätze und Kosten angeboten, so werden während der gesamten Laufzeit des

Kreditvertrags als Zinssatz der höchste Zinssatz und als Kosten die höchsten Kosten angenommen.

- j) Bei Verträgen, bei denen die Sollzinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und nach deren Ende ein neuer, veränderlicher Sollzinssatz vereinbart wird, der in regelmäßigen Abständen nach einem vereinbarten Index oder Referenzzinssatz angepasst wird, wird angenommen, dass der Sollzinssatz nach Ablauf der Sollzinsbindung dem Sollzinssatz entspricht, der sich aus dem Wert des vereinbarten Indexes oder Referenzzinssatzes zum Zeitpunkt der Berechnung des effektiven Jahreszinses ergibt.

Beschlüsse des 6. Ausschusses: u n v e r ä n d e r t

Anhang 3 zu Artikel 10 Nr. 4

Anlage (zu § 8 Abs. 5 Satz 1)

Muster
für die Widerrufsbelehrung

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von [14] ¹ Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie den Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Abs. 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben ². Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: ³

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz, und wir erstatten Ihnen den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Teil der Prämien, wenn Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor dem Ende der Widerrufsfrist beginnt. Den Teil der Prämie, der auf die Zeit bis zum Zugang des Widerrufs entfällt, dürfen wir in diesem Fall einbehalten; dabei handelt es sich um [einen Betrag in Höhe von ...] ⁴. ⁵ Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben sind.

Besondere Hinweise

Ihr Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf Ihren ausdrücklichen Wunsch sowohl von Ihnen als auch von uns vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

(Ort), (Datum), (Unterschrift des Versicherungsnehmers) ⁶

Gestaltungshinweise:

- 1 Für die Lebensversicherung lautet der Klammerzusatz: „30“.
- 2 Bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312e Abs. 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) ist vor dem Punkt am Satzende Folgendes einzufügen: „, jedoch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit Artikel 246 § 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche“.
- 3 Hier sind einzusetzen: Name/Firma und ladungsfähige Anschrift des Widerrufsadressaten. Zusätzlich können angegeben werden: Telefaxnummer, E-Mail-Adresse und/oder, wenn der Versicherungsnehmer eine Bestätigung seiner Widerrufserklärung an den Versicherer erhält, auch eine Internet-Adresse.
- 4 Der Betrag kann auch in anderen Unterlagen, z. B. im Antrag, ausgewiesen sein; dann lautet der Klammerzusatz je nach Ausgestaltung: „den im Antrag/im ... auf Seite .../unter Ziffer ... ausgewiesenen Betrag“.
- 5 Bei der Lebensversicherung ist ggf. folgender Satz einzufügen: „Den Rückkaufswert einschließlich der Überschussanteile nach § 169 des Versicherungsvertragsgesetzes zahlen wir Ihnen aus.“
- 6 Ort, Datum und Unterschriftsleiste können entfallen. In diesem Falle sind diese Angaben entweder durch die Wörter „Ende der Widerrufsbelehrung“ oder durch die Wörter „Ihr(e) [einsetzen: Firma des Versicherers]“ zu ersetzen.“

Beschlüsse des 6. Ausschusses: u n v e r ä n d e r t

Bericht der Abgeordneten Marco Wanderwitz, Dirk Manzewski, Mechthild Dyckmans, Wolfgang Neskovic und Jerzy Montag

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/11643** in seiner 205. Sitzung am 12. Februar 2009 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/11643 in seiner 136. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 16/11643 in seiner 110. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme in geänderter Fassung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/11643 in seiner 126. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und beschlossen, hierzu eine öffentliche Anhörung durchzuführen die am 23. März 2009 stattgefunden hat (131. Sitzung). An der Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Dr. Markus Escher	Rechtsanwalt, GSK Stockmann & Kollegen, München
Carsten Föhlisch	Rechtsanwalt, Justiziar der Trusted Shops GmbH, Köln
Brigitte Kamphausen	Vorsitzende Richterin am Landgericht Duisburg; Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Berlin
Prof. Dr. Udo Reifner	Institut für Finanzdienstleistungen (iff) e. V., Hamburg
Prof. Dr. Jan Schürnbrand	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Dr. Rainer A. Siedler	Rechtsanwalt, Zentraler Kreditausschuss, Berlin
Prof. Dr. Axel A. Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

Dr. Axel Wehling

Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin

Prof. Dr. Reinhard Welter

Universität Leipzig, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht

Manfred Westphal

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen, Berlin.

Hinsichtlich der Ergebnisse der Anhörung wird auf das Protokoll der 131. Sitzung des Rechtsausschusses vom 23. März 2009 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Der **Rechtsausschuss** hat die Beratung der Vorlage auf Drucksache 16/11643 in seiner 146. Sitzung am 17. Juni 2009 vertagt. In seiner 148. Sitzung am 1. Juli 2009 hat er den Gesetzentwurf abschließend beraten. Dem Rechtsausschuss lag bei seinen Beratungen eine Petition vor.

Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Ferner hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 16(6)336 anzunehmen.

Die Fraktion der FDP stellte folgenden Entschließungsantrag:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie. Als eine der ersten Richtlinien im Bereich des Verbrauchervertragsrechts folgte die Verbraucherkreditrichtlinie dem Prinzip der Maximalharmonisierung. Der dem nationalen Gesetzgeber verbleibende Gestaltungsspielraum ist daher denkbar gering. Er hat die Richtlinie 1:1 umzusetzen und darf das vorgeschriebene Schutzniveau weder über- noch unterschreiten. Insgesamt ist die Umsetzung passabel gelungen. Gleichwohl gibt es Bereiche, in denen gesetzgeberischer Korrekturbedarf besteht. Im Einzelnen:

a) Die Verbraucherkreditrichtlinie sieht in Art. 16 vor, dass ein Verbraucher jederzeit seine Verbindlichkeiten ganz oder teilweise tilgen darf. Im Gegenzug kann der Kreditgeber eine Entschädigung verlangen, wenn die vorzeitige Rückzahlung in einen Zeitraum fällt, für den ein fester Sollzinssatz vereinbart wurde. Beträgt der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung mindestens ein Jahr, darf die Vorfalligkeitsentschädigung ein Prozent des vorzeitig

zurückgezahlten Betrages nicht überschreiten, anderenfalls sogar nur 0,5 Prozent des zurückgezahlten Betrages. Allerdings gibt die Richtlinie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, eine volle Entschädigung vorzusehen. Hiervon macht der Regierungsentwurf keinen Gebrauch. Das ist zu kritisieren. Die Folge ist eine Ungleichbehandlung von Immobiliendarlehen, für die die Richtlinie nicht gilt, und Verbraucherkrediten. Eine solche Ungleichbehandlung ist in der Sache nicht gerechtfertigt, zumal bei Verbraucherkrediten anders als bei Immobiliarloans auf Seiten des Darlehensnehmers nicht einmal „berechtigtes Interesse“ (§ 490 Abs. 1 BGB) vorliegen muss, welches die vorzeitige Vertragsbeendigung rechtfertigt. Die Deckelung der Vorfälligkeitsentschädigung wird bei den Kreditinstituten zu Ausfällen führen, die letztlich von allen Kunden mit der Folge zu tragen sein werden, dass sich Verbraucherkredite verteuern werden. Die ist eine Privilegierung einzelner Bankkunden, die der Sache nach nicht geboten ist, da bei Vertragsabschluss ohnehin über die Konsequenzen einer vorzeitigen Rückzahlung aufzuklären ist.

b) Ebenfalls zu kritisieren sind die im Regierungsentwurf vorgesehenen Sanktionen für den Fall einer unzureichenden Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB-E) sowie im Falle eines Verstoßes gegen Informationspflichten im Zusammenhang mit einer geduldeten Überziehung (§ 505 Abs. 3 BGB-E). Im ersten Fall entfällt der Anspruch auf Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung vollständig. Im zweiten Fall soll das Kreditinstitut über die Rückzahlung des Darlehens hinaus Zinsen und Kosten nicht verlangen dürfen. Das geht zu weit und fügt sich nicht in das Sanktionssystem des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Allgemeinen und des Verbraucherkreditrechts im Besonderen ein. Das gilt umso mehr, als derzeit beispielsweise noch völlig offen ist, welche Anforderungen die Gerichte an die Erläuterung der Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung stellen werden. In beiden Fällen wäre eine Reduktion, nicht aber ein vollständiger Wegfall des Gegenleistungsinteresses der Kreditinstitute sachgerecht gewesen. Auch hier wird die Privilegierung Einzelner letztlich zu Lasten der Gesamtheit der Verbraucher gehen.

c) Der Deutsche Bundestag begrüßt das Anliegen des Regierungsentwurfs, im Zuge der Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht Rechtssicherheit dadurch zu schaffen, dass gesetzliche Muster zur Verfügung gestellt werden, bei deren Verwendung die Informationspflicht als erfüllt gilt (§ 360 Abs. 3 Satz 1 BGB-E). Die Bundesregierung hat damit eine Initiative der FDP-Bundestagsfraktion (vgl. Antrag „Rechtssicherheit schaffen – Musterwiderrufsbelehrung für Verbraucherverträge überarbeiten“ – Bundestagsdrucksache 16/4452) aufgegriffen, was ausdrücklich anerkannt wird. Der Deutsche Bundestag hält die Schaffung eines entsprechenden Musters auch für den Verbraucherkreditvertrag für wünschenswert und bedauert die fehlende Bereitschaft der Bundesregierung, dem rechtspolitischen Bedürfnis nach einem gesetzlichen Muster auch im Verbraucherkreditrecht im Regierungsentwurf selbst Rechnung zu tragen.

d) Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass es bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses für die von der Verbraucherkreditrichtlinien nicht erfassten Immobiliendarlehen bei der geltenden Rechtslage bleiben soll, wonach Kosten für

Sicherheiten nicht einzubeziehen sind. Dies begegnet der Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Europäische Kommission bereits mit dem Regelungsbedarf bei Hypothekendarlehen befasst und zu erwartenden europäischen Regelungen nicht vorgegriffen werden sollte. Die von der Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrats geäußerten Bedenken, dass der effektive Jahreszins dann seiner Funktion als „Preis“ nicht mehr gerecht werde und den Vergleich grundpfandrechtlich und anderweitig gesicherter Angebote nicht mehr uneingeschränkt ermögliche, treten dahinter zurück. Dieses Argument überzeugt nicht, weil grundpfandrechtlich und anderweitig gesicherte Kredite regelmäßig nicht als alternative Finanzierungsform in Betracht kommen.

2. Mit der Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie wird es erstmals sowohl für inländische als auch für grenzüberschreitende Zahlungsverfahren einheitliche Regelungen geben.

a) Grundsätzlich zu begrüßen ist der für den 1. November 2009 geplante Start der SEPA-Lastschrift, die – anders als das deutsche Einzugsermächtigungslastschriftverfahren – auch grenzüberschreitend eingesetzt werden kann. Noch ist offen, auf welche Akzeptanz die SEPA-Lastschrift am Markt und bei den Verbrauchern stoßen wird. Um nicht in jedem Einzelfall ein neues SEPA-Mandat einholen zu müssen, liegt es nahe, eine gesetzliche Umstellungs erleichterung vorzusehen. Der Deutsche Bundestag hält es daher für geboten, kurzfristig den Fortschritt der Einführung der SEPA-Lastschrift zu untersuchen und über die Frage der Notwendigkeit einer gesetzlichen Umstellungshilfe zu entscheiden, nachdem die Bundesregierung hierzu im Gesetzgebungsverfahren nicht bereit war.

b) Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass mit der Streichung von § 675 f Abs. 5 BGB-E die Option genutzt wird, die Art. 52 Abs. 3 Satz 2 der Zahlungsdiensterichtlinie den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Erhebung von Zusatzentgelten für die Nutzung bestimmter Zahlungsauthentifizierungsinstrumente („Surcharging“) einräumt. Er ist der Auffassung, dass der Zahlungsdienstleister – wie es auch der derzeitigen Rechtslage entspricht – weiterhin grundsätzlich das Recht haben soll, dem Händler (Zahlungsempfänger) die Erhebung von Zusatzentgelten vertraglich zu untersagen und die diesbezüglich bestehende Vertragsfreiheit insoweit fortbestehen soll. Mit der Ausübung der Option wird der Wettbewerb und die Nutzung effizienter Zahlungsauthentifizierungsinstrumente gefördert. Im Falle der Freigabe von Zusatzentgelten bestünde die Gefahr, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr zu Gunsten der – für den Zahlungsempfänger ebenso mit Kosten verbunden – Bargeldzahlung zurückgedrängt werden könnte. Gerade die Nutzung von Kreditkarten könnte hierdurch für Verbraucher unattraktiv werden.

3. Die Verbraucherkreditrichtlinie ist dem Konzept der Maximalharmonisierung verpflichtet. Dieser Weg soll nach dem Willen der Kommission fortgesetzt werden. Das zeigt beispielsweise der Vorschlag der Kommission vom 8. Oktober 2008 betreffend eine Richtlinie über Rechte der Verbraucher (KOM (2008) 614), mit der zentrale Bereiche des Verbraucherschutzes neu geordnet werden sollen (zu den Einzelheiten vgl. zur Vermeidung von Wiederholungen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Vorschlag für eine Richtlinie des

Europäischen Parlaments und des Rats über Rechte der Verbraucher“ auf BT-Drs. 16/12327). Ohne die Vorteile einer Maximalharmonisierung grundsätzlich in Abrede stellen zu wollen, haben doch der Gesetzgebungsprozess wie auch die endgültig verabschiedete Verbraucherkreditrichtlinie gezeigt, dass hier weiterer Erörterungs- und Reflektionsbedarf besteht. Namentlich betrifft dies erstens die Frage, welche Auswirkungen der Vollharmonisierungsansatz auf die politisch erreichbare Mindestharmonisierung hat. Bei der Vollharmonisierung müssen die Mitgliedstaaten die europäischen Vorgaben 1:1 umsetzen. Das befördert die Tendenz, den Anwendungsbereich einer Richtlinie einzuschränken, um in den ausgeklammerten Bereichen den eigenen Stand der Gesetzgebung halten zu können. Die Folge kann ein niedrigeres Niveau der Rechtsangleichung sein, als es im Falle einer Mindestharmonisierung vielleicht politisch erreichbar gewesen wäre. Das betrifft zweitens den Umstand, dass mangels nationaler Korrekturmöglichkeiten Änderungen – auch solche, die nur von nationaler Bedeutung sind – nur auf europäischer Ebene möglich sind. Und das betrifft schließlich die verbindlich nur vom EuGH zu klärende Frage, wie weit der verbleibende Gestaltungsspielraum des nationalen Gesetzgebers reicht, inwieweit die Richtlinie also abschließend ist. Hier drohen Rechtsunsicherheit und Staatshaftung wegen fehlender oder falscher Richtlinienumsetzung. Diese Aspekte gilt es bei anstehenden Richtlinienvorhaben zu berücksichtigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. zu Beginn der 17. Legislaturperiode einen Gesetzentwurf mit einem Muster für eine Information über das Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen mit Gesetzhilfsfiktion in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen;
2. zu untersuchen, zu welchen Mehrkosten die Deckelung der Vorfälligkeitsentschädigung für die Gesamtheit der Verbraucherkreditkunden führt;
3. zu untersuchen, zu welchen Mehrkosten die Sanktionen in § 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB-E und in § 505 Abs. 3 BGB-E für die Gesamtheit der Verbraucherkreditkunden führen;
4. kurzfristig eine Untersuchung zum Fortschritt der Einführung der SEPA-Lastschrift auf dem deutschen Markt im Hinblick auf verbleibenden Bedarf nach einer gesetzlichen Umstellungshilfe durchzuführen;
5. die Erfahrungen mit dem Prinzip der Maximalharmonisierung bei der laufenden Diskussion der „Richtlinie über die Rechte der Verbraucher“ zu berücksichtigen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

1. Allgemeines

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss beschlossenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Soweit der Ausschuss den Gesetzentwurf unverändert übernommen hat, wird hin-

sichtlich der jeweiligen Begründung auf Drucksache 16/11643 verwiesen. Bezüglich der Stellungnahme des Bundesrates und der darauf beruhenden Änderungen wird ergänzend auf die Ausführungen in derselben Drucksache verwiesen. Die vorgeschlagenen Änderungen werden wie folgt begründet:

2. Im Einzelnen

Zu Artikel 1 (Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Redaktionelle Folgeänderung im Inhaltsverzeichnis zu den Änderungen in den Nummern 10 bis 12a; Zusammenfassung der Regelungen zum Anwendungsbereich der §§ 358, 358a und 359 BGB in einem neuen § 359a BGB.

Zu den Nummern 10 bis 12a (§§ 358, 358a, 359 und 359a – neu –)

Gemäß dem Vorschlag des Bundesrates (Nummer 2 der Stellungnahme), dem die Bundesregierung zugestimmt hat, sollen die Regelungen zum Anwendungsbereich der §§ 358, 358a und 359 BGB ohne Inhaltsänderung in einem neuen § 359a BGB zusammenfasst werden.

Zu Nummer 25 (§ 495)

Redaktionelle Folgeänderung zu den Änderungen in den Nummern 10 bis 12a; aufgrund der Zusammenfassung der Regelungen zum Anwendungsbereich der §§ 358, 358a und 359 BGB in einem neuen § 359a BGB ist der Verweis in § 495 Absatz 2 auf § 359a zu erstrecken.

Zu Nummer 27 (§ 497)

Der neue Buchstabe c enthält eine nachzuholende redaktionelle Folgeänderung zu Änderungsbefehl Nummer 16 (Änderung des § 488). Im Gelddarlehensbereich soll einheitlich von „Rückzahlung“ anstelle von „Rückerstattung“ gesprochen werden. Aufgrund der Einfügung eines neuen Buchstaben c wird der alte Buchstabe c nunmehr Buchstabe d.

Zu Nummer 29 (§ 504)

Die Änderung des Einleitungssatzes zu Absatz 2 beruht auf einem Vorschlag des Bundesrates (Nummer 13 der Stellungnahme), dem die Bundesregierung zugestimmt hat, und dient der sprachlichen Verbesserung.

Zu Nummer 30 (§ 506)

Redaktionelle Folgeänderung zu den Änderungen in den Nummern 10 bis 12a; aufgrund der Zusammenfassung der Regelungen zum Anwendungsbereich der §§ 358, 358a und 359 BGB in einem neuen § 359a BGB ist der Verweis in § 506 Absatz 1 auf § 359a zu erstrecken.

Zu Nummer 32 (§ 507)

Die Änderung in Absatz 2 dient der Umsetzung des Vorschlags des Bundesrates (Nummer 15 der Stellungnahme), dem die Bundesregierung zugestimmt hat. Wie in der

Parallelvorschrift für Darlehensverträge (§ 494 Absatz 1 BGB) soll auch bei Teilzahlungsverträgen ein Verstoß gegen Artikel 247 §§ 7 und 8 EGBGB-E nicht zur Nichtigkeit des Vertrages, sondern lediglich dazu führen, dass der Unternehmer die dort genannten Ansprüche nicht geltend machen kann. Dem Verbraucher entsteht dadurch kein Nachteil, so dass es der Anordnung der Nichtigkeit nicht bedarf.

Die Änderung in Absatz 3 enthält die Korrektur einer sprachlichen Unrichtigkeit.

Zu Nummer 39 (§ 655a)

Die Änderung in Absatz 1 dient der Ausweitung des § 655a Absatz 1 BGB auf alle Darlehensvermittler, die nicht unentgeltlich handeln. Im Regierungsentwurf wird nur darauf abgestellt, ob die Vermittler ihr Entgelt vom Verbraucher erhalten. Nach Artikel 3 Buchstabe f der Verbraucherkreditrichtlinie kommt es für die Begründung der Pflichten des Darlehensvermittlers nicht darauf an, dass dieser das Entgelt vom Verbraucher erhält, sondern ausschließlich darauf, dass er gegen Entgelt handelt. Mit der Änderung wird auch verhindert, dass Darlehensvermittler die §§ 655a ff. BGB dadurch umgehen, dass sie ihr Entgelt ausschließlich von den Darlehensgebern verlangen. Diese Umgehungsmöglichkeit steht einem effektiven Verbraucherschutz entgegen.

In der Sachverständigenanhörung wurde weitergehend gefordert, alle Vermittler, die nicht der Ausnahme des § 655a Absatz 2 Satz 3 BGB-E unterfallen, zu erfassen. Eine solche Erstreckung bedarf allerdings vertiefter Prüfung und gehört nicht in den Zusammenhang der Richtlinien-Umsetzung. Der Ausschuss schlägt daher vor, die Bundesregierung um Prüfung der Frage zu bitten, ob eine Erstreckung der Vorschrift auf alle Vermittler von Finanzdienstleistungen sachgerecht erscheint.

Zu Nummer 40 (§ 655b)

Mit der Streichung des Verweises auf Artikel 247 § 13 Absatz 1 EGBGB in Absatz 2 wird ein Redaktionsversehen berichtigt. Denn Artikel 247 § 13 Absatz 1 EGBGB setzt die den Darlehensgeber treffenden vorvertraglichen und vertraglichen Verpflichtungen aus Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b, 6 Absatz 1 Buchstabe b und 10 Absatz 2 Buchstabe b der Verbraucherkreditrichtlinie bezüglich des Darlehensvertrags und nicht bezüglich des Darlehensvermittlungsvertrags um. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen kann keinen Einfluss auf die Wirksamkeit des Darlehensvermittlungsvertrags haben. Es verbleibt daher nur der Verweis auf Artikel 247 § 13 Absatz 2 EGBGB, mit dem Artikel 21 der Verbraucherkreditrichtlinie umgesetzt wird.

Zu Nummer 47 (§ 675e)

Entsprechend dem Vorschlag des Bundesrates (Nummer 17 der Stellungnahme), dem die Bundesregierung zugestimmt hat, soll auch die Vorschrift über die Haftung des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers für die fehlerhafte oder nicht erfolgte Ausführung eines Zahlungsauftrags (§ 675y Absatz 2 BGB-E) bei Drittstaatensachverhalten im Sinne des § 675d Absatz 1 Satz 2 BGB-E nicht anwendbar sein. Hierfür sprechen, wie für die Nichtanwendbarkeit der entsprechenden Haftungsvorschrift für den Zahlungsdienstleister des Zahlers (§ 675y Absatz 1 BGB-E), die regelmäßig

fehlenden Regressmöglichkeiten gegenüber Zahlungsdienstleistern in Drittstaaten.

Zu Nummer 47 (§ 675f)

Mit der Streichung in Absatz 5 schlägt der Ausschuss vor, die Option, die Artikel 52 Absatz 3 Satz 2 der Zahlungsdiensterichtlinie den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Erhebung von Zusatzentgelten für die Nutzung bestimmter Zahlungsauthentifizierungsinstrumente („Surcharging“) einräumt, zu nutzen. Er ist der Auffassung, dass der Zahlungsdienstleister – wie es auch der derzeitigen Rechtslage entspricht – weiterhin grundsätzlich das Recht haben soll, dem Händler (Zahlungsempfänger) die Erhebung von Zusatzentgelten vertraglich zu untersagen. Die diesbezüglich bestehende Vertragsfreiheit soll insoweit fortbestehen. Der Ausschuss hält es dagegen nicht für erforderlich, Zahlungsempfängern, wie von der Richtlinie als Grundfall der Optionsausübung vorgesehen, die Erhebung von Zusatzentgelten gesetzlich zu untersagen. Mit der Ausübung der Option sollen der Wettbewerb und die Nutzung effizienter Zahlungsauthentifizierungsinstrumente gefördert werden. Im Falle der Freigabe von Zusatzentgelten bestünde nämlich die Gefahr, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr zu Gunsten der – für den Zahlungsempfänger ebenso mit Kosten verbundenen – Bargeldzahlung zurückgedrängt werden könnte. Gerade die Nutzung von Kreditkarten könnte für Verbraucher unattraktiv werden.

Zu Nummer 47 (§ 675k)

Redaktionelle Änderung. Streichung soll wegen unnötiger Doppelung erfolgen. Die Aussage, dass bei einer Unterrichtung über die Sperrung eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes die für die Sperrung maßgeblichen Gründe anzugeben sind, ist bereits in Satz 3 enthalten.

Zu Nummer 47 (§ 675v)

Der Änderungsvorschlag beruht auf einer Prüfbitte des Bundesrates (Nummer 20 der Stellungnahme), zu der die Bundesregierung mitgeteilt hat, es erscheine sachgerecht, auch die Fälle des sonstigen Abhandenkommens, also den Besitzverlust ohne den Willen des Inhabers eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes, denen des Verlusts und Diebstahls gleichzustellen. Dieser Auffassung schließt sich der Ausschuss an. Anderenfalls bestünde beispielsweise zwar im Falle eines Diebstahls eine Pflicht des Zahlers zur Schadensbeteiligung, nicht aber im Falle des Raubes. Aber auch in solchen Fällen muss ein Anreiz des Inhabers bestehen, den Verlust zügig anzuzeigen, um Schäden zu vermeiden. Eine solche Auslegung erscheint richtlinienkonform, da die Richtlinienformulierung „gestohlen oder verlorengegangen“ nicht unter Zugrundelegung deutscher Rechtsterminologie eng zu verstehen ist. Die Neuformulierung wird daher nicht gegen das Prinzip einer Vollharmonisierung (Artikel 86) verstoßen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche)

Zu Nummer 1 (Artikel 29a)

Die Nummer 1 muss entfallen, weil der damit zu ändernde Artikel 29a durch das Gesetz zur Anpassung der Vorschrift

ten des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EG) 593/2008, das der Deutsche Bundestag am 26. März 2009 beschlossen hat und zu dem der Bundesrat am 15. Mai 2009 einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht gestellt hat, durch einen neuen Artikel 46b ersetzt wird. Artikel 46b Absatz 5 Nummer 6 enthält bereits die hier vorgesehene Regelung. Dass das Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EG) 593/2008 bereits zum 17. Dezember 2009 und damit zeitlich vor den Umsetzungsvorschriften zur Verbraucher-Kreditrichtlinie in Kraft treten soll, ist unschädlich, da die Vorschrift des Artikels 46b Absatz 4 Nummer 6 bis zum Inkrafttreten der Umsetzungsvorschriften ins Leere geht.

Zu den Nummern 2 und 2a (Artikel 229 § [22] – neu)

Die Änderung bei der (vorläufigen) Zählung beruht darauf, dass ein § 20 voraussichtlich im Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts, das am 14. Mai 2009 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde (vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses in Drucksache 16/13027) und das am 1. September 2009 in Kraft treten soll, enthalten sein wird. Ein § 21 ist im Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Grundbuchverfahren sowie zur Änderung weiterer grundbuch-, register- und kostenrechtlicher Vorschriften (ERVGBG) – Drucksache 16/12319 – enthalten. Auch dieses Gesetz wird voraussichtlich vor dem 31. Oktober 2009 in Kraft treten.

Entsprechend einer Prüfbitte des Bundesrates (Nummer 32 der Stellungnahme) und der vorherrschenden Auffassung der Sachverständigen in der Sachverständigenanhörung hält es auch der Ausschuss für sachgerecht, die durch die Verbraucher-Kreditrichtlinie veranlassten Änderungen erst zum Ablauf der Umsetzungsfrist, also am 11. Juni 2010 (zu diesem Datum vgl. die Erläuterung zu Artikel 11 Absatz 1) in Kraft treten zu lassen. Tatsächlich erfordern die vorgesehenen Neuregelungen zum Verbraucher-Kreditrecht im Bankenbereich erhebliche Anpassungen, für die bei dem im Regierungsentwurf geplanten vorzeitigen Inkrafttreten nur noch wenige Monate zur Verfügung stünden. Hinzu kommt, dass der Ausschuss es für sachgerecht hält, ein Muster für eine Information über das Widerrufsrecht bei Verbraucher-Kreditverträgen mit Gesetzlichkeitsfiktion vorzusehen, und die Bundesregierung auffordert, zu Beginn der 17. Legislaturperiode einen Gesetzentwurf mit einem solchen Muster einzubringen. Auch damit dieses Muster rechtzeitig zum Inkrafttreten der Umsetzungsvorschriften vorliegen kann, muss die Umsetzungsfrist ausgenutzt werden. Da die Vorschriften des Allgemeinen Schuldrechts eng mit den Vorschriften zum Verbraucher-Kreditrecht zusammenhängen, sollen diese gemeinsam zu dem späteren Zeitpunkt in Kraft treten. Zum ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt sollen daher nur die zivilrechtlichen Vorschriften zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft treten.

Dies erfordert eine Aufspaltung der in § 22 – neu – des Entwurfs vorgesehenen Übergangsregelungen. Derjenige Teil, der sich auf die Umsetzung der zivilrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie bezieht, muss bereits am 31. Oktober 2009 in Kraft treten (Änderungsbefehl Nummer 2 – neu). Der weitere Teil des § 22 – neu –, der die Vorschriften zum Allgemeinen Schuldrecht und zur Um-

setzung der Verbraucher-Kreditrichtlinie betrifft, wird zu dem vorgesehenen späteren Zeitpunkt ergänzt (Änderungsbefehl Nummer 2a).

Die Übergangsvorschriften zu den auf Altfälle anwendbaren Vorschriften zur Umsetzung der Verbraucher-Kreditrichtlinie (Änderungsbefehl Nummer 2a, § 22 Absatz 3 – neu –) wurden gegenüber dem § 22 Absatz 2 – neu – des Regierungsentwurfs umformuliert, um dem Vorschlag des Bundesrates (Nummer 22 der Stellungnahme) und der Forderung der Kreditwirtschaft zur Klarstellung, dass für bestehende Schuldverhältnisse keine vorvertraglichen Informationspflichten nachgeholt werden müssen, nachzukommen. Der Verweis wird auf § 504 Absatz 1 BGB-E und § 505 Absatz 2 BGB-E beschränkt und es wird klargestellt, dass § 505 Absatz 1 BGB-E insoweit nur in Ansehung der Mitteilungen nach Vertragsschluss anwendbar ist.

Zu Nummer 6 (Artikel 246 und 247)

Mit Nummer 6 werden abweichend vom Regierungsentwurf nur die Artikel 246 und 247 und nicht auch der Artikel 248 angefügt. Dies beruht auf dem vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttreten (vgl. oben zu Nummern 2 und 2a). Artikel 246 und 247 betreffen die EGBGB-Vorschriften zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucher-Kreditrecht und sollen gemäß Artikel 11 Absatz 1 – neu – am 11. Juni 2010 in Kraft treten. Artikel 248 betrifft die EGBGB-Vorschriften zum Zahlungsdienstrecht und soll gemäß Artikel 11 Absatz 2 – neu – i. V. m. der neuen Nummer 6a am 31. Oktober 2009 in Kraft treten.

Zu Nummer 6 (Artikel 247 § 6)

Der Änderungsvorschlag dient der Klarstellung, dass die genannten Vertragsangaben nur bei einem Widerrufsrecht nach § 495 BGB-E vorgeschrieben sind. Sollte ein Widerrufsrecht aus einem anderen Grunde bestehen, so werden diese Vertragsangaben hingegen nicht gefordert, vielmehr sind die Vorgaben für das andere Widerrufsrecht maßgeblich.

Zu Nummer 6 (Artikel 247 § 11)

Die Ergänzung der vorvertraglichen Angaben bei Umschuldungskrediten um Angaben zu den Kosten (§ 3 Nummer 10) schlägt der Ausschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Sachverständigenanhörung vor, in der die Umschuldungskredite auch unter dem Gesichtspunkt der fehlenden Kostentransparenz diskutiert wurden. Die vorgeschlagene Pflicht des Darlehensgebers zur vorvertraglichen Angabe der Kosten auch bei Umschuldungen erscheint mit der Verbraucher-Kreditrichtlinie vereinbar. Der Regierungsentwurf sieht vor, dass bei Umschuldungen die Kosten vorvertraglich nicht anzugeben sind. Dies beruht auf Artikel 6 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe k der Verbraucher-Kreditrichtlinie, wonach die Kosten ab Vertragsabschluss vorvertraglich nur bei Überziehungsmöglichkeiten anzugeben sind. Andererseits sieht aber Artikel 6 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe e a. E. der Verbraucher-Kreditrichtlinie eine weitere Kostenangabepflicht vor. Unabhängig vom Verhältnis des Buchstaben e zum Buchstaben k erscheint es jedenfalls im Interesse der Transparenz sinnvoll und unter Stützung auf Buchstabe e auch richtlinienkonform, bei Umschuldungen die Angabe der Kosten zu verlangen. Im Vertrag selbst soll die Angabe dieser Kosten allerdings nicht verlangt werden, weil in-

soweit die vergleichbare Kostenregelung des Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe k durch Artikel 2 Absatz 6 der Verbraucherkreditrichtlinie bei Ausübung der Option nicht vorgesehen ist.

Zu Nummer 6 (Artikel 247 § 12)

Die Änderung des Absatzes 1 dient der redaktionellen Klarstellung. Die Bezugnahme auf „verbundene Geschäfte“ würde nur die in § 358 Absatz 3 BGB genannten Geschäfte erfassen. Verbundene Geschäfte im Sinne des Artikel 3 Buchstabe n der Verbraucherkreditrichtlinie, bei denen die in den Nummern 1 und 2 genannten Angaben gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e, Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe e und Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe q i. V. m. Artikel 15 erforderlich sind, sind darüber hinaus aber auch die in § 359a Absatz 1 genannten Geschäfte. Die Angabe des Regierungsentwurfs ist entsprechend zu konkretisieren. Für Verträge über Zusatzleistungen nach § 359a Absatz 2 BGB sind entsprechende Angaben nicht vorzusehen. Zwar ist der Verbraucher gemäß Artikel 14 Absatz 4 der Verbraucherkreditrichtlinie in den Fällen des § 359a Absatz 2 BGB nicht mehr an den Vertrag über die Zusatzleistung gebunden, wenn er den Darlehensvertrag widerruft (Rechtsfolge des § 358 Absatz 2 BGB, auf den in § 359a Absatz 2 BGB verwiesen wird). Einen entsprechenden Hinweis im Vertrag schreibt Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe p der Verbraucherkreditrichtlinie aber nicht vor.

Nach Auffassung des Ausschusses sollten auch die Informationen nach Buchstabe b von einem von der Bundesregierung zu Beginn der nächsten Legislaturperiode vorzulegenden Muster für die Widerrufsinformation erfasst sein.

Zu Nummer 6 (Artikel 247 § 13)

Die Streichung des Wortes „auch“ in Absatz 2 Nummer 2 ist eine redaktionelle Folgeänderung zu dem Vorschlag des Ausschusses, § 655a Absatz 1 BGB-E auf alle Darlehensvermittler zu erstrecken, die nicht unentgeltlich handeln (vgl. oben zu Artikel 1 Nummer 39). Darüber hinaus wird mit der Einfügung der Wörter „sowie gegebenenfalls dessen Höhe“ die Bereinigung eines Redaktionsversehens vorgeschlagen. Bislang ist gemäß § 655b Absatz 1 Satz 2 zweiter Halbsatz BGB der Verbraucher nicht nur über die Tatsache der Vergütung durch den Darlehensgeber, sondern auch über die Höhe dieser Vergütung zu unterrichten. Aus der Begründung ergibt sich, dass hiervon nicht abgewichen werden sollte.

Zu Nummer 6a (Artikel 248)

Mit der neuen Nummer 6a wird i. V. m. Artikel 11 Absatz 2 – neu – erreicht, dass Artikel 248, der die EGBGB-Vorschriften zum Zahlungsdienstrecht betrifft, am 31. Oktober 2009 in Kraft tritt, während die Artikel 246 und 247, die die EGBGB-Vorschriften zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucherkreditrecht betreffen, wegen des vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttretens (vgl. oben zu den Nummern 2 und 2a) gemäß Artikel 11 Absatz 1 – neu – i. V. m. Nummer 6 erst am 11. Juni 2010 in Kraft treten sollen.

Zu den Nummern 6a und 6b (Artikel 248 § 1)

Artikel 248 § 1 wird mit Nummer 6a für die Zeit vom 31. Oktober 2009 bis zum 11. Juni 2010 dahingehend geändert, dass im Zusammenhang mit Zahlungsdienstverträgen im Fernabsatz nicht auf den dann noch nicht in Kraft getretenen Artikel 246, sondern auf die aufgrund des gespaltenen Inkrafttretens noch fortgeltende BGB-Informationspflichten-Verordnung Bezug genommen wird. Darüber hinaus wird konkretisiert, welche Informationspflichten des Fernabsatzrechts durch welche des Zahlungsdienstrechts ersetzt werden. Mit der neuen Nummer 6b wird § 1 dann für die Zeit ab dem 11. Juni 2010 dahingehend geändert, dass der für die Übergangszeit vorzusehende Verweis auf die BGB-Informationspflichten-Verordnung durch einen Verweis auf die entsprechenden Regelungen in Artikel 246 ersetzt wird.

Zu Artikel 3 (Änderung des Unterlassungsklagengesetzes)

Im Einleitungssatz wurde der Hinweis zur letzten Änderung des Unterlassungsklagengesetzes aktualisiert.

Zu Nummer 5 (§ 14)

Die Änderungen beruhen auf dem vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttreten der Vorschriften zu den Zahlungsdiensten einerseits und denen zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucherkreditrecht andererseits. Buchstabe b enthält die ab dem 31. Oktober 2009 geltende Fassung (vgl. Artikel 11 Absatz 2) des § 14 Absatz 1. Diese enthält abweichend vom Regierungsentwurf neben den Streitigkeiten aus der Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen lediglich die Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675c bis 676c BGB-E.

Mit der neuen Nummer c erfolgt die Ergänzung um die Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 491 bis 509 BGB-E zum 11. Juni 2010 (Artikel 11 Absatz 1). Abweichend vom Regierungsentwurf wird dabei nicht mehr auf § 510 BGB Bezug genommen. Ratenlieferungsverträge gemäß § 510 BGB, die nicht der Verbraucherkreditrichtlinie unterfallen, sollen nicht erfasst sein, so dass es insoweit keiner Schlichtungsstelle bedarf. Auch wäre eine Zuständigkeit der Bundesbank für die Schlichtung von Streitigkeiten aus Ratenlieferungsverträgen kaum sachgerecht, weil hier nicht nur kreditrechtliche Streitigkeiten, sondern auch solche wegen Sachmängeln usw. in Betracht kommen.

Die Änderung des Absatzes 2 gemäß dem bisherigen Buchstaben c wird Buchstabe d und soll gemäß Artikel 11 Absatz 2, wie schon im Regierungsentwurf vorgesehen, am 31. Oktober 2009 in Kraft treten. Denn die darin vorgesehene Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage für die Schlichtungsstellenverfahrensverordnung dient der Umsetzung des Artikels 83 Absatz 2 der Zahlungsdiensterrichtlinie.

Zu Artikel 4 (Änderung der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung)

Zu den Nummern 8 und 9 (§ 9)

Gemäß § 9 übernehmen die Verbände, auf die die Schlichtungsaufgabe nach dem bisherigen § 14 Unterlassungskla-

gengesetzt (UKlaG) bereits wirksam übertragen worden ist, künftig auch die erweiterten Schlichtungsaufgaben des neuen § 14 UKlaG. Entsprechend dem vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttreten der Vorschriften zu den Zahlungsdiensten einerseits und denen zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucherkreditrecht andererseits und den darauf beruhenden Änderungen des § 14 UKlaG (vgl. oben zu Artikel 3) ist auch § 9 zu ändern. Nummer 8 enthält daher zunächst nur eine Übergangsregelung für die Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675c bis 676c BGB-E. Diese wird dann am 11. Juni 2010 mit der neuen Nummer 9 i. V. m. Artikel 11 Absatz 1 auf Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 491 bis 509 BGB-E erweitert. Wie zu § 14 UKlaG (vgl. oben zu Artikel 3) wird dabei auf § 510 BGB nicht mehr Bezug genommen.

Zu Artikel 6 (Änderung der Preisangabenverordnung)

Der Einleitungstext zu Artikel 6 ist an die Änderung der Preisangabenverordnung durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung anzupassen.

Zu Nummer 1 (§ 6)

Der Ausschuss schlägt mit der neuen Nummer 6 des § 6 Absatz 3 PAngV vor, es bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses für die von der Verbraucherkreditrichtlinie nicht erfassten Immobiliendarlehen insoweit bei der geltenden Rechtslage zu belassen, dass Kosten für Sicherheiten nicht einzubeziehen sind. Neben der sowohl vom Bundesrat (Nummer 30 der Stellungnahme) als auch der Kredit- und Versicherungswirtschaft thematisierten Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Vergleich ist hierfür insbesondere maßgeblich, dass sich die europäische Kommission bereits mit dem Regelungsbedarf bei Hypothekenkrediten befasst und zu erwartenden europäischen Regelungen nicht vorgegriffen werden sollte. Die von der Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates geäußerten Bedenken, dass der effektive Jahreszins dann seiner Funktion als „Preis“ für einen Kredit nicht mehr gerecht werde und insbesondere den Vergleich grundpfandrechtl. und anderweitig gesicherter Angebote nicht mehr uneingeschränkt ermögliche, wurden berücksichtigt. Der Ausschuss ist aber der Auffassung, dass dieses Argument weniger schwerwiegend ist, weil grundpfandrechtl. und anderweitig gesicherte Kredite regelmäßig nicht als alternative Finanzierungsformen in Betracht kommen.

Zu Artikel 8 (Sonstige Folgeänderungen)

In den Absätzen 3, 6 bis 8 und 10 wurden jeweils die Hinweise zur letzten Änderung aktualisiert.

Mit der im neuen Absatz 11 Nummer 1 enthaltenen Ergänzung wird eine Lücke im Bereich der Bonitätsprüfung geschlossen, die durch das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) entstanden ist. Das ZAG ist Teil des vom Deutschen Bundestag am 26. März 2009 beschlossenen Zahlungsdiensteumsetzungsgesetzes, zu dem der Bundesrat am 15. Mai 2009 einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht gestellt hat. Ohne die Ergänzung bestünde die Gefahr, dass ein Verbraucherdarlehen von einem Zahlungsinstitut als Nebenleistung zu einem Zahlungsvorgang

gewährt wird, ohne dass dieses zur Prüfung der Kreditwürdigkeit nach § 18 Absatz 2 – neu – des Kreditwesengesetzes (KWG) verpflichtet wäre. Dies betrifft Kredite, bei denen

- a) die Gewährung des Kredits als Nebentätigkeit und ausschließlich im Zusammenhang mit der Ausführung eines Zahlungsvorgangs erfolgt,
- b) im Kreditvertrag eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten nicht vereinbart und das Darlehen innerhalb von 12 Monaten vollständig zurückzuzahlen ist und
- c) der Kredit nicht aus den für den Zweck der Ausführung eines Zahlungsvorgangs entgegengenommen oder gehaltenen Geldbeträgen gewährt wird.

Eine solche Kreditgewährung kann nach § 2 Absatz 3 ZAG zukünftig auch durch Zahlungsinstitute erfolgen und gilt dann nicht als Kreditgeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 KWG. In diesen Fällen greift die Verpflichtung zur Bonitätsprüfung gem. § 18 Absatz 2 KWG-E nicht. Zur vollständigen Umsetzung des Artikels 8 der Verbraucherkreditrichtlinie wird daher eine dem § 18 Absatz 2 KWG-E entsprechende Ergänzung des ZAG vorgeschlagen.

Mit der Anfügung der Nummer 2 des Absatzes 11 wird die in § 35 Absatz 4 ZAG vorzusehende Anzeigefrist eingefügt. Die insoweit in Artikel 88 Absatz 2 der Zahlungsdiensterichtlinie enthaltene Anzeigefrist (25. Dezember 2007) war fehlerhaft, weshalb bei § 35 Absatz 4 ZAG im Hinblick auf eine noch zu erfolgende Richtlinienänderung bislang von einer konkreten Datumsangabe abgesehen worden war. Ein Corrigendum zu Artikel 88 Absatz 2 der Richtlinie sieht nun als Datum den 25. Dezember 2009 vor; dieses Datum soll nun nachträglich eingefügt werden.

Zu Artikel 9 (Änderung der BGB-Informationspflichten-Verordnung)

Im Einleitungssatz wurde der Hinweis zur letzten Änderung der BGB-Informationspflichten-Verordnung aktualisiert.

Zu den Nummern 3 und 4

Die Änderungen beruhen auf dem vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttreten der Vorschriften zu den Zahlungsdiensten einerseits und denen zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucherkreditrecht andererseits (vgl. oben zu Artikel 2 Nummern 2 und 2a). Am 31. Oktober 2009 soll gemäß Nummer 3 i. V. m. Artikel 11 Absatz 2 nur der Abschnitt 4 (Informationspflichten von Kreditinstituten), der zu diesem Zeitpunkt durch Artikel 248 EGBGB-E ersetzt wird (vgl. oben zu Artikel 2 Nummer 6a), aufgehoben werden. Gemäß Nummer 4 i. V. m. Artikel 11 Absatz 1 sollen dann zum 11. Juni 2010 auch die Abschnitte 2 (Informationspflichten bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr) und 5 (Beherrschung über Widerruf- und Rückgaberecht) nebst den Anlagen 2 und 3 aufgehoben werden, weil sie dann durch Artikel 246 EGBGB-E nebst Anlagen ersetzt werden (vgl. oben zu Artikel 2 Nummer 6).

Zu Artikel 10 (Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes)

Im Einleitungssatz wurde der Hinweis zur letzten Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes aktualisiert.

Zu Artikel 11 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Aufspaltung des Artikels 11 in zwei Absätze beruht auf dem vorgeschlagenen gespaltenen Inkrafttreten der Vorschriften zu den Zahlungsdiensten einerseits und denen zum Allgemeinen Schuldrecht und zum Verbraucherkreditrecht andererseits (vgl. oben zu Artikel 2 Nummer 2 und 2a).

Absatz 1 enthält die Grundregel, dass das Gesetz zum 11. Juni 2010 in Kraft tritt. Dies entspricht der Umsetzungsfrist für die Verbraucherkreditrichtlinie, wie sie nach Auskunft der Europäischen Kommission in einem Corrigendum zur Richtlinie festgelegt werden soll.

Absatz 2 bestimmt abweichend von Absatz 1, dass diejenigen Vorschriften, die zur Umsetzung des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie erforderlich sind, bereits am 31. Oktober 2009 in Kraft treten. Dabei handelt es sich um folgende Regelungen:

Im BGB (Artikel 1)

- Inhaltsübersicht Änderungen zu Zahlungsdiensten (Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe h bis j),
- Neufassung der Überschrift des Buches 2 Abschnitt 8 Titel 12: „Titel 12 Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag und Zahlungsdienste“ (Artikel 1 Nummer 44),
- Streichung der Überschrift „Kapitel 1 Allgemeines“ vor § 675 (Artikel 1 Nummer 45),
- Änderung des § 675a (Artikel 1 Nummer 46),
- Ersetzung der §§ 676 bis 676h durch die §§ 675b bis 676c mit Zwischenüberschriften (Artikel 1 Nummer 47).

Im EGBGB (Artikel 2)

- Anfügung der Übergangsvorschrift in Artikel 229 § 22 zunächst nur bezüglich der Vorschriften über Zahlungsdienste (Artikel 2 Nummer 2),
- Der Überschrift des Siebten Teils wird das Wort „, Informationspflichten“ angefügt (Artikel 2 Nummer 3),
- Artikel 239 (Verordnungsermächtigung zu Informationspflichten von Kreditinstituten insbesondere im Zusammenhang mit Überweisungen) wird aufgehoben (Artikel 2 Nummer 4),
- Anfügung des Artikels 248, Informationspflichten bei der Erbringung von Zahlungsdienstleistungen (Artikel 2 Nummer 6a).

Im UKlaG (Artikel 3)

- Ergänzung des § 2 Absatz 2 Nummer 1 um Vorschriften über Zahlungsdienste als Verbraucherschützende Vorschriften (Artikel 3 Nummer 1),
- Neufassung des § 13 – die Neufassung ist nicht durch die Richtlinienumsetzung veranlasst (Artikel 3 Nummer 2),
- Änderung des § 13a – die Änderung ist nicht durch die Richtlinienumsetzung veranlasst (Artikel 3 Nummer 3),
- Änderung des § 14 (Schlichtungsverfahren) durch Neufassung der Überschrift (Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe a),
Ergänzung des Anwendungsbereichs um die §§ 675c bis 676c BGB (Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe b),

Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage für die Schlichtungsstellenverfahrensverordnung in Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie (Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe d).

In der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung (Artikel 4)

- Alle Änderungen der Schlichtungsstellenverfahrensverordnung, wobei die Übergangsregelung in § 9 zunächst auf die Streitigkeiten aus der Anwendung der §§ 675c bis 676c BGB-E beschränkt wird (Artikel 4 Nummern 1 bis 8).

Bei den sonstigen Folgeänderungen (Artikel 8)

- Absatz 6, Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, Anpassung an die Änderungen des UKlaG (Artikel 8 Absatz 6),
- Absatz 7, Änderung der Insolvenzordnung, Anpassung an die Vorschriften zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie (Artikel 8 Absatz 7),
- Absatz 11 Nummer 2, Änderung des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes aufgrund eines Corrigendums zu Artikel 88 Absatz 2 Satz 2 der Zahlungsdiensterichtlinie (Artikel 8 Absatz 12).

In der BGB-Informationspflichten-Verordnung

- Aufhebung zunächst nur des Abschnitts 4, der durch Artikel 248 EGBGB-E ersetzt wird (Artikel 9 Nummer 3).

Zu den Änderungen in den Anlagen:**Zu dem Muster in Anlage 1** (zu Artikel 246 § 2 Absatz 3 Satz 1)

Die Änderungen in den Gestaltungshinweisen 7 und 10 passen das Muster für die Widerrufsbelehrung an die Änderungen des Musters in der Anlage 2 zur BGB-Informationspflichten-Verordnung an, welches durch das Muster zu Artikel 246 § 2 Absatz 3 Satz 1 ersetzt werden soll. Die Änderungen in dem zu ersetzenden Muster sieht Artikel 4 Nummer 1 und 2 des Gesetzes zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen vor. Dieses Gesetz hat der Deutsche Bundestag am 26. März 2009 beschlossen; der Bundesrat hat am 15. Mai 2009 einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht gestellt.

Zu dem Muster in Anlage 3 (zu Artikel 247 § 2)

In dem Muster „Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite“ soll in Ziffer 5 als zusätzliche Information beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen unter Buchstabe b nicht die „zuständige Gerichtsbarkeit“, sondern das „zuständige Gericht“ angegeben werden. Dies entspricht der den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen betreffenden Regelung in Artikel 246 § 1 Absatz 2 Nummer 5 EGBGB. Die Angabe lediglich der Gerichtsbarkeit (also etwa Zivilgerichtsbarkeit) würde dem Verbraucher nicht helfen.

Zu dem Muster in Anlage 4 (zu Artikel 247 § 2)

Auch in dem Muster „Europäische Verbraucherkreditinformationen“ für Überziehungskredite und Umschuldungen ist unter Ziffer 6 als zusätzliche Information beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen entsprechend Artikel 246 § 1

Absatz 2 Nummer 5 EGBGB das „zuständige Gericht“ und nicht die „zuständige Gerichtsbarkeit“ anzugeben.

Zu dem Muster in Anlage 5 (zu Artikel 247 § 2)

In dem Muster „Europäisches Standardisiertes Merkblatt“ ist zunächst eine sprachliche Richtigstellung vorzunehmen. Unter Ziffer 2 erster Spiegelstrich soll verdeutlicht werden, ob das Darlehen grundpfandrechtlich oder durch eine andere gewöhnlich verwendete Sicherheit zu sichern (und nicht gesichert) ist. Darüber hinaus ist in Ziffer 18 als zusätzliche Information im Fernabsatzgeschäft ein Schreibversehen zu berichtigen („Zuständige“ statt „zuständige“ Aufsichtsbehörde) und entsprechend Artikel 246 § 1 Absatz 2 Nummer 5 EGBGB ist auf das „zuständige Gericht“ und nicht auf die „zuständige Gerichtsbarkeit“ abzustellen.

Sonstiges

Über diese Änderungen hinaus wurden weitere Änderungen erwogen:

1. Diskutiert wurde zunächst, ob der Ausschluss des Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung bei unzureichenden Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung (§ 502 Absatz 2 Nummer 2 BGB-E) und des Anspruchs auf Zinsen und Kosten bei Verstoß gegen bestimmte Informationspflichten im Fall von geduldeten Überziehungen (§ 505 Absatz 3 BGB-E) entsprechend der Anregung des Bundesrates (Nummer 14 der Stellungnahme) und der Auffassung einiger Sachverständiger gemildert werden sollte. Hiervon wurde abgesehen:

Im Fall der Vorfälligkeitsentschädigung hat der Darlehensgeber vorvertraglich gemäß Artikel 247 § 4 Nummer 3 EGBGB-E Ziffer 4 der Europäischen Standardinformationen für Verbraucherkredite und im Vertrag gemäß Artikel 247 § 7 Nummer 3 EGBGB-E Angaben über den Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung und dessen Berechnungsmethode zu machen, soweit der Darlehensgeber diesen Anspruch ggf. geltend zu machen beabsichtigt. Die Verbraucherkreditrichtlinie sieht insoweit in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe p vorvertraglich und in Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe r im Vertrag „in klarer, prägnanter Form“ Angaben „zum Anspruch des Kreditgebers auf Entschädigung sowie zur Art der Berechnung dieser Entschädigung“ vor. Diese Vorgaben werden umgesetzt, Konkretisierungsspielraum ist hier nicht gegeben. Fehlt die Angabe oder ist sie ungenau, ist der Anspruch gemäß § 502 Absatz 2 Nummer 2 BGB-E ausgeschlossen. Damit wird die Vorgabe des Artikels 23 der Verbraucherkreditrichtlinie nach Sanktionen bei Verstoß gegen die Vorschriften umgesetzt. Eine Beschränkung auf wettbewerbsrechtliche Sanktionen und Ansprüche nach dem Unterlassungsklagengesetz schien hier wegen der Bedeutung des bislang nicht gegebenen Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung für die Entscheidung des Verbrauchers zur vorzeitigen Rückzahlung nicht ausreichend.

Wenn ein Unternehmer im Zusammenhang mit einer geduldeten Überziehung gegen seine Informationspflichten aus § 505 Absatz 1 und 2 BGB-E verstößt, kann er über die Rückzahlung des Darlehens hinaus Kosten und Zinsen gemäß § 505 Absatz 1 und 2 BGB-E nicht verlangen.

Dies betrifft die Einhaltung folgender Pflichten:

- Im Vertrag die Angaben nach Artikel 247 § 17 Absatz 1 EGBGB-E (über den Sollzinssatz, die Bedingungen für seine Anwendung und, soweit vorhanden, Indizes oder Referenzzinssätze, auf die sich der Sollzinssatz bezieht, und sämtliche Kosten, die ab dem Zeitpunkt der Überziehung anfallen, sowie die Bedingungen, unter denen die Kosten angepasst werden können) in Textform,
- nach Vertragsschluss in regelmäßigen Zeitabständen die Mitteilung der Angaben nach Artikel 247 § 17 Absatz 1 EGBGB-E in Textform,
- die unverzügliche Unterrichtung über die Angaben nach Artikel 247 § 17 Absatz 2 EGBGB-E (= Vorliegen einer Überziehung, Betrag der Überziehung, Sollzinssatz und etwaige Vertragsstrafen, Kosten und Verzugszinsen) in Textform, wenn es zu einer erheblichen Überziehung von mehr als einem Monat kommt.

Auch diese Informationen sind durch die Verbraucherkreditrichtlinie vorgegeben und gemäß Artikel 23 der Verbraucherkreditrichtlinie bei Nichterfüllung mit Sanktionen zu belegen. Die vom Bundesrat (in Nummer 14 seiner Stellungnahme) vorgeschlagene Sanktion, „dem Darlehensnehmer im Fall einer Verletzung des Artikels 247 § 17 Absatz 1 und 2 EGBGB-E in Anlehnung an den Rechtsgedanken des § 309 Nummer 5 Buchstabe b BGB und die Grundsätze des Schadensrechts den Nachweis zu gestatten, dass der von ihm konkret gezahlte Überziehungszinssatz über dem für Kredite dieser Art am Markt üblichen Zinssatz liegt und der zu zahlende Überziehungszinssatz daher auf den marktüblichen Zinssatz zu reduzieren ist“ wurde diskutiert, erschien aber letztendlich nicht überzeugend. Die Reduzierung des vereinbarten Vertragszinses auf den üblichen Marktzins erschien dem Ausschuss als unzureichende Sanktionierung der Verletzung der in Artikel 247 § 17 Absatz 1 und 2 normierten Informationspflichten, die dem Darlehensnehmer die mit einer geduldeten Überziehung möglicherweise verbundenen wirtschaftlichen Folgen verdeutlichen sollen.

2. Zu § 675t Absatz 1 BGB-E wurde im Zusammenhang mit Kreditkartenzahlungen die Frage diskutiert, ob den Kreditkarten-Acquirer die Pflicht zur unverzüglichen Verfügarmachung empfangener Beträge (und deren Wertstellung) an den kartenakzeptierenden Händler treffe. Die Bundesregierung äußerte hierzu, dass § 675t Absatz 1 BGB grundsätzlich auch für das Rechtsverhältnis von Kreditkarten-Acquirer und kartenakzeptierendem Händler gilt. Soweit ein kartenakzeptierender Händler als Zahlungsempfänger im Rahmen der Annahme einer Kreditkartentransaktion im Gegenzug zu einem erhaltenen vertraglichen Zahlungsanspruch gegen den Kreditkarten-Acquirer seine Forderung aus dem Grundgeschäft gegen den Karteninhaber an den Kreditkarten-Acquirer abtrete, sei aber fraglich, ob § 675t Absatz 1 BGB-E anwendbar ist. Die Erfüllung einer eigenen, von dem Zahlungsauftrag des Karteninhabers losgelösten, vertraglichen Zahlungsverpflichtung des Kreditkarten-Acquirers gegenüber dem kartenakzeptierenden Händler unterfalle jedenfalls nicht § 675t Absatz 1 BGB-E.

Unter Berücksichtigung dieser Stellungnahme wurde von Änderungen der Vorschrift abgesehen.

3. Zum Preisangabenrecht wird vorgeschlagen, die Regelungen des Regierungsentwurfs zur Einbeziehung von Restschuldversicherungen in die Berechnung des effektiven Jahreszinses in § 6 Absatz 3 PAngV beizubehalten. Diese bringen durch das vorgesehene Regel-Ausnahme-Verhältnis, auch unter Einbeziehung der Begründung des Regierungsentwurfs, deutlich zum Ausdruck, dass Restschuldversicherungen regelmäßig in den effektiven Jahreszins einzubeziehen sind und für den Fall, dass dies ausnahmsweise nicht erforderlich ist, der Darlehensgeber dafür die Beweislast trägt. Dies ermöglicht in erster Linie eine Kontrolle durch die Preisbehörden, auf die die Begründung ausdrücklich abstellt. Die Beweislast des Darlehensgebers dafür, dass eine Restschuldversicherung abweichend vom Regelfall keine Voraussetzung für die Kreditvergabe oder für die Kreditvergabe zu den vorgesehenen Vertragsbedingungen ist, kommt dem Verbraucher aber auch zivilrechtlich zu Gute.

Vorzustellen ist, dass der Darlehensgeber den Verbraucher vorvertraglich (Artikel 247 § 8 EGBGB-E i. V. m. Ziffer 3 der Europäischen Standardinformationen für Verbraucherkredite) darüber informieren muss, ob der Abschluss einer Kreditversicherung zwingende Voraussetzung dafür ist, dass der Kredit überhaupt oder nach den vorgesehenen Vertragsbedingungen gewährt wird. Im Vertrag sind die verlangten Versicherungen gemäß Artikel 247 § 7 Nummer 2 EGBGB-E anzugeben. Wird eine Restschuldversicherung gemäß den erwähnten Vorschriften vorvertraglich oder im Vertrag angegeben, sind ihre Kosten in den effektiven Jahreszins ohne weiteres einzurechnen, ohne dass es der Beweislastregel des § 6 PAngV bedürfte.

Wird die Restschuldversicherung nicht im Vertrag erwähnt, kann sie zunächst nicht verlangt werden. Widerruft der Darlehensnehmer den Versicherungsvertrag nach den Regeln des Versicherungsvertragsgesetzes, kann der Darlehensgeber den Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages nur verlangen, wenn der Darlehensnehmer hierzu im Vertrag verpflichtet ist. Ist eine vom Darlehensgeber verlangte Restschuldversicherung

entgegen den genannten Vorschriften weder vorvertraglich noch im Vertrag angegeben, kann der Darlehensnehmer weitere Rechte geltend machen. Wenn er darlegt, dass er das Darlehen ohne die Restschuldversicherung zu dem konkreten Zinssatz nicht erhalten hätte und damit die Kosten für die Restschuldversicherung zu Unrecht nicht in den effektiven Jahreszins eingerechnet worden sind, ist dieser zu niedrig angegeben. In diesem Fall vermindert sich gemäß § 494 Absatz 3 BGB der dem Verbraucherdarlehensvertrag zugrunde gelegte Sollzinssatz um den Prozentsatz, um den der effektive Jahreszins zu niedrig angegeben ist. Der Darlehensnehmer hat dann einen Anspruch auf Neuberechnung der geschuldeten Leistungen. Im Streitfall hat hier das Zivilgericht zu prüfen, ob der effektive Jahreszins gemäß § 6 Absatz 3 PAngV richtig berechnet wurde und dabei die Beweislastverteilung dieser Regelung zu berücksichtigen. Der Darlehensgeber muss dann also nachweisen, dass er das Darlehen auch ohne die Restschuldversicherung zu den vorgesehenen Vertragsbedingungen gewährt hätte.

4. Erwogen wurde, in § 6 Absatz 3 Nummer 4 PAngV klarzustellen, dass auf Tilgungersatzinstrumente erbrachte Ansparleistungen ausdrücklich ausgeschlossen werden. Hiervon wurde abgesehen. Derzeit sind die auf ein Tilgungersatzinstrument (z. B. einen Bausparvertrag) zu erbringenden Sparleistungen nicht in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einzubeziehen, weil es sich dabei nicht um Kosten des Kredits handelt. Nach Auffassung des Ausschusses kann die Neuregelung in § 6 Absatz 3 Nummer 4 PAngV-E entgegen einer in der Sachverständigenanhörung geäußerten Befürchtung auch nicht dahingehend missverstanden werden, dass solche Ansparleistungen nunmehr als Kosten zu erfassen wären. Denn bei Ansparleistungen handelt es sich begrifflich nicht um Kosten im Sinne dieser Vorschrift. Ansparleistungen, auch auf Tilgungersatzinstrumente, dienen der Kapitalbildung und sind damit weder Zinsen noch Gebühren. Hinzu kommt, dass eine ausdrückliche Ausnahme vom Anwendungsbereich des § 6 PAngV im Gegensatz zur Zielrichtung des Anliegens gerade erst den Schluss ermöglichen würde, dass es sich „eigentlich“ um Kosten handelt.

Berlin, den 1. Juli 2009

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Dirk Manzewski
Berichterstatter

Mechthild Dyckmans
Berichterstatterin

Wolfgang Neskovic
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

